

Antifaschistische Zusammenarbeit, Selbstständigkeitsanspruch und Vereinigungstendenz

*Die Rolle der Sozialdemokratie beim administrativen und parteipolitischen Aufbau
in der sowjetischen Besatzungszone 1945 auf regionaler und lokaler Ebene*

Die Herausbildung von zwei deutschen Staaten in der Zeit von 1945–1949 als indirektes Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ist politisch und wissenschaftlich von großem Interesse¹. Vor allem die Diskussion über die Entstehung der DDR und die Entwicklung der SED war viele Jahre emotional belastet. Erst um die Mitte der sechziger Jahre kündigte sich in dieser Debatte eine Wende an². Neben den in den letzten Jahren zunehmenden Systemanalysen³ gehört das Berlin-Problem zu den am häufigsten behandelten Themenkomplexen der deutschen Nachkriegsgeschichte, wobei in der neueren wissenschaftlichen Literatur historisch-kritische Analysen der Zeit von 1945–1948 vernachlässigt wurden⁴. Zu den herausragenden Ereignissen dieser Jahre in Berlin gehörten ohne Zweifel die Vereinigung von KPD und SPD im April 1946 und die diesem Ereignis vorausgehende Urabstimmung in der Berliner SPD sowie die damit verbundene Spaltung der Partei in Berlin⁵. Bedeutsam für die Durchsetzung des Freiheitsanspruches der Berliner SPD waren zum einen die Unterstützung durch die westlichen Alliierten, zum anderen die politische und moralische Hilfe seitens der SPD in den Westzonen unter Führung von Kurt Schumacher, der jegliche Ein-

1 Vgl. Ernst Deuerlein, Forschungsgrundlage und Forschungsproblematik 1945 – 1949, in: Politische Studien, Bd. 195, Jan./Febr. 1971, S. 46 – 67.

2 Zum Wechsel und gegenwärtigen Stand der DDR-Forschung zusammenfassend Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 1972, S. 11 – 22; zur Diskussion um die Standortbestimmung der neueren westdeutschen DDR-Forschung vgl. den Bericht über die erste Tutzingener Tagung der DDR-Forscher, in: SBZ-Archiv, Nr. 20, 1967, S. 319 – 326; Ernst Richert, Möglichkeiten und Grenzen der DDR-Forschung, in: Deutschland-Archiv, Jg. 1, 1968, S. 144 – 150; zur Kritik an der Tutzingener Tagung vgl. die Beiträge im Deutschland-Archiv, Jg. 3, 1970, H. 5, 6, 8; vgl. u. a. die Beiträge: Aufgaben und Ziele der DDR-Forschung heute, in: Deutschland-Archiv, Jg. 6, 1973, H. 5 – 10; zur DDR-Forschung in den USA vgl. Peter Christian Ludz, DDR-Forschung und vergleichende Deutschlandforschung in den USA, in: Deutschland-Archiv, Jg. 3, 1970, H. 2, S. 113 – 127.

3 Zusammenfassende Übersicht bei Peter Christian Ludz und Johannes Kuppe, Literatur zum politischen und gesellschaftlichen System der DDR, in: PVS, Jg. 10, 1969, S. 328 – 358; BRD – DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, mit Beiträgen von Anne Hartmann, Jürgen Harrer, Frank Deppe, Karl Hermann Tjaden, Georg Fülberth, Reinhard Kühnl u. a., bearb. von Gerhard Heß, Köln 1971; zur Reaktion in der DDR Gerhard Roßmann, Zur Verfälschung der Geschichte der SED durch die imperialistische und rechtssozialdemokratische Geschichtsschreibung, in: BzG, Jg. 17, 1975, Nr. 1, S. 40 – 58.

4 Arnold Sywottek, Die »fünfte Zone«. Zur gesellschafts- und außenpolitischen Orientierung und Funktion sozialdemokratischer Politik in Berlin 1945 – 1948, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, 1973, S. 53 – 129, hier S. 53.

5 Aus unterschiedlicher Perspektive vgl. dazu Klaus-Peter Schulz, Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46, Berlin 1965; Siegfried Thomas, Entscheidung in Berlin. Zur Entstehungsgeschichte der SED in der deutschen Hauptstadt 1945/46, 2. durchges. und überarb. Aufl., Berlin – DDR 1967.

heitsbestrebungen strikt ablehnte⁶. Die Auseinanderentwicklung der SPD der Westzonen unter Führung von Kurt Schumacher und der SPD bzw. des Zentralausschusses (im folgenden: ZA) unter Leitung von Otto Grotewohl war bereits im Herbst 1945 auf der Konferenz von Wennigsen deutlich geworden⁷, auch wenn der ZA zu diesem Zeitpunkt noch mit Blickrichtung auf eine Reichspartei argumentierte⁸. Für die Entscheidung des Berliner ZA, einer Vereinigung von KPD und SPD auf zentraler Ebene zuzustimmen, war neben vielschichtigen politischen, ideologischen und vermutlich auch persönlichen Motiven das Verantwortungsgefühl für die von ihm repräsentierte Sozialdemokratie der sowjetischen Besatzungszone mitbestimmend⁹. Die SPD in der damaligen SBZ war im Vergleich zur SPD in dem von vier alliierten Mächten kontrollierten Berlin nicht im gleichen Umfang in der Lage, dem Ergebnis eines Willensbildungsprozesses Ausdruck zu verleihen, wobei noch geklärt werden muß, auf welche Weise überhaupt Entscheidungen zustande kamen, wer sie nach außen hin vertrat bzw. ob und wie eine sozialdemokratische Parteibasis ihren Willen artikulieren konnte. Damit erhebt sich gleichzeitig die Frage nach der Interdependenz von eigentlicher Zonen-SPD und Berliner Parteiführung, d. h. dem ZA; damit verbunden sind auch der Komplex der Entstehung und des Organisationsaufbaus der Partei auf der regionalen Ebene (der damaligen SBZ) und das Problem der Bedingungen einer Kontaktaufnahme der verschiedenen Parteiebenen untereinander und nach Berlin.

In seiner Studie über die Wiedergründung der SPD 1945/46 beschäftigt sich A. Kaden ausführlich mit der Parteigründung in den Westzonen und hier besonders mit der Führungsrolle Kurt Schumachers und seines Büros in Hannover. Dargestellt werden u. a. die Bedeutung der Konferenz von Wennigsen vom 5. bis 7. Oktober 1945 und die sich dort abzeichnende Kontroverse zwischen Kurt Schumacher und dem ZA in Berlin, die dazu führte, daß es zu einer Zusammenarbeit beider Gremien nicht kam; denn »in ihren Anschauungen über Weg und Ziel einer demokratischen Partei der deutschen Arbeiterbewegung lagen Unterschiede, die nicht zu überbrücken waren«¹⁰. Dieses Diktum ist für Kaden durch die Politik des ZA gerechtfertigt¹¹. Einem abschließenden Urteil über die Wiedergründung der SPD in den Westzonen und in der sowjetischen Besatzungszone müßten jedoch Detailuntersuchungen über die vergleichbaren bzw. unterschiedlichen regionalen Bedingungen vorausgehen, die Kaden nicht leisten konnte¹².

Ausschließlich mit der Geschichte der Vereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone befaßt sich die Arbeit von H. Krisch¹³. Er stellt seine Studie in den Kon-

6 Vgl. *Frank Moraw*, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 69 ff.; *Albrecht Kaden*, Einheit oder Freiheit. Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964; zur Politik Kurt Schumachers vgl. u. a. *Lewis J. Edinger*, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln/Opladen 1967.

7 Vgl. *Kaden*, Einheit; *Albrecht Kaden*, Entscheidung in Wennigsen. Die Wiedergründung der SPD 1945 und die »Einheit der Arbeiterklasse«, in: *Die Neue Gesellschaft*, Jg. 7, 1960, H. 6, S. 484 – 492; *Moraw*, S. 120 ff.

8 Zur Verknüpfung der Problematik Reichseinheit mit der Parteieinheit vgl. *Moraw*, S. 78.

9 Zum Beginn der Einheitskampagne und zur Haltung des ZA vgl. *Moraw*, S. 129 ff.; vgl. auch *Erich W. Gniffke*, Jahre mit Ulbricht, Köln 1966, S. 95 ff.; zu den Motiven einzelner ZA-Mitglieder, einer Vereinigung zuzustimmen, vgl. auch Interviewprotokoll Fritz Schreiber, AsD; vgl. Anm. 25.

10 *Kaden*, Einheit, S. 289.

11 *Ebda.*, S. 288.

12 *Ebda.*, S. 9.

13 *Henry Krisch*, German Politics under Soviet Occupation: The Unification of the Communist and Social Democratic Parties in the Soviet Zone, April 1945 to May 1946, Diss. Columbia University (MS) 1968.

text der sowjetischen Außenpolitik und versucht, neben Tätigkeit und Struktur der Besatzungsbehörden auch die ideologischen Aspekte der sowjetischen Deutschland- bzw. Besatzungspolitik herauszuarbeiten. Neben der Darstellung der Gründung der KPD und der SPD vergleicht Krisch ihr Verhältnis zueinander in organisatorischer wie auch program-matischer Hinsicht und unter den Bedingungen einer die KPD eindeutig begünstigenden Besatzungsmacht. Dabei wird am Beispiel von S. Tjulpanow auf die spezifische Funktion der politischen Offiziere hingewiesen. Wenn Krisch auch im Gegensatz zu Kaden versucht, die ausschließlich zonale Ebene zu verlassen und die Provinzebene mit einzubeziehen, so beschränkt er sich dabei doch auf die Spitze der Landesverbände von Thüringen und Sachsen, ohne auf die eigentliche Problematik der regionalen Ebene einzugehen.

Die Arbeit von F. Moraw¹⁴, der die Dissertation von Krisch unberücksichtigt läßt, beschäftigt sich speziell mit der Problematik des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Frage der Einheit der Arbeiterklasse. Moraw beginnt seine Analyse mit dem Scheitern der Arbeiterbewegung im Jahre 1933 und endet mit der »Niederlage der Sozialdemokraten und [der] Unterdrückung ihrer politischen und organisatorischen Prinzipien in der SED« im Gefolge der Proklamierung der »Partei neuen Typus« im September 1948. Dazu gehört auch die Analyse der Politik des Berliner ZA, der mit dem Bekenntnis zu den Fehlern der Vergangenheit einen Lernprozeß in die Wege leiten und mit seiner Entscheidung zugunsten einer Vereinigung von KPD und SPD eine Neuorientierung nach 1945 versuchen wollte. Moraw charakterisiert nicht nur ausführlich die Entstehung, Entwicklung und Politik des ZA in ihren verschiedenen Abhängigkeiten und Perspektiven, sondern er stellt auch die Entwicklung auf der Landesebene dar, beschränkt sich allerdings wie Krisch auf Thüringen und Sachsen bzw. Leipzig. Moraws Beispiele deuten bereits an, wie problematisch das Verhältnis zwischen dem Berliner ZA und den Landesorganisationen war und daß es auf der regionalen Ebene zunächst unterschiedliche Bedingungen und Vorstellungen über den Wiederaufbau der Partei gegeben hat.

In seinem Aufsatz zur sozialdemokratischen Politik 1945–48 in Berlin will A. Sywottek keineswegs den bereits bekannten Faktenkomplex erneut ausbreiten, sondern er bemüht sich »um eine in Teilen neu akzentuierte Konfiguration überwiegend bekannter Zusammenhänge, die möglicherweise zu einer Herausarbeitung von Strukturmustern politisch-sozialen Handelns im Deutschland der Besatzungszonen beitragen kann«. Neben der internationalen Konstellation und ihren Determinanten für die Entwicklung in Deutschland und der Rolle Ernst Reuters analysiert Sywottek die Entwicklung von der ZA-SPD hin zur Berliner SPD 1945/46, wobei nicht zuletzt die Kontinuitätsfrage eine Rolle spielt; denn der ZA hatte »den Bruch mit der Kontinuität zur SPD von vor 1933 unwidersprochen programmatisch formuliert«, und die Berliner SPD übernahm Teile dieser Konzeption, distanzierte sich aber bald von dem ZA als Vorläufer, ohne konkret an andere Traditionen anzuknüpfen. Weiterhin untersucht Sywottek zum einen das Problem der sogenannten Ostorientierung anhand der Klingelhöfer-Denkschrift unter dem Aspekt »der Relevanz marxistischer Ansätze der Gegenwartsanalyse bzw. -perzeption« und des »Verhältnisses von Analyse und Perzeption respektive Theorie und Praxis«, zum anderen die Problematik der Urabstimmung mit ihren Folgen und die sich daran anschließende Entwicklung von 1946–48¹⁵. Neben der wissenschaftlichen Literatur behandeln auch einige – für die wissenschaftliche

¹⁴ Moraw, S. 13 ff.; Zitat S. 243.

¹⁵ Sywottek, Die »fünfte Zone«, a. a. O.; Zitate S. 57, 69 und 77 f.

Forschung unbedingt heranzuziehende – Memoiren die Ereignisse in Berlin, aber nur zum geringen Teil in der SBZ selbst¹⁶. Als Beispiele seien hier besonders die Erinnerungen von Erich Gniffke¹⁷ und Ernst Thape¹⁸ erwähnt. Bei Gniffkes Erinnerungen über die Konstituierung des ZA in Berlin wird z. B. deutlich, wie zufällig die personelle Zusammensetzung dieses Führungsgremiums war. Sie zeigen auch, daß die Fixierung auf die Diskussion über die »Einheit der Arbeiterklasse« auf die Unvermeidbarkeit der Vereinigung hinzudeuten schien. Deutlich werden z. B. die Abhängigkeit des ZA von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), das Fehlen von Verbindungen zu den unteren Parteigliederungen in der SBZ und von ausreichenden Informationen über die Entwicklung in den Westzonen; anschaulich schildert Gniffke Hoffnungen und Motive bei Bildung der SED, die anfängliche Zusammenarbeit im Zentralsekretariat und den dann beginnenden Strukturwandel hin zur »Partei neuen Typus«.

Nicht so detailliert für die Zeit nach 1945 sind die Erinnerungen von Ernst Thape. Er schildert plastisch das Ausmaß der Zerstörung in Magdeburg, das Wiedersehen mit alten politischen Freunden nach langen Jahren im KZ und die Annahme von ersten politischen Pflichten. Hierfür ist besonders seine Schilderung über die Einsetzung der ersten Provinzialverwaltung hervorzuheben, einen Vorgang, der die Abhängigkeit der deutschen Verwaltung von der Besatzungsmacht deutlich werden läßt. Bedauerlich ist der Mangel an Informationen über parteiinterne Probleme und Diskussionen, an Details über die Vereinigung und über Thapes eigene Tätigkeit als Minister.

Geht man bei der Betrachtung der Ereignisse nach 1945 über die Entwicklung in Berlin hinaus, so erhebt sich zunächst die Frage nach der Quellenlage. Hier besteht die grundsätzliche Problematik nicht nur in der Frage nach der Quantität relevanter Unterlagen¹⁹, sondern gerade darin, daß westlichen und vor allem westdeutschen Forschern die Möglichkeit der Forschung in der DDR selbst zumeist versagt ist. So müssen neben der Literatur, den zugänglichen Zeitungen²⁰, Archivbeständen und Nachlässen auch die in der DDR publizierten offiziellen Unterlagen und Veröffentlichungen sowie Beiträge in den einschlägigen

16 Etwa Ernst Lemmer, *Manches war doch anders*, Frankfurt 1968; Gustav Dahrendorf, *Die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei in der russischen Zone*, in: *Der Mensch, das Maß aller Dinge*, Hamburg 1955; Willi Brundert, *Von Weimar bis heute*, Hannover 1965; Klaus-Peter Schulz, *Auftakt zum Kalten Krieg. Der Freiheitskampf der SPD in Berlin 1945/46*, Berlin 1965; Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, 2. Aufl., Köln/Berlin 1955; Paul Löbe, *Der Weg war lang*, Berlin 1954; Fritz Hesse, *Erinnerungen an Dessau*, 2 Bde., o. O., o. J. [Selbstverlag]; Albert Schulz, *Erinnerungen* (MS, AsD); *Vereint sind wir alles*. Erinnerungen an die Gründung der SED, hrsg. von Fanny Rosner, Ilse Schieb, Heinz Voßke, 2. Aufl., Berlin – DDR 1971; *Wir sind die Kraft*. Der Weg zur Deutschen Demokratischen Republik. Erinnerungen, Berlin – DDR 1959.

17 Erich W. Gniffke, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966. Gniffke war Mitbegründer der SPD und Mitglied des ZA und bis zu seiner Flucht 1948 Mitglied des ZS der SED.

18 Ernst Thape, *Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold. Lebensweg eines Sozialdemokraten*, Hannover 1969.

19 Zur Quellenlage gerade für die Zeit 1945/46 vgl. auch: *Über die Struktur und die Bestände des Archivs des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED*, in: BzG, Jg. 5, 1963, H. 2, S. 105 – 111. »Diese Archivmaterialien wurden in mühseliger Arbeit von vielen Genossen zusammengetragen. Bis auf einige Ausnahmen gibt es darunter keine organisch zusammenhängenden Akteneinheiten der Parteiorgane und anderer Fondsbildner. Das ganze Material ist sehr lückenhaft« (S. 108).

20 Bei Auswertung von zeitgenössischen Zeitungen aus der SBZ muß berücksichtigt werden, daß sie von Anfang an der Zensur unterstanden. Vgl. z. B. den Abdruck von Zensuranweisungen der SMAD in: »Das Volk« vom 8. Aug. 1945.

DDR-Fachzeitschriften ausgewertet werden. Trotz des Aspektes ihrer ideologischen Funktion und ideologisch bedingten Außerachtlassung und Verleugnung systemwidriger oder nicht-systemkonformer Faktoren müssen diese Publikationen herangezogen, analysiert und durchleuchtet werden, denn darin offenbart sich die vielfache Diskrepanz von Wirklichkeit und manipuliertem Image²¹. So geht z. B. die DDR-Historiographie bei ihrer umfangreichen regional- und lokalgeschichtlichen Erforschung der ersten Jahre in der SBZ an der Gründungsproblematik der SPD vorbei²².

Gerade im Hinblick auf diese Problematik der SPD-Gründung in der damaligen SBZ kann und sollte ein durch die verfügbaren Quellen gewonnenes Mosaikbild durch eine weitere fragmentarische Methode ergänzt werden, die in der Befragung ehemaliger sozialdemokratischer Funktionäre und Mitglieder aus der SBZ/DDR besteht. Eine solche Befragung vermittelt Eindrücke und persönliche Erlebnisse zur Entwicklung der Partei und kann Auskunft über die Tätigkeit und die Ereignisse im jeweiligen regionalen Wirkungskreis geben. Diese Aussagen und Zeugnisse müssen allerdings sehr kritisch bewertet und können nur mit äußerster Vorsicht verwertet werden²³, können aber bei entsprechender psychologischer Relativierung und wissenschaftlicher Methodik²⁴ von einiger Bedeutung sein, zumal wenn sie individuell und mit möglichst vielen verfügbaren Informationen und Quellen sowohl vorbereitet als auch überprüft werden und damit ihrerseits wiederum zur Ergänzung und Korrektur der schriftlichen Quellen dienen sowie zu deren Interpretation beitragen²⁵.

Wenn A. Kaden davon ausgeht, daß »anders als in der Sowjetzone [...] sich der Prozeß der Wiedergründung in den Westzonen zunächst ohne zentrale Leitung²⁶ [vollzog]«, so ist dem nur bedingt zuzustimmen. Es gab zwar aufgrund der Legitimierung des ZA durch die SMAD eine zentrale Parteiführung der SPD für die damalige SBZ und für Berlin²⁷, die aber kaum über persönliche, geschweige organisatorische Verbindungen zur regionalen

21 Vgl. *Richert*, Möglichkeiten und Grenzen der DDR-Forschung, a. a. O., S. 145.

22 Vgl. *Sywottek*, Die »fünfte Zone«, a. a. O., S. 73.

23 Dies ergibt sich nicht nur aus dem wahrscheinlich oft fehlenden Erinnerungsvermögen und der in der Erinnerung verklärten Vergangenheit in Verbindung mit psychologischen Verdrängungseffekten, sondern auch aus der Berücksichtigung möglicher Rechtfertigung einer früheren Haltung und Handlungsweise.

24 Vgl. *Claire Selltitz* u. a., Untersuchungsmethoden der Sozialforschung, Neuwied/Darmstadt 1972, T. I, S. 70 ff.; T. II, S. 12 – 48.

25 Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in den Jahren 1972 – 1975 im Rahmen einer Materialsammlung zur Entwicklung der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR im Zeitraum 1945 – 1948/49 ca. 150 Interviews mit Sozialdemokraten aus der damaligen SBZ durchgeführt. Wenn man dabei auch nicht im eigentlichen Sinne von einem repräsentativen Schnitt sprechen kann, da eine repräsentative Auswahl in diesem Bereich unmöglich ist, so lassen sich doch anhand der unterschiedlichen regionalen Herkunft, der verschiedenen Funktionen in der damaligen SPD und der unterschiedlichen Altersstruktur der Befragten durch Vergleiche, Ergänzungen und Korrekturen der Interviews in Verbindung mit den übrigen Quellen Aspekte der Entwicklung der Sozialdemokratie nach 1945 in der SBZ herausanalysieren.

26 *Kaden*, Entscheidung in Wennigsen, a. a. O., S. 486. Zutreffender ist die Bemerkung von *Theo Pirker*, Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der SPD 1945 – 1964, München 1965, S. 36: »Bereits am 17. Juni 1945 konstituierte sich die Sozialdemokratische Partei im Luckauer Hof in Berlin, und zu gleicher Zeit entstanden sozialdemokratische Sektionen in den Hochburgen der Sozialdemokratie, Sachsen und Thüringen [...]. Es käme jedoch einer Geschichtsfälschung gleich, wollte man den schnellen Aufbau der SPD allein auf Kurt Schumacher und seine Tätigkeit zurückführen. Die Partei entstand vielmehr in den verschiedenen Teilen Deutschlands ganz spontan, wenn auch mit unterschiedlichen organisatorischen und parteipolitischen Konzeptionen«.

27 *Sywottek*, Die »fünfte Zone«, a. a. O., S. 73.

Ebene verfügte, wie einmal die Memoiren Gniffkes, zum anderen die Untersuchungen von Moraw zeigen. Wenn auch die Beispiele Moraws auf traditionell sozialdemokratische Hochburgen beschränkt sind, so bleibt doch zu untersuchen, wann und unter welchen Bedingungen sich die Sozialdemokratie in den verschiedenen Regionen des sowjetischen Besatzungsgebietes neu formierte. Die Reorganisation der Partei auf der regionalen Ebene – d. h. in den fünf Ländern der damaligen SBZ – muß unter dem Aspekt des komplizierten Zusammenwirkens von spontanen örtlichen Aktivitäten mit den von den Besatzungsbehörden eingesetzten bzw. legitimierten Parteizentralen der Länder untersucht werden, die bis auf Mecklenburg im Herbst 1945 auf regionalen Parteitag bestätigt wurden. Außerdem ist das Zusammenwirken dieser Länder-Parteizentralen mit dem ZA in Berlin zu berücksichtigen, dessen innerparteiliche Legitimation wiederum relativ ungesichert war und der praktisch gezwungen war, die Zustimmung der unteren Parteiebene erst nach und nach zu suchen²⁸.

Gleichzeitig stellt sich damit die Frage nach der Bedeutung der wichtigen »mittleren Ebene« bzw. »mittleren Hochebene«, ein Begriff, mit dem man »einen relativ einfachen Zugang zur Analyse von Regierungsformen, Parteien oder politischen Entscheidungssystemen«²⁹ gewinnen kann. Nach Karl W. Deutsch handelt es sich dabei um eine Kommunikationsebene, die in »vertikaler« Richtung der breiten Masse nahe genug ist, um einen permanenten oder wirksamen Kontakt zwischen ihr und Vertretern der »höchsten« Ebene zu unterbinden oder ihm zuvorzukommen, gleichzeitig ist sie hoch genug, um eine »horizontale« Kommunikation auf der gleichen Ebene zu ermöglichen. Im Bereich von Parteipolitik gehören hierzu die Sekretäre von Bezirken, Kreisen oder Städten, Vorsitzende von Interessenverbänden usw. Diese Vertreter der »mittleren Hochebene«, die die eigentliche Last bei der Ausarbeitung, Genehmigung und Ausführung von Entscheidungen tragen, erhalten meist keine große Publizität, sie sind die »Männer hinter den Kulissen«. Zumeist kann ohne diese Gruppe nichts getan und nichts verändert werden. Eine systematische Erforschung der Struktur und personellen Zusammensetzung solcher Gruppen könnte zur Klärung von Verhaltensweisen und Bildung von Eliten beitragen³⁰.

Für die im folgenden zu untersuchende Gruppe kann dies nur mit Einschränkung zutreffen, da der Entscheidungsspielraum und die Handlungsfähigkeit in dem zu betrachtenden Zeitraum begrenzt waren. Nach der militärischen Kapitulation begann, um einen Ausdruck Leonhard Kriegers zu gebrauchen, ein mehrmonatiges »Interregnum«³¹, da es in diesem Zeitraum keine politischen Instanzen gab, die auf überregionaler Ebene die Verhältnisse hätten ordnen können. Gleichwohl war es eine Periode, in der schon Vorentscheidungen für die Zukunft getroffen wurden. Für die sowjetisch besetzte Zone war dieses Interregnum im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen bereits Anfang Juli 1945 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt war die Übernahme von Thüringen und der zuvor von den westlichen Alliierten besetzten Gebiete Sachsen-Anhalts und Mecklenburgs durch die sowjetischen Truppen abgeschlossen, es gab eine zentrale sowjetische Verwaltung für die gesamte Zone (SMAD), sowjetische Länderverwaltungen (SMAs), Kreis- und Ortskommandanturen so-

28 *Ebda.*, S. 73 f.

29 Dazu und im folgenden Karl W. Deutsch, *Politische Kybernetik*, Freiburg 1969, S. 222 ff.

30 Dazu allgemeine Literatur bei Deutsch, S. 224; vgl. auch Peter Christian Ludz, *Parteilite im Wandel*, 3. Aufl., Köln/Opladen 1970.

31 Leonhard Krieger, *The Interregnum in Germany: March – August 1945*, in: PSQ LXIV, 1949, S. 507 – 532.

wie deutsche Länder-, Provinzial- und Kommunalverwaltungen³². Außerdem durften sich seit dem 10. Juni 1945 wieder Parteien auf der Zonenebene bilden.

Die Installierung der SMAD erfolgte formell durch den Befehl Nr. 1 von Marschall Shukow am 9. Juni 1945, die der SMA's der Länder einen Monat später, am 9. Juli 1945, durch den Befehl Nr. 5³³. Besondere Bedeutung im Apparat der sowjetischen Militärverwaltung kam den politischen Offizieren zu, deren hoher Qualifikation vielfach Anerkennung gezollt wurde³⁴. Sie waren häufig während des Krieges in der Kriegsgefangenenarbeit tätig gewesen und deshalb nicht selten mit den sie erwartenden Verhältnissen vertraut³⁵. Zusätzlich führte die »Informationsverwaltung« [Politoffiziere] der SMAD systematisch »Beratungen« ihres »Apparates« in den Provinzen und Ländern durch, was zum einen dessen Funktionieren gewährleistete, zum anderen der Kontrolle und ideologischen Erziehung diente³⁶.

Für die Funktionsfähigkeit der sowjetischen Besatzungsadministration wichtig war auch die Ingangsetzung der deutschen Verwaltung³⁷, die wiederum mit der von der Sowjetunion geplanten Demokratisierung³⁸ verknüpft war. Nach sowjetischen Vorstellungen³⁹ bedeutete »grundlegende Demokratisierung« eine umfassende sozialökonomische Umgestaltung, »die Beseitigung der ökonomischen Grundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus«⁴⁰ und die Überwindung der faschistischen Ideologie. Diese staatlichen Aufgaben setzten wiederum die Existenz einer funktionierenden staatlichen Macht in Form der weitverzweigten lokalen Administration voraus⁴¹. Eine wichtige Rolle beim Aufbau und der Vereinheitlichung der deutschen Verwaltung spielten die drei sogenannten Initiativgruppen des ZK der KPD⁴², die im April/Mai 1945 den drei nach Westen vorrückenden sowjetischen Fronten zugeteilt waren. Die »Gruppe Ulbricht« war zuständig für den Raum Berlin⁴³, die »Initiativgruppe Sobottka« wurde in Mecklenburg-Vorpommern tätig⁴⁴, und die Gruppe um Anton Ackermann konzentrierte sich auf Dresden⁴⁵. Bei der Ingangsetzung der Verwaltung wurden vielfach auf allen Ebenen die traditionellen Strukturen übernom-

32 Vgl. dazu auch *Krisch*, S. 76 ff.; *Arnold Sywottek*, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 – 1946, Düsseldorf 1971, S. 194 f.

33 *Befehle des obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland*, Sammelheft 1, 1945, Berlin 1946; zur personellen Besetzung der einzelnen Stellen siehe *Krisch*, S. 76 f.

34 Beispiele bei *Krisch*, S. 69.

35 *Ebda.*

36 *Sergej Tjulpanow*, Die Rolle der sowjetischen Militäradministration im demokratischen Deutschland, in: *50 Jahre Triumph des Marxismus-Leninismus*, Berlin – DDR 1967, S. 48.

37 *Sywottek*, Volksdemokratie, S. 199.

38 Zum unterschiedlichen Begriff von Demokratisierung vgl. *Sywottek*, Die »fünfte Zone«, a. a. O., S. 59; vgl. auch *Alexander Fischer*, Varianten der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941 – 1945, in: *Deutschland-Archiv*, Jg. 4, 1973, S. 382 – 400; vgl. auch *ders.*, Sowjetische Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg 1941 – 1945, Stuttgart 1975.

39 Dazu *Sergej Tjulpanow*, Die Rolle der SMAD bei der Demokratisierung Deutschlands, in: *ZfG*, Jg. 15, 1967, H. 2, S. 240 – 252.

40 *Ebda.*, S. 244.

41 *Ebda.*

42 Vgl. *Sywottek*, Volksdemokratie, S. 198.

43 Vgl. die Erinnerungen von *Wolfgang Leonhard*.

44 *Heinz Voßke*, Über die Initiativgruppe des ZK der KPD in Mecklenburg-Vorpommern (Mai bis Juli 1945), in: *BzG*, Jg. 6, H. 3, S. 424 – 437; vgl. auch *Joachim Mai* (Hrsg.), *Vom Narwe bis an die Elbe*. Erinnerungen sowjetischer Kriegsteilnehmer der 2. Bjelorussischen Front, Berlin-DDR 1965.

45 Erinnerungen von *Anton Ackermann* dazu in: *Von der Geburt der neuen Staatsmacht*. Dokumentarische Berichte von Aktivisten der ersten Stunde, in: *Staat und Recht*, Jg. 14, 1965, H. 5, S. 665 – 697.

men⁴⁶, die Schlüsselpositionen (Polizei, Inneres, Personalwesen) jedoch meist mit zuverlässigen Kommunisten besetzt. Da man nicht über genügend eigene Kader verfügte, wurden zum einen unbelastete örtliche Honoratioren in vorwiegend repräsentative Ämter eingesetzt, zum anderen beließ man unentbehrliche Fachleute häufig in ihren Positionen⁴⁷.

Am Aufbau der lokalen Administration waren neben den erwähnten Initiativgruppen auch die bei Kriegsende entstandenen Antifaschistischen Komitees beteiligt. Diese Komitees oder Ausschüsse waren zum einen spontan entstanden, zum anderen auf Anregung von aus der Sowjetunion zurückgekehrten kommunistischen Funktionären, die zumindest örtliche kommunistische Gruppen zur Mitarbeit aufforderten; mancherorts entstanden sie auch erst auf sowjetische Anweisung hin⁴⁸. Wie der einige Wochen unbesetzte Kreis Schwarzenberg⁴⁹ und Beispiele aus den Westzonen⁵⁰ zeigen, waren diese Antifa-Komitees nicht allein auf den Machtbereich der Roten Armee beschränkt.

Gleichzeitig waren die Antifas eine erste Form legitimer politischer Betätigung, da die Konstituierung von Parteien zunächst verboten war. Im Hinblick auf die Tätigkeit der Antifas wird am konkreten Fall zu fragen sein, wie weit sie ein rein kommunalpolitisches Instrument zur Gewährleistung der Ordnung für einen beschränkten Zeitraum waren und ob oder welche politischen Motivationen und Konzeptionen dahinter standen.

Ausgehend von der Konsolidierung der Verhältnisse und der Existenz einer funktionierenden antifaschistischen deutschen Verwaltung, erschien am 10. Juni 1945 der SMAD-Befehl Nr. 2⁵¹, der die Genehmigung zur Bildung von antifaschistischen Parteien auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone noch vor den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz enthielt. Bereits einen Tag später, am 11. Juni, veröffentlichte das ZK der KPD einen Aufruf⁵², das in der letzten Phase des Krieges in Moskau vorbereitete kommunistische Programm für das Nachkriegsdeutschland⁵³. Der Aufruf enthielt u. a. die Forderung nach Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 und Errichtung »einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk«⁵⁴. Gleichzeitig sollte das vorgelegte Programm als »Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien (der Kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei, der Zentrums- und anderer)« dienen⁵⁵.

46 Vgl. Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 198.

47 Tjulpanow, a. a. O., (ZfG), S. 245.

48 Vgl. Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 197 f.

49 Werner Groß, *Die ersten Schritte. Der Kampf der Antifaschisten in Schwarzenberg während der unbesetzten Zeit Mai/Juni 1945*, Berlin – DDR 1961; vgl. auch ders., *Der Kampf Schwarzenberger Antifaschisten während der besatzungslosen Zeit (Mai/Juni 1945)*, in: ZfG, Jg. 8, 1960, H. 3, S. 657 – 676.

50 Zuletzt Lutz Niethammer, *Aktivität und Grenzen der Antifa-Ausschüsse 1945. Das Beispiel Stuttgart*, in: VfZ, Jg. 23, 1975, H. 3, S. 297 – 331.

51 Vgl. *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Reihe III, Bd. 1 (Mai 1945 – April 1946), Berlin – DDR 1959, S. 12 f.

52 Text des Aufrufes ebda., S. 14 – 20.

53 Vgl. Lothar Berthold, *Der Kampf gegen das Hitlerregime – der Kampf für ein neues demokratisches Deutschland*, in: BzG, Jg. 6, 1964, H. 6, S. 1007 – 1022.

54 *Dokumente und Materialien*, S. 18; zur Interpretation des Aufrufes vgl. Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 200 ff.

55 *Dokumente und Materialien*, S. 20; zur Begründung des Aufrufs vgl. auch Tjulpanow, in: *50 Jahre Triumph*, S. 55: »Damals gab es relativ wenig Kommunisten. Der Mehrheit der Bevölkerung war die Ideologie des Kommunismus insgesamt fremd. Für jene allgemein-demokratischen, antifaschistischen Ziele, die die KPD formulierte [...] konnten die Antifaschisten auch im Rahmen anderer demokratischer Parteien kämpfen«.

Nach der überraschenden Parteienzulassung und dem Hervortreten der KPD als eigenständiger Partei mit ihrem Aufruf vom 11. Juni, der bereits am 13. Juni in ihrem eigenen Organ, der »Deutschen Volkszeitung«, veröffentlicht wurde, sahen sich die sozialdemokratischen Gruppen in Berlin veranlaßt, in aller Eile darauf zu reagieren⁵⁶. Für den noch zu konstituierenden ZA wurde sofort ein »Programmausschuß« gebildet, der einen Gründungsauftrag beraten und formulieren sollte⁵⁷. Der Aufruf, der schließlich am 15. Juni als Flugblatt veröffentlicht wurde⁵⁸, basierte im wesentlichen auf dem Entwurf Grotewohls⁵⁹, der sich stark an dem kommunistischen Aufruf orientiert und diesen ausdrücklich begrüßt hatte. Hervorgehoben wurde, daß die gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen Deutschlands entscheidend für den Weg des Neuaufbaus seien und von daher die Errichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes und einer parlamentarisch-demokratischen Republik erforderlich sei. Während Dahrendorf in seinem Entwurf den »Aufbau eines sozialistischen Staates« vorformuliert hatte⁶⁰, stand in dem veröffentlichten Aufruf vorsichtiger und zurückhaltender die Forderung nach »Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft«. Während die KPD ihr Aktionsprogramm als Grundlage eines Parteienblocks – auch als Koalition zu verstehen – darstellte, ging der ZA darüber hinaus und forderte: »Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen! Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben«⁶¹.

Am 19. Juni 1945 fand dann eine Besprechung zwischen Vertretern des ZA und des ZK der KPD statt, auf der Ulbricht die Initiative des ZA für eine einheitliche Partei stoppte und eine sofortige organisatorische Vereinigung ablehnte⁶². Gleichzeitig unterbreitete die KPD dem ZA den Entwurf für eine Vereinbarung, in der als Ausdruck der Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien die Bildung eines Arbeitsausschusses vorgeschlagen wurde, in dem auch ideologische Fragen als Voraussetzung einer späteren Vereinigung geklärt werden sollten. Den untergeordneten Instanzen beider Parteien sollte empfohlen werden, auf der regionalen und lokalen Ebene in gleicher Form zusammenzuarbeiten. Da die ZA-Vertreter zu diesem Vorschlag keine Alternative anzubieten hatten und dies wohl auch nicht wollten, wurde er in der fraglichen Sitzung akzeptiert und später vom gesamten ZA gebilligt⁶³.

56 Vgl. Moraw, S. 84 ff.

57 Ebd., S. 85 f.; vgl. auch Gniffke, S. 29 f.

58 Vollständig abgedruckt in: *Dokumente und Materialien*, S. 28 – 31.

59 Zu den verschiedenen Entwürfen vgl. Moraw, S. 87.

60 Ebd.

61 *Dokumente und Materialien*, S. 31.

62 Vgl. Moraw, S. 94 f.; zur innerparteilichen Problematik und Motivation der KPD-Führung vgl. Sywottek, *Volksdemokratie*, S. 175 f.

63 Abdruck der Vereinbarung in: *Dokumente und Materialien*, S. 41 f.; vgl. auch Gniffke, S. 32 f.; zur Interpretation des Begriffs der ideologischen Klärung in der DDR-Historiographie vgl. z. B. Franz Wohlgemuth, *Probleme der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in Berlin (1945 bis 1947)*, Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (MS), Berlin – DDR 1961, S. 20: »Das Charakteristische des vor sich gehenden ideologischen Klärungsprozesses war das allmähliche Loslösen der Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder und Funktionäre von alten reformistischen Auffassungen und der Sieg der besten revolutionären Traditionen und der marxistischen Ideologie der Arbeiterklasse«. Vgl. auch Siegfried Thomas, *Die Rolle der Aktionseinheit zwischen KPD und SPD beim Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und bei der Überwindung der Kriegsfolgen in Berlin (Juni – Dezember 1945)*, in: *ZfG*, Jg. 9, 1961, H. 2, S. 373 – 404.

Den in dem KPD-Aufruf vorgezeichneten Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien erreichte die KPD am 14. Juli 1945: W. Ulbricht machte auf einer Sitzung deutlich, daß dieser Block von Dauer sein werde und daß neben den dort vertretenen Parteien (KPD, SPD, CDUD, LDPD) für Splitterorganisationen kein Platz mehr sei⁶⁴. Besonders wichtig für die KPD-Führung war die Geschäftsordnung des gemeinsamen Ausschusses der vier Blockparteien, nach der Beschlüsse nur durch Vereinbarungen, nicht aber durch Abstimmungen gefaßt werden konnten⁶⁵. Damit war für die Zukunft die Möglichkeit von Fraktionsbildungen gegen die KPD ausgeschlossen. Wie bei der Vereinbarung vom 19. Juni wurde den unteren Parteinstanzen entsprechendes Verhalten empfohlen.

Erstmalig am konkreten Beispiel erprobt wurde die bislang mehr theoretisch-politische Zusammenarbeit bei der Durchführung der Anfang September 1945 begonnenen Bodenreform, die ein entscheidender Schritt in Richtung auf die sozioökonomische Umwandlung der damaligen SBZ und von besonderer Bedeutung für die hauptsächlich agrarischen Gebiete Mecklenburgs und Brandenburgs war^{65a}. Für die Durchsetzung der Bodenreform im Rahmen des antifaschistischen Blocks war die einheitliche Haltung von KPD und SPD besonders wichtig⁶⁶. In seinem Aufruf hatte der ZA ohne weitere Ausführungen den genossenschaftlichen Zusammenschluß in der Landwirtschaft gefordert, ebenso die statistische Erfassung des Großgrundbesitzes für den Wiederaufbau. Notwendig erschien dem ZA auch die Aufteilung von Großgrundbesitz zur Beschaffung von Boden für umsiedlungsbereite Großstädter. Daraus konnten sich unterschiedliche Auffassungen entwickeln, wie sie dann wohl auch im ZA vertreten worden sind⁶⁷. Die Bodenreform – in der ersten Septemberhälfte in den Ländern und Provinzen der SBZ in Gang gesetzt – war schließlich Ausgangspunkt einer wichtigen Rede von Wilhelm Pieck anläßlich einer Kundgebung am 19. Sep-

64 Vgl. Moraw, S. 94 f.

65 *Ebda.*, S. 95.

65a Zur Begründung und Durchführung der Bodenreform vgl. u. a. Stefan Doernberg, Die Geburt eines neuen Deutschland 1945 – 1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR, 2. Aufl., Berlin – DDR 1959; Rolf Stöckigt, Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform (Mai 1945 bis April 1946), Berlin – DDR 1964; Siegfried Stein, Der Kampf der demokratischen Kräfte unter Führung der KPD um die Durchführung der demokratischen Bodenreform in Mecklenburg (Mai 1945 bis Dezember 1945), Phil. Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (MS), Berlin – DDR 1961; Otto Rühle, Vom Untertan zum Staatsbürger, 2. Aufl., Berlin – DDR 1958; zur Haltung der bürgerlichen Parteien vor allem Peter Hermes, Die Christlich-Demokratische Union und die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Jahre 1945, Saarbrücken 1963; Günter J. Trittel, Die Bodenreform in der britischen Zone 1945 – 1949, Stuttgart 1975 (zur SBZ S. 12 – 15).

66 Vgl. Stöckigt, S. 56 – 61; die entsprechende Vereinbarung zwischen ZA und ZK der KPD erfolgte am 4. Sept. 1945; vgl. dazu *Dokumente und Materialien*, S. 147; die Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Bodenreform dann am 15. Sept. 1945; *ebda.*, S. 157 f.; in dieser Erklärung kamen vornehmlich die Vorstellungen der KPD zum Tragen, hauptsächlich das Verhältnis zu den Bauern und den Flüchtlingen im Rahmen ihrer Bündnispolitik. Die Durchführung der Bodenreform wurde durch Verordnungen der Länder geregelt, wobei die erste Verordnung – am 3. Sept. 1945 für die Provinz Sachsen-Anhalt – noch vor der Vereinbarung der zentralen Parteinstanzen erlassen wurde.

67 Ein den Auffassungen der KPD sehr nahekommender Standpunkt wurde in dem Artikel in der ZA-Zeitung »Das Volk« (Agrarreform. Das Gebot der Stunde) vom 29. Aug. 1945 vertreten. Demgegenüber warnte Gustav Klimpel in einem Artikel »Die Agrarreform« (Das Volk, 8. Sept. 1945) vor übereilten und planlosen Maßnahmen. »So einfach liegen die Probleme, die mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes verbunden sind, nicht, wie sich das vielleicht verschiedene Kreise vorstellen«. Er forderte, daß für die erfolgreiche Weiterbewirtschaftung des enteigneten Großgrundbesitzes die notwendigen Sicherheiten geschaffen werden müßten und die Öffentlichkeit dafür einen Zwischenträger einzuschalten habe.

tember 1945⁶⁸. In dieser Rede führte Pieck u. a. aus, daß die Zeit der politischen Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien vorüber sei und man nun auf eine baldige Vereinigung beider Parteien hinarbeiten müsse⁶⁹. Die damit verbundene Wende in der kommunistischen Taktik wurde bisher meist in Verbindung mit den für die KP negativen Ergebnissen der österreichischen Wahlen vom November 1945 gesehen. Moraw hingegen vermutet⁷⁰, daß für den Beginn der Einheitskampagne ausschlaggebend gewesen sei, »daß die KP-Führung mittlerweile einen verlässlichen, auf ihre bündnispolitische Linie eingeschworenen Apparat restauriert hatte«. Gleichzeitig sei immer deutlicher geworden, daß die SPD sie »mit dem Aufschwung der Mitgliederentwicklung« überflügelte. »Vor diesem Hintergrund mußte der KPD-Führung eine weitere selbständige Entwicklung der SPD als bedrohlich erscheinen«. Wenn auch die Sozialdemokraten diese taktische Wende nicht sofort begriffen, so begann doch bereits in der zweiten Septemberhälfte die nunmehr von der KPD forcierte Einheitskampagne, die mit der Vereinigung beider Parteien im Frühjahr 1946 ihren Abschluß fand.

BRANDENBURG

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges war die Provinz Mark Brandenburg ebenso Schauplatz der letzten heftigen Kämpfe wie das erbittert umkämpfte Berlin⁷¹. Beim Zusammenbruch besaß die Provinz keinerlei funktionierende Verwaltung mehr, auch der für das Gebiet zuständige Gauleiter Stürtz war geflohen⁷². Zu dem totalen politischen Chaos kam, daß schon in der letzten Kriegsphase sowohl Berlin als auch die Provinz Mark Brandenburg durch die Verlagerung und Evakuierung von Betrieben stark an wirtschaftlicher Bedeutung eingebüßt hatten⁷³. Von der Zerstörung besonders betroffen waren die östlichen Gebiete der Provinz zwischen Görlitz und Frankfurt/Oder⁷⁴; nach Abtrennung des Landes östlich der Oder und nördlich der westlichen Neiße umfaßte die Provinz 26 976 qkm (1933:

68 Vgl. *Demokratische Bodenreform*, Rede von Wilhelm Pieck und Edwin Hoernle am 19. September 1945, Berlin 1945.

69 Pieck wandte sich auch direkt an die Sozialdemokraten, indem er zunächst heftige Kritik an Noske, Severing und Stampfer und den Folgen ihrer Politik übte, und führte dann aus: »Wir haben das Vertrauen zu den sozialdemokratischen Arbeitern, daß sie nicht aus Pietät zu diesen alten Führern zulassen werden, daß diese wieder die Führung der Partei übernehmen, sondern daß sie dafür sorgen, daß neue, zuverlässige Kräfte an ihre Stelle treten, so wie das die sozialdemokratischen Arbeiter in Groß-Berlin getan haben«. *Demokratische Bodenreform*, S. 16.

70 Vgl. zum folgenden Moraw, S. 130 f.

71 Vgl. *Geschichte von Brandenburg und Berlin*, Bd. 3: Berlin und die Provinz Brandenburg im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Hans Herzfeld unter Mitwirkung von Gerd Heinrich, Berlin 1968, S. 164; vgl. auch Karl Urban, Die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterklasse unter Führung der KPD in der Provinz Brandenburg im Kampf um die Schaffung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht (Mai 1945 bis April 1946), Diss. (MS) Potsdam 1963, S. 17 f.

72 *Geschichte von Brandenburg und Berlin*, S. 283.

73 *Ebda.*, S. 409; vgl. auch Karl Urban, Der Kampf um die Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg (Mai 1945 bis April 1946), in: ZfG, Jg. 7, 1959, H. 7, S. 1545.

74 Ein Beispiel für die Probleme der Randgebiete ist die an der Neiße gelegene kleine Industriestadt Guben (Tuchindustrie, Lederfabrikation, wenig Metallindustrie), von der drei Viertel an Polen abgetreten wurden, so daß die Stadt kaum noch lebensfähig war, wenn auch ein Großteil der Industrie auf dem Gebiet westlich der Neiße gelegen war. Interviewprotokoll Noack, AsD.

39 034 qkm) mit zunächst 2 515 000 Einwohnern (1933: 2 726 264 Einwohner)⁷⁵; weiterhin mußte bis 1946 ein riesiger Flüchtlingsstrom vorübergehend bzw. dauernd aufgenommen werden, was eine nicht zu unterschätzende Veränderung der Bevölkerungsstruktur bewirkte. Zu diesen Gegebenheiten kam der traditionelle Gegensatz zwischen Großstadt und Land im Umkreis von Berlin, und nach der Standortverteilung der Industrie gab es eine Industriearbeiterschaft vor allem in den unmittelbaren Randgebieten von Berlin, im Senftenberger Braunkohlenrevier und in Gebieten um die Städte Forst, Guben und Brandenburg/Havel⁷⁶.

Aufgrund dieser Strukturen ist es nicht verwunderlich, daß Organisationen der Arbeiterbewegung nicht dominierend sein konnten bzw. vorwiegend in den Städten bzw. Industriegebieten existierten. Nach Erinnerungen von Sozialdemokraten hat es auch in der Nazizeit in ausschließlich ländlichen Gebieten so gut wie keinen Widerstand gegeben, zumal man von der Mentalität her gewohnt gewesen sei, jedweder Obrigkeit zu gehorchen⁷⁷. In den Städten beschränkten sich die Sozialdemokraten vielfach darauf, den Kontakt untereinander nicht abreißen zu lassen und auf das erhoffte Ende des Dritten Reiches zu warten⁷⁸.

Unter diesen Bedingungen begann bei Kriegsende der Wiederbeginn und Wiederaufbau des politischen Lebens auf kommunaler, auf Provinzial- und sehr bald auch auf parteipolitischen Ebene.

Nach der Besetzung der Städte und Dörfer kam es sofort zur Einsetzung von provisorischen Verwaltungen durch die Organe der sowjetischen Besatzungstruppen⁷⁹. Dies geschah zum Teil willkürlich durch die örtlichen Kommandanten, zum größten Teil allerdings auf Vorschlag der örtlichen – zumeist so oder ähnlich genannten – »Antifaschistischen Komitees«, die bei Kriegsende und nicht selten bereits in der letzten Phase der Kämpfe entstanden waren⁸⁰. In Potsdam-Babelsberg z. B. kam es Ende April zu Kontakten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die schließlich am 3. Mai 1945 zur Bildung eines »Revolutionären Vollzugsausschusses« führten, in dem je 5 Sozialdemokraten und Kommunisten vertreten waren und der bereits wenige Tage später die Stadtverwaltung kontrollierte, die nach seinen Vorschlägen am 12. Mai durch die sowjetische Kommandantur bestätigt

75 *Geschichte von Brandenburg und Berlin*, S. 165.

76 Vgl. *Urban*, Diss., S. 22 f.; zum größten Teil arbeiteten die Industriearbeiter in Kleinbetrieben und im Handwerk; insgesamt waren dies 24,6 % der Beschäftigten.

77 Vgl. Interviewprotokoll *Beese*, AsD.

78 Zu Beispielen aus der lokalen kommunistischen Widerstandsarbeit vgl. z. B. *Siegfried Wietstruk*, Die Vereinigung der KPD und SPD im Kreis Teltow (Mai 1945 bis April 1946), hrsg. von der Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Zossen der SED, Zossen 1964; *Franz Becker*, Die große Wende in einer kleinen Stadt, Berlin – DDR 1969 (bezieht sich auf das Städtchen Storkow).

79 Vgl. z. B. die Erinnerungen von *Lemmer*, der bereits am 28. April 1945 als Bürgermeister von Klein-Machnow eingesetzt wurde, aber bald seine Machtlosigkeit erkennen mußte, S. 225: »Die inzwischen nach Klein-Machnow übergesiedelten Kommunisten [...] blieben zwar im Hintergrund, übernahmen aber schon nach kurzer Zeit alle entscheidende Gewalt [...], während wir andern mehr oder weniger bloß als Aushängeschild fungierten, [...]«. Vgl. auch *Becker*, S. 50 f.

80 Zur Einschätzung der Ausschüsse durch die DDR-Historiographie vgl. z. B. *Urban*, ZfG, a. a. O., S. 1546: »Aber die zahlreichen »Volksausschüsse«, die sich in den meisten Städten der Provinz Brandenburg auf Initiative von Kommunisten und Sozialdemokraten spontan bildeten, konnten diese Aufgabe nicht erfüllen. Sie bedeuteten eine Zersplitterung der demokratischen Kräfte, wobei sie sich, örtlich bedingt, unterschiedliche Aufgaben stellten und durch ihre Zusammensetzung nicht immer eine konsequente antifaschistisch-demokratische Politik garantierten«. Zum spontanen Entstehen von ähnlichen Ausschüssen im Kreis Teltow vgl. *Wietstruk*, S. 38 f.

wurde⁸¹. In Potsdam selbst entstand am 7. Mai 1945 ebenfalls ein Ausschuß aus je fünf Sozialdemokraten und Kommunisten, dem u. a. die Sozialdemokraten Prof. Karl Steinhoff, Georg Spiegel und Else Bauer angehörten⁸².

Sehr unterschiedlich sind allerdings die Erinnerungen von befragten sozialdemokratischen Funktionären der damaligen Zeit an diese ersten Verwaltungen und die erwähnten Antifa-Komitees. So wurde z. B. in Brandenburg/Havel⁸³ etwa Mitte Mai 1945 durch die sowjetische Kommandantur (die SMA gab es noch nicht) eine provisorische Stadtverwaltung eingesetzt, während der Antifa-Ausschuß erst nach dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni, d. h. gleichzeitig mit der Zulassung der Parteien, gebildet wurde. Bei dieser allerersten Besetzung von Funktionen fand nicht immer eine systematische Auswahl statt, vielfach war sie willkürlich und sehr zufällig. In dieser ersten Phase wurde der Sozialdemokrat Eichler Bürgermeister, was er bereits vor 1933 gewesen war; er selbst suchte sich dann ein paar geeignete Leute zusammen, um vor allem Betriebe und Produktionsstätten wieder in Gang zu setzen, wobei die Russen ihm keine Vorschriften machten⁸⁴.

Dagegen entstand im Kreis Calau⁸⁵ direkt beim Zusammenbruch ein Antifa-Ausschuß, der in der Erinnerung eines Sozialdemokraten als Zusammenschluß kommunalpolitisch interessierter Bürger charakterisiert wird, mit dem Ziel, das kommunale Leben wieder anzukurbeln. Eine Beteiligung von sozialdemokratischer Seite an diesem Ausschuß fand angeblich deshalb nicht statt, weil er auf sowjetische Initiativen hin entstanden sei und in dem Ausschuß hauptsächlich Kommunisten tätig gewesen seien. Auf der anderen Seite übernahm der Sozialdemokrat Dr. Hauschild sofort den Posten des Landrates, enthob z. B. den von den Russen installierten, ihm unfähig erscheinenden kommunistischen Bürgermeister Heizenröder von Schöllnitz seines Amtes und ersetzte ihn durch den Sozialdemokraten Neumann⁸⁶.

Aus Cottbus wiederum wird berichtet⁸⁷, daß dort der Antifa-Ausschuß auf Befehl entstanden sei, vermutlich gegen Ende April bzw. Anfang Mai. In ihm seien je ein Vertreter der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Christlichen und der Liberalen gewesen. Eine seiner Aufgaben war den vorliegenden Angaben zufolge z. B., Wirtschaftsbetriebe zu begutachten und zu prüfen, ob sie weiterbestehen sollten. Der Ausschuß soll ungefähr ein halbes Jahr bestanden haben und dann aufgelöst worden sein, die einzelnen Mitglieder gingen in den entsprechenden Parteien auf.

Neben dem Wiederbeginn des politischen Lebens auf kommunaler Ebene wurde im nächsten Schritt die Provinzialverwaltung eingesetzt⁸⁸. Hierbei wurde fast unverändert zunächst

81 *Urban*, ZfG, a. a. O., S. 1546 f.

82 *Urban*, Diss., S. 43 f.

83 Vgl. Interviewprotokoll *Geye*, AsD.

84 Nach Angaben von *Urban*, Diss., S. 35 wurde der Magistrat in Brandenburg/Havel am 23. Mai offiziell bestätigt, hatte aber schon vorher gearbeitet. Die parteipolitische Zusammensetzung der Ämter sah folgendermaßen aus: Die KPD stellte den Oberbürgermeister (Max Herm) und die Stadträte für Personalfragen, Arbeit und Sozialfürsorge, Wohnungswesen, Volksbildung; die SPD den stellvertretenden OB, den Bürgermeister und die Stadträte für Handel und Versorgung, Finanzen und Verkehr und den Leiter des Arbeitsamts; parteilos waren die Stadträte für Wirtschaft und Industrie, Gesundheitswesen, Kirchenfragen.

85 Vgl. dazu Interviewprotokoll *Wenzel*, AsD.

86 Er selbst wurde daraufhin bald durch die Kommandantur von seinem Posten abgelöst und durch einen Kommunisten ersetzt, fand aber dann in der Provinzialverwaltung eine neue Verwendung. Vgl. Interviewprotokoll *Wenzel*, AsD; zumindest bis 1949 blieb er im Innenministerium Leiter der Abteilung Kreisverwaltung. Vgl. Bericht in Akten Ostbüro 0022, AsD.

87 Vgl. dazu Interviewprotokoll *Beese*, AsD.

88 Vgl. *Urban*, Diss., S. 73 f.; veröffentlicht auch in: *Das Volk* vom 9. Juli 1945.

die alte Verwaltungseinteilung übernommen⁸⁹. Es gab vier Verwaltungsbezirke, die von Oberlandräten geleitet wurden⁹⁰. Oberste Behörde war die Provinzialverwaltung, die am 4. Juli 1945 durch Shukow bestätigt worden war. Präsident der Provinzialverwaltung wurde Prof. Karl Steinhoff (SPD), Vizepräsidenten waren Bernhard Bechler (parteilos, Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland), Edwin Hoernle (KPD), Fritz Rücker (SPD), Dr. Georg Remak (LDPD). Zur parteipolitischen Zusammensetzung der Provinzialverwaltung erinnert sich Karl Steinhoff, daß es dort keineswegs eine Dominanz von SPD und KPD gegeben habe; vielmehr ergibt sich bei 630 Angestellten am 1. Oktober 1945 folgendes Bild: KPD und SPD zusammen 13 0/0; LDPD 0,25 0/0; CDU 0,5 0/0; Parteilose 86,25 0/0⁹¹. Zur parteipolitischen Zusammensetzung auf der kommunalen Ebene kann gesagt werden, daß Ende Oktober 1945 von 9 872 Beschäftigten 1 054 der SPD und 933 der KPD angehörten⁹².

Gleichzeitig mit dem kommunalpolitischen Wiederaufbau hatten auch schon wieder die parteipolitischen Aktivitäten – vor allem der Arbeiterbewegung – begonnen⁹³. Während die KPD sofort nach der offiziellen Parteizulassung auf den verschiedenen Organisations-ebenen funktionsfähig war, entstanden sozialdemokratische Parteigruppen zunächst nur auf lokaler Ebene. Erst Anfang August 1945 übernahmen Friedrich Ebert und Georg Spiegel im Auftrag des ZA die Bildung und Leitung des provisorischen Bezirksvorstandes⁹⁴, der Anfang November 1945 auf dem SPD-Bezirksparteitag in Potsdam bestätigt wurde. Bis zum 1. Oktober 1945 arbeiteten nur zwei hauptamtliche Sekretäre im Provinzmaßstab, ab 1. 10. waren es vier Unterbezirkssekretäre, ab Januar 1946 dann acht⁹⁵. Im August versuchten Ebert und Spiegel die Parteiarbeit der SPD in der Mark Brandenburg zu organisieren bzw. zu koordinieren, wozu z. B. Landagitationskommissionen eingesetzt wurden, die bei der Gründung kleinerer Ortsgruppen helfen sollten⁹⁶. Aber auch ohne diese Unterstützung des Bezirksvorstandes waren viele sozialdemokratische Gruppen entstanden bzw. waren Sozialdemokraten politisch aktiv geworden. In einigen Fällen holten sich Sozialdemokraten direkt beim ZA die Genehmigung zum Aufbau der Partei⁹⁷. So konstituierte sich der SPD-Vorstand des Kreises Teltow bereits im Juli, wurde am 24. Juli in einer Versammlung bestätigt und erhielt daraufhin vom sowjetischen Kreiskommandanten die Genehmigung zum Parteaufbau im Kreismaßstab. Der Parteaufbau entsprach in etwa der Verwaltungsstruktur, in die Partei aufgenommen wurden vorwiegend frühere Mitglieder⁹⁸.

89 Vgl. *Geschichte von Brandenburg und Berlin*, S. 165, 283.

90 Die Bezirkseinteilung wurde im Befehl Nr. 13 der SMAD festgelegt. Vgl. *Das Volk* vom 27. Juli 1945.

91 Karl Steinhoff, In der Mark Brandenburg wurden völlig neue, demokratische Staatsorgane gebildet, in: *Vereint sind wir alles*, S. 544; H. Beese erinnert sich an Steinhoff als einen fachlich außerordentlich fähigen, politisch aber wenig profilierten Mann, der in erster Linie seine Pflicht als Fachmann tun wollte. Vgl. Interviewprotokoll Beese, AsD.

92 Angaben bei Urban, Diss., S. 71.

93 Zum Aufbau der KPD und zur Rolle der »Gruppe Ulbricht« ausführlich bei Urban, Diss.; ders., ZfG, a. a. O.; Becker, passim; Willy Sägebrecht, Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg, in: *Vereint sind wir alles*, S. 525 – 537; Wietstruck, S. 9 ff.

94 Vgl. Friedrich Ebert, Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, in: *Vereint sind wir alles*, S. 512 f.; Urban, Diss., S. 46.

95 Angaben bei Urban, Diss., S. 46.

96 Vgl. z. B. Bericht über eine Versammlungsreise Eberts in der Provinz, in: *Das Volk* vom 3. Aug. 1945; zur Gründung von Ortsvereinen usw.: *Das Volk* vom 18. und 23. Aug. 1945.

97 Beispiele mit Abdruck der Bescheinigungen des ZA bei Wietstruck, S. 33 – 37.

98 Ebda.

In Brandenburg/Havel begannen die parteipolitischen Aktivitäten der Sozialdemokraten mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni, also mit der offiziellen Zulassung der SPD⁹⁹. Vorher hatte es weder irgendwelche Versuche zur Sammlung der noch vorhandenen parteipolitischen Kräfte gegeben, noch waren interne Gespräche über einen möglichen oder wünschenswerten Wiederaufbau der Partei geführt worden. Man hatte vorher noch nichts unternommen, weil man die Rückkehr der ehemals führenden Funktionäre der Partei und Gewerkschaften aus den KZs abwarten wollte, um mit ihnen gemeinsam den »Apparat richtig wieder aufzubauen«. Die ehemaligen Funktionäre aus der zweiten Linie wagten offensichtlich nur sehr vorsichtig, entsprechende Initiativen zu ergreifen. Nach dem 10. Juni waren die früheren Funktionäre zurück, und die Sozialdemokraten trafen sich bald darauf an ihrer alten Stätte, dem »Volkshaus«, vor 1933 Gewerkschaftshaus. Die alten Funktionäre übernahmen zumeist nun wieder die Führung der Partei bzw. wurden nach ihrer Rückkehr wieder in wichtige Funktionen eingesetzt. Dies gilt sowohl für die Partei als auch für die Gewerkschaften. Am 19. Juni fand die erste öffentliche Versammlung der SPD mit dem Vorsitzenden Paul Voigt statt¹⁰⁰.

Aus dem Kreis Calau dagegen wird berichtet¹⁰¹, daß dort schon vor der offiziellen Parteienzulassung die Aktivitäten der Sozialdemokraten begonnen hatten. Während des Krieges hatten die Sozialdemokraten sich bemüht, wenigstens Kontakt untereinander zu halten. Durch diese Kontakte wußte man 1945, wer der NSDAP nicht angehört hatte, so daß verhindert werden konnte, daß ehemalige Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen Unterschlupf in der SPD finden konnten. Allgemein scheint sich das politische Leben nur sehr zögernd wieder geregt zu haben, da die Bevölkerung zumeist mit rein existentiellen Problemen beschäftigt war und wohl auch weit verbreitet große Angst vor den Russen herrschte. Auch die Haltung der meisten Sozialdemokraten wird als sehr vorsichtig geschildert, wohingegen die KPD gleich zu Anfang lebhaft Aktivitäten entwickelte. Inoffiziell existierte die SPD im Kreis Calau bereits im Mai 1945 wieder, sie nahm sogar schon Mitglieder auf, obwohl sie die offizielle Genehmigung dafür erst durch die Parteienzulassung erhielt. Dies ist vermutlich allein auf die Initiativen einzelner bzw. weniger in den jeweiligen Ortschaften zurückzuführen, die kaum Verbindung untereinander bzw. rein auf persönlicher Ebene hatten. So wie die einzelnen Ortsgruppen schließlich auch zu sehr unterschiedlicher Zeit gegründet wurden, wußte man dort weder etwas von dem Aufruf des ZA und den damit verbundenen Vorgängen und Diskussionen, noch hatte man weitergehende Verbindungen nach Berlin. Der einzige persönliche Kontakt bestand zu Dr. Ostrowski, dem damaligen Vorsitzenden des kommunalpolitischen Beirates des ZA, der regelmäßig den Kreis besuchte und der vor 1933 Bürgermeister in Finsterwalde gewesen und nach 1945 führend am Aufbau der SPD im Kreis Spremberg beteiligt war¹⁰². Im Gegensatz dazu hat Friedrich Ebert den Kreis nie besucht; ihn respektierte man nur aufgrund des Namens seines Vaters.

Auch in Cottbus¹⁰³ hatten sich bereits vor Kriegsende Sozialdemokraten zusammengefunden. Dort trafen sich am 25. 4. 1945 ungefähr 12 Genossen, die diese Zusammenkunft als

⁹⁹ Vgl. Interviewprotokoll Geye, AsD.

¹⁰⁰ Vgl. Ernst Altenkirch, Vorurteile wurden in der gemeinsamen Aktion überwunden, in: *Ver-eint sind wir alles*, S. 560.

¹⁰¹ Vgl. Interviewprotokoll Wenzel, AsD.

¹⁰² Vgl. Urban, Diss., S. 68.

¹⁰³ Vgl. dazu Interviewprotokoll Beese, AsD.

inoffizielle Konstituierung der SPD betrachteten. Da der frühere erste Vorsitzende, Gerhard Trogisch, noch nicht aus dem KZ zurückgekehrt war, übernahm Paul Bielick die provisorische Leitung. Wie an anderen Orten, hielt man hier Trogisch den Platz des ersten Vorsitzenden frei¹⁰⁴. Trotz politischer Vorbereitungen¹⁰⁵ war man von dem Befehl Nr. 2 überrascht und empfand sogar die Aufforderung der Kommandantur, sofort einen Vorstand zu konstituieren, als Zwang, vor allem, weil es keinerlei Zeit, Form und Möglichkeit gegeben hatte, eine Art innerparteilicher Willensbildung herbeizuführen. Der Gründungsauftrag des Berliner ZA erreichte die Sozialdemokraten in Cottbus erst sehr viel später, und eine Orientierung über die Vorgänge und Verhandlungen in Berlin war nur durch persönliche Bindungen und Beziehungen einzelner möglich und konnte nur sporadisch erfolgen¹⁰⁶. Beim Wiederbeginn des politischen Lebens in der damaligen sowjetischen Besatzungszone war eines der zentralen Themen der Diskussion die Einheit der Arbeiterklasse, das heißt ganz konkret die Frage nach der Kooperation von Sozialdemokraten und Kommunisten, mit allen Belastungen aus der Weimarer Republik, mit allen positiven und negativen Erfahrungen der Zusammenarbeit und der erlittenen Verfolgung während der Zeit des Dritten Reiches und der gemeinsamen Basis des Antifaschismus und des notwendigen Wiederaufbaus in der ersten Phase der Nachkriegszeit.

Diese Problematik hat vorwiegend in der DDR-Historiographie ausführliche Beachtung gefunden, mit besonderer Betonung der Gemeinsamkeiten, deren organisatorischer Untermauerung in verschiedenen Phasen und der sich aus dieser Sicht zwangsläufig ergebenden Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Diese Phasen mit der entsprechenden organisatorischen Festigung und ideologischen Begründung und Durchsetzung von oben bis hinunter zur kleinsten regionalen Einheit können – auch in bezug auf die Darstellung der Sozialdemokraten – hier nicht nachgezeichnet werden¹⁰⁷. Vielmehr sollen an einigen Beispielen

104 Neben Trogisch wurde noch Paul Liebeck Ortsvorsitzender der Partei. Vgl. »Bericht über Entwicklung der sozialdemokratischen Bewegung in Cottbus bis zur Zwangsvereinigung«, AsD, Bestand Ostbüro 0301 III.

105 Nach den Erinnerungen von Ebert gab es z.B. in Cottbus Anfang Juni den Aufruf eines vorbereitenden Ausschusses für die SPD mit der Befürwortung einer politischen und, wenn möglich, organisatorischen Einheit. Ebert, Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, in: Vereint sind wir alles, S. 514.

106 Nach Urban, Diss., S. 67 waren die Sozialdemokraten größtenteils mit dem Gründungsauftrag des ZA und dem Abkommen der zentralen Leitungen beider Parteien bekannt, zumal hauptsächlich Ebert, Spiegel und Steinhoff in Versammlungen darüber referiert hätten. Da diese Versammlungen jedoch zumeist erst im August stattfanden – wie entsprechende Berichte in der Zeitung »Das Volk« zeigen –, scheint es unwahrscheinlich, daß die Informationen in der frühen Gründungsphase der lokalen Ebene weit verbreitet vorlagen. Wie aber das bereits erwähnte Beispiel von Teltow zeigt, konnte es dennoch vereinzelt direkte Verbindungen zum ZA geben, was sich für den Kreis Teltow mit der geographischen Nähe zu Berlin erklären ließe.

107 Für Brandenburg charakterisiert Urban diese Entwicklung folgendermaßen: »Diese Etappe des Wiedervereinigungsprozesses der KPD und SPD in der Provinz Brandenburg hat zwei Abschnitte. Der erste Abschnitt reicht von der Zulassung der Parteien durch den Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militärverwaltung am 10. Juni 1945 bis zur Bildung des »Einheitsausschusses der KPD/SPD Mark Brandenburg« [im Sept. 1945] – der zweite endet mit dem 1. Bezirksparteitag der SPD und der 1. Funktionärskonferenz der KPD im November 1945«. Der erste Abschnitt sei gekennzeichnet durch den Aufbau der Parteiorganisationen und die Vereinbarungen zu gemeinsamen Arbeitsausschüssen. Parallel dazu liefen die Liquidierung des Faschismus und der Aufbau der Selbstverwaltungsorgane. Den zweiten Abschnitt kennzeichnet der Kampf um die Bodenreform und die gemeinsamen Versammlungen und Kundgebungen anlässlich der Jahrestage der Oktoberrevolution, Novemberrevolution und des 125. Geburtstages von Friedrich Engels. Vgl. Urban, Diss., S. 61 ff.

das Verhältnis zur KPD und die Zusammenarbeit mit den Kommunisten skizziert werden.

So wird z. B. aus Cottbus berichtet¹⁰⁸, daß es dort bei Kriegsende kaum Kontakte zu den Kommunisten gegeben habe, weil man sie gar nicht kannte, obwohl man in der Illegalität für die Bildung einer gemeinsamen Arbeiterpartei eingetreten sei. Danach erfolgte die getrennte Parteienentwicklung viel zu schnell, zudem hatte man keinerlei Kenntnis von ähnlichen oder anderen Vorgängen im Land oder in Berlin. Zu berücksichtigen ist dabei, daß es zu dieser Zeit kaum Informationsmöglichkeiten gab; erst später erhielt man die Zeitung »Das Volk«, die vom ZA in Berlin seit Anfang Juli 1945 herausgegeben wurde¹⁰⁹. So wußte man auch nicht, daß die SPD der Provinz Brandenburg seit dem 20. Oktober 1945 eine eigene Zeitung, »Der Märker«, herausgab¹¹⁰. Allein in dem nach der Parteienzulassung zwangsweise gebildeten Antifa-Ausschuß arbeiteten Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen. Das Verhältnis wird als eine Art Koalition charakterisiert. Die Mitglieder waren persönlich gute Bekannte geworden, aber keine politischen Freunde. Nachdem die ursprünglichen Erwartungen der Sozialdemokraten nicht erfüllt waren, gab es von ihrer Seite kein Streben mehr nach einer Vereinigung. »Wir waren die Enttäuschten, und die Kommunisten waren die Bewußten«. Die aus sozialdemokratischer Sicht immer tiefer werdende Spaltung wurde zusätzlich durch die sich immer stärker zeigende Bevorzugung der Kommunisten auf allen Gebieten vertieft.

Auch in dem Städtchen Storkow sollen einige Sozialdemokraten bei Bekanntwerden der Parteienzulassung spontan den Wunsch nach sofortigem Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien geäußert haben bzw. bestrebt gewesen sein, geschlossen in die KPD einzutreten. Dieses spontane Angebot wurde von den Kommunisten mit äußerster Zurückhaltung aufgenommen bzw. mit der üblichen Begründung zurückgewiesen, noch bestehende ideologische Unklarheiten und Belastungen aus der Vergangenheit müßten vorher beseitigt werden¹¹¹.

In Brandenburg/Havel¹¹² beschränkte sich die Kooperation vornehmlich auf den Antifa-Ausschuß. Dort wird sie als anfänglich recht zufriedenstellend bezeichnet. Hierbei spielt wahrscheinlich eine nicht unwesentliche Rolle, daß man zumindest die führenden Kommunisten der Stadt – hier wird vor allem der Oberbürgermeister Max Herm genannt – von früher her, meist aus der Arbeiterjugend, kannte. Die Kommunisten wiederum legten großen Wert auf diese Zusammenarbeit¹¹³, weil das zahlenmäßige Verhältnis beider Par-

108 Vgl. Interviewprotokoll Beese, AsD.

109 Über den Vertrieb der Zeitung außerhalb von Berlin in der Provinz ist wenig bekannt, vielfach wurde sie von einzelnen bei gelegentlichen Besuchen beim ZA in die Provinz mitgenommen und dort verteilt. Aber auch der Bezirksvorsitzende und Bürgermeister von Potsdam, Georg Spiegel, bemühte sich von Potsdam aus, die Zeitung in den umliegenden Orten zu vertreiben. Vgl. Das Volk vom 23. Aug. 1945.

110 Vgl. Ebert, Wir erfüllten unsere historische Aufgabe, a. a. O., S. 519; nach Angaben von Urban, Diss., S. 121 hatte »Der Märker« bis Anfang November eine Auflage von 50 000 und dann 100 000. Ab Dezember 1945 erschien er dann zweimal in der Woche.

111 Zu Storkow vgl. Becker, S. 108 ff.; auch im Kreis Teltow wollten in einigen Orten Sozialdemokraten nach der Zulassung der Parteien keine Neugründung der SPD vornehmen. Vgl. dazu Wietstruk, S. 29.

112 Vgl. Interviewprotokoll Geye, AsD.

113 Betont wurde die Zusammenarbeit bereits auf der SPD-Versammlung vom 19. Juni 1945 durch den Vorsitzenden Paul Voigt. Der Beschluß zur Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses erfolgte am 28. Juni auf einer gemeinsamen Funktionärskonferenz von KPD und SPD. Vgl. Altenkirch, Vorurteile wurden in der gemeinsamen Aktion überwunden, in: Vereint sind wir alles, S. 560 f.

teien 500 zu 15 000 zugunsten der Sozialdemokraten gewesen sein soll¹¹⁴. Das Stärkeverhältnis wird deutlich in der Äußerung eines sozialdemokratischen Funktionärs: »Brandenburg ist wirklich kein Pflaster gewesen für die Kommunisten«¹¹⁵.

Im Kreis Calau¹¹⁶ ging der Vorschlag für ein Zusammenwirken noch vor der Parteienzulassung von den Kommunisten aus mit Hinweis auf die gemeinsame antifaschistische Basis. Ein sozialdemokratischer Funktionär erinnert sich, dies jedoch von vornherein entschieden abgelehnt zu haben, da bereits sein Vater ihm von negativen Erlebnissen mit Kommunisten berichtet habe. Er habe sich auch geweigert, Vorträge zu halten, zu denen man ihn eingeladen habe. Erst ab Herbst 1945 hätten die Funktionäre von SPD und KPD an gemeinsamen »Zwangsversammlungen« teilnehmen müssen.

Interessant und übereinstimmend bei allen Sozialdemokraten in ihren Erinnerungen an die Zusammenarbeit bzw. deren Ablehnung ist das Fehlen bzw. Nicht-Kennen dessen, was in der DDR-Historiographie als der »ideologische Klärungsprozeß« dargestellt und anhand vieler Beispiele untermauert wird¹¹⁷. Dieser Prozeß fand schließlich seinen ersten Kulminationspunkt im Herbst 1945 in den gemeinsamen Feiern zur Oktober- und Novemberrevolution und zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels¹¹⁸. Kaum einer der befragten Sozialdemokraten kann sich an eine derartige Veranstaltung in seinem jeweiligen Wirkungskreis erinnern oder auch daran, daß entsprechende theoretische Diskussionen mit den Kommunisten im lokalen Bereich stattgefunden hätten.

Auf Provinzialebene hatte es einen Aufruf des Arbeitsausschusses von SPD und KPD zum 125. Geburtstag von F. Engels gegeben, der als Hinwendung zum »wissenschaftlichen Sozialismus« interpretiert wurde und z. T. auf heftigen Widerstand bei den Sozialdemokraten stieß¹¹⁹. Häufig ging es bei solchen Auseinandersetzungen um die Frage der Schuld an der Machtergreifung des Nationalsozialismus und um die Gegenüberstellung von Demokratie und Diktatur des Proletariats, wobei die Sozialdemokraten den Kommunisten Unglaubwürdigkeit bei Verwendung des Begriffes »Demokratie« vorwarfen.

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Ereignis zu erwähnen, an das sich viele Sozialdemokraten nur wenig und nur sehr peripher erinnern bzw. dessen Bedeutung ihnen erst viele Jahre später klar geworden ist, nämlich die ab September 1945 begonnene Durchfüh-

114 Die in einem Interview angegebene Mitgliederzahl der Sozialdemokraten ist unwahrscheinlich, vielmehr wird sie 1500 betragen haben, wie einem Bericht in »Das Volk« vom 18. August 1945 über eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins Brandenburg zu entnehmen ist. Nach vorliegenden Unterlagen hatte die SPD der Stadt Brandenburg am 28. Februar 1946 2529 Mitglieder, der Unterbezirk Brandenburg insgesamt 19 446 Mitglieder; damit war er der mitgliederstärkste Unterbezirk im Bezirk Mark Brandenburg; Angaben nach Akten Ostbüro 0301 I, AsD.

115 Diese Äußerung mag sich darauf beziehen, daß es vor 1933 eine absolute sozialdemokratische Mehrheit im Brandenburger Stadtparlament gegeben hat. Vgl. *Max Herm*, Als Oberbürgermeister in Brandenburg/Havel, in: *Wir sind die Kraft*, S. 473.

116 Vgl. Interviewprotokoll *Wenzel*, AsD.

117 Eine entscheidende Rolle bei diesem »Prozeß« spielte die Presse, d. h. für Brandenburg der kommunistische »Volkswille« und die sozialdemokratische Zeitung »Der Märker«; denn ihnen wurde die Aufgabe zugewiesen, die jeweiligen zentralen Beschlüsse und den Stand der Einheitsbestrebungen in den Orten zu propagieren. Vgl. dazu *Wietstruk*, S. 63; *Urban*, ZfG, a. a. O., S. 1550.

118 Für den Ablauf einer solchen Feier vgl. *Becker*, S. 215 ff.

119 Vgl. dazu *Urban*, Diss., S. 110 ff.; zur Resonanz unter den Sozialdemokraten heißt es: »Die- sen Feinden der Arbeiterklasse gelang es zeitweilig, bei einem Teil der Mitglieder der SPD Stimmung gegen die KPD und die Sowjetunion zu machen« (S. 114).

rung der Bodenreform¹²⁰. Entsprechend der sozialen Struktur der Provinz bedeutete die auf der Grundlage der Bodenreformverordnung vom 6. September 1945 eingeleitete Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes einen entscheidenden Schritt im Hinblick auf die sozio-ökonomische Umwandlung dieses Teiles von Deutschland. Aus den Erinnerungen befragter Sozialdemokraten ist nun kaum etwas über die Bodenreform zu erfahren. Die Tatsache, daß die Sozialdemokraten vorwiegend in den Städten und den wenigen Industriezentren konzentriert waren, mag eine Erklärung dafür sein; außerdem interessierten sich viele damals meist nur für die sie unmittelbar tangierenden Probleme. Vielfach wurde bestätigt, daß die Sozialdemokraten im allgemeinen zwar die Idee einer Bodenreform begrüßten, aber die Art und Weise der Durchführung mißbilligten¹²¹. Zutreffend mag auch folgende Bemerkung sein: »Zunächst jedoch stellte die Bodenreform die Mehrheit der Sozialdemokraten vor neue Aufgaben, auf die sie nicht genügend vorbereitet waren«¹²².

Am 3./4. November 1945 fand in Potsdam der 1. Bezirksparteitag der SPD statt¹²³. Anwesend waren 86 Delegierte aus allen Teilen der Provinz und mehr als 250 Gäste, darunter Vertreter aller anderen Parteien, des ZA und der Präsident der Provinzialverwaltung, Karl Steinhoff. Eröffnet wurde der Parteitag durch den Bezirksvorsitzenden Spiegel, und nach mehreren Begrüßungsansprachen erstattete F. Ebert den Bericht zur Organisationsarbeit. Danach verfügte der Bezirk am 31. Oktober über 421 Ortsvereine und »Stützpunkte« mit insgesamt ca. 32 650 Mitgliedern¹²⁴. Über das rein Organisatorische hinaus sprach Ebert über das Verhältnis der antifaschistischen Parteien zueinander und über das Verhältnis zur Besatzungsmacht: »Wir als Sozialdemokraten wollen angesichts der Notlage unseres Volkes nur das eine: Die befähigsten, saubersten und aktivsten Mitglieder der antifaschistischen Parteien an die richtige Stelle! Es ist ferner zu wünschen, daß unsere Genossen bei allen Militärkommandanten Verständnis für ihre Arbeit finden«¹²⁵. Als Vertreter des ZA hielt Max Fechner ein Referat mit dem Thema »Unser Weg«. Darin betonte er die Notwendigkeit einer schlagkräftigen Parteiorganisation für den Wiederaufbau Deutschlands: »Wir Sozialdemokraten, die wir den großen Idealen der Menschheit nie untreu geworden sind, rufen jetzt alle auf, zu uns zu kommen, um gemeinsam mit allen antifaschistischen Parteien für den Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft zu kämpfen«¹²⁶. In seinem Referat zur Agrarreform wies G. Klimpel u. a. auf die Bedeutung des Genossenschaftswesens hin, und O. Ostrowski betonte in seinen Ausführungen zur Arbeit in den Gemeinden die Leistungsfähigkeit und Erfahrung der Sozialdemokraten in der Kommunalarbeit.

120 Für die Mark Brandenburg erfolgte am 3. September 1945 ein entsprechender Aufruf der Parteien und Gewerkschaften. Vgl. *Das Volk* vom 5. Sept. 1945; zur Bedeutung und Durchführung der Bodenreform ausführlich *ebda.*, S. 87 ff.

121 Zur Einstellung und Kritik der Sozialdemokraten an der Bodenreform vgl. *ebda.*, S. 94 ff.; besonders hingewiesen wird dabei auf den Einfluß von Ernst Scharnowski im Raum Genthin. Zum mangelnden Interesse der Sozialdemokraten vgl. auch *Becker*, S. 244.

122 *Urban*, Diss., S. 93.

123 Zum Verlauf des Parteitages vgl. den Bericht in »*Das Volk*« vom 6. November 1945; vgl. auch *Urban*, Diss., S. 118 ff.

124 Genaue Mitgliederzahlen lassen sich für diese Zeit nicht verifizieren, bei *Urban* findet sich die etwa gleiche Mitgliederzahl, jedoch die Angabe von nur 266 Ortsvereinen (S. 121); für die Zeit zwischen Februar und April 1946 schwanken die Zahlen für den Bezirk zwischen 600 und 800 Ortsvereinen, die Mitgliederzahl zwischen ca. 53 000 und 78 000; demnach müßte sich die Mitgliederzahl in wenigen Monaten ungefähr verdoppelt haben. Angaben nach Akten Ostbüro 0301 I, AsD.

125 Zit. nach: *Das Volk* vom 6. Nov. 1945.

126 *Ebda.*

Die im Anschluß an die Referate abgehaltene Wahl des Bezirksvorstandes ergab folgende Besetzung: Spiegel (1. Vorsitzender), Schwarz (2. Vorsitzender), Ebert (Politischer Sekretär), Küter (Organisation), Schröder (Presse und Propaganda), Bauer (Frauen), Steffen (1. Revisor), Ansorge (2. Revisor).

Anläßlich des Parteitages fand eine Großkundgebung der SPD statt, die unter dem Motto »Wider den Geist von Potsdam« stand¹²⁷. Die Kundgebung diente dazu, mit diesem »Geist« abzurechnen und zur Verhinderung seines Wiederauflebens die Einheit der Arbeiterklasse als historische Notwendigkeit zu begründen¹²⁸.

Nach diesem Parteitag, d. h. ab Mitte/Ende November, ging die Entwicklung auf die Vereinigung hin immer schneller. Mit unterschiedlicher Intensität, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlichem Informationsgrad wurde nun dieser Prozeß von den Sozialdemokraten der Provinz wahrgenommen bzw. reagierten sie auf die Entwicklung in Berlin, soweit sie überhaupt über die dortigen Vorgänge orientiert waren. Wie immer wieder berichtet wird, bestand dieser Kontakt, vor allem auf der unteren Parteiebene, nicht systematisch, sondern meist nur aufgrund rein persönlicher Verbindungen. Dies ist besonders erstaunlich für die Provinz Brandenburg, weil sie traditionell zum Umland von Berlin gehört, läßt sich aber aus der Nachkriegssituation erklären. Insgesamt lag für die Bevölkerung von Brandenburg Berlin in unerreichbarer Ferne, man fühlte sich verwaist und ohne Zentrum, und Berlin andererseits war von seinem traditionellen Hinterland abgetrennt¹²⁹.

Aus dem Kreis Calau wird berichtet¹³⁰, daß sogar die Beziehungen des Kreises zur Landesorganisation nicht einmal besonders ausgeprägt waren. Die Kontakte bestanden einseitig in Hinweisen und Anordnungen zur Parteiarbeit. Als im Herbst 1945 die Diskussion um die Vereinigung begann, sollen diese Anweisungen fast »diktatorischen« Charakter angenommen haben. Sie bestanden in Aufforderungen, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, gemeinsame Versammlungen durchzuführen und auf die »Einheit der Arbeiterklasse« hinzuwirken. Im allgemeinen war die Einstellung zur Vereinigung negativ, vorwiegend wegen des ungleichen Kräfteverhältnisses von KPD und SPD. Man habe sich allenfalls eine Übernahme der KPD durch die SPD vorstellen wollen, dies gegebenenfalls unter einem anderen Namen.

Aus Brandenburg/Havel wiederum wird berichtet¹³¹, daß dort die Tendenz zur Vereinigung erst Anfang 1946 eingesetzt habe, d. h. in der letzten Phase vor der Vereinigung. Auch dort hat es zunächst so gut wie keine Kontakte nach Berlin gegeben, die vor 1933 selbstverständlich gewesen waren. In der Erinnerung bleibt sogar die Funktion des ZA unklar, mit der Begründung, das habe es vor 1933 nicht gegeben.

127 Bericht dazu ebda.

128 Urban betont in seinen Ausführungen zum SPD-Bezirksparteitag besonders dieses öffentliche und etwas schematische Bekenntnis zur Einheit, das er als Sieg der revolutionären Kräfte in der SPD und als Hinwendung zum Marxismus-Leninismus interpretiert (S. 121); auf die teilweise die Eigenständigkeit betonenden Referate des Parteitages selbst geht er nicht ein.

129 Vgl. Interviewprotokoll Beese, AsD.

130 Vgl. Interviewprotokoll Wenzel, AsD.

131 Vgl. Interviewprotokoll Geye, AsD.

MECKLENBURG - VORPOMMERN

Dem Zusammenbruch des Dritten Reiches folgte in den ersten Maitagen 1945 die Besetzung des Landes: Die westlichen Alliierten besetzten von Westen her das Gebiet bis Wismar – Schwerin – Ludwigslust – Dömitz/Elbe, die Rote Armee das Gebiet östlich davon. Auf die unterschiedliche Entwicklung Westmecklenburgs aufgrund der anglo-kanadischen Besatzung bis zum 1. 7. 1945 kann hier nicht eingegangen werden¹³². Entscheidend ist die nach dem 1. Juli einsetzende und schließlich durchgreifende Umgestaltung des Landes. Bedeutsam ist vor allem die Zerstörung der früheren verwaltungsmäßigen Gliederung durch den Krieg, wie z. B. die Abtretung Stettins an Polen. Im Juli 1945 wurden Mecklenburg und Vorpommern zu einem neuen Land unter sowjetischer Besatzung zusammengefaßt. Hauptstadt dieses Landes Mecklenburg-Vorpommern wurde Schwerin¹³³.

Bis 1945 gehörte Mecklenburg zu den Gebieten mit der stärksten Konzentration von Großgrundbesitz und war industriell wenig entwickelt¹³⁴. Lediglich durch die Errichtung von Rüstungsbetrieben im Zweiten Weltkrieg gab es in dieser Hinsicht einen kleinen Aufschwung. Bedingt durch die ökonomische Struktur und das Fehlen von industriellen Großbetrieben, waren hier bis 1933 auch Organisationen der Arbeiterbewegung nur schwach entwickelt. Wo es sie gab, war bis 1933 der Einfluß der SPD im Gegensatz zu dem der KPD recht groß¹³⁵. Unter den Arbeitern waren die Landarbeiter am stärksten vertreten, denn 50 % aller Erwerbstätigen waren in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt (bis 1933 hatte nur Ostpreußen einen diesbezüglich noch höheren Anteil)¹³⁶. Charakteristisch für die Situation nach 1945 ist, daß von ungefähr 2,3 Millionen Einwohnern Ende 1945 nur 21 000 in der Industrie beschäftigt waren. Erschwerend für die Lage nach Beendigung des Krieges war der schnelle Bevölkerungszuwachs aufgrund der Umsiedlungen aus dem Osten. Bis Ende 1945 kamen 1 126 230 Umsiedler in das Gebiet, die untergebracht werden mußten. Fehlender Wohnraum und zu geringe Arbeitsmöglichkeiten bereiteten zusätzliche Schwierigkeiten¹³⁷.

Weitere Probleme ergaben sich aus den kriegsbedingten Zerstörungen, vor allem in den vorpommerschen Kreisen. Nicht unerhebliche Teile der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren verwüstet, lebensnotwendige Verbindungen zwischen Stadt und Land waren unterbrochen, und damit war die Versorgung der Bevölkerung gefährdet. Gerade aber Mecklenburg war für die Versorgung wichtig, weil es in der damaligen SBZ das Land mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche war¹³⁸.

Für den Wiederaufbau des Landes nach 1945 und für den Beginn des politischen Lebens

132 Vgl. dazu *Dietrich Gronwald*, Die SED-Gründung in Mecklenburg-Vorpommern (1945/46), MS Staatsexamensarbeit Hamburg 1970, S. 22; zur Beurteilung dieser Periode in der DDR-Historiographie vgl. z. B. *Joachim Mai* (Hrsg.), Vom Narew bis an die Elbe, S. 79 f.

133 Vgl. SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945 (abgedruckt in: *Das Volk* vom 11. Juli 1945); *Gronwald*, S. 7.

134 Vgl. dazu vor allem *Heinz Voßke*, Zum Kampf um die Vereinigung der KPD und SPD zur SED in Mecklenburg/Vorpommern Mai 1945 bis April 1946, Diss. Parteihochschule Karl Marx Berlin – DDR 1965 (MS), S. 13.

135 Bei den letzten Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 entfielen im Wahlkreis 35 (Mecklenburg) 30,5 % der gültigen Stimmen auf die SPD und 11,7 % auf die KPD. Angaben nach *Alfred Milatz*, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 90 und 108.

136 *Voßke*, Diss., S. 14.

137 *Ebda.*, S. 25.

138 Vgl. *ebda.*, S. 14; ausführlich auch bei *Stein*, Diss., S. 16 f.

von großer Bedeutung waren in Mecklenburg die Aktivitäten der in der Sowjetunion geschulten und auf ihre Aufgaben in Deutschland vorbereiteten Gruppe kommunistischer Funktionäre, der sogenannten »Initiativgruppe Sobottka«. Allgemeine Hauptaufgaben der Initiativgruppen waren, wie bereits erwähnt: »1. Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsorgane; 2. Wirtschaftsleben in Gang bringen; 3. die KPD auf die Wiedermehrzulassung und 4. den Aufbau freier Gewerkschaften vorzubereiten«¹³⁹. Die speziellen Aktivitäten für Mecklenburg können hier im einzelnen nicht ausgeführt werden. Die Gruppe hatte anfänglich ihren Sitz in Stettin, wurde dann aber Anfang Juni nach einem Treffen mit Walter Ulbricht u. a. in Rüdersdorf bei Berlin nach Waren verlegt.

Die meisten Mitglieder dieser Gruppe, die das politische Leben in Mecklenburg initiierten und die von der KPD beschlossene Politik durchsetzen sollten, kannten Mecklenburg nicht von früher her¹⁴⁰. Im Gegensatz dazu bestanden bei den örtlichen Kommunisten durch die jahrelange Isolierung oft nur sehr vage Vorstellungen über den Neuaufbau und die durchzusetzende Politik der KPD¹⁴¹.

Wie in anderen Regionen der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurden auch in Mecklenburg beim Einmarsch der Sowjets in verschiedenen Orten die bereits erwähnten Antifa-Ausschüsse gebildet, deren parteipolitische und zahlenmäßige Zusammensetzung vielfach zufällig war¹⁴². So gab es z. B. in Rostock ein Ordnungskomitee aus 13 sozialdemokratischen und kommunistischen Mitgliedern¹⁴³, in Stettin einen Aktionsausschuß aus Sozialdemokraten und Kommunisten mit 10 Mitgliedern und in Stralsund einen Übergabeausschuß mit 4 Bürgerlichen und je 2 Sozialdemokraten und Kommunisten¹⁴⁴. In den erwähnten Städten – als Hafenstädte Zentren der Arbeiterbewegung¹⁴⁵ – waren die Ausschüsse einerseits die erste Verbindung der sowjetischen Besatzer zur einheimischen Bevölkerung und andererseits Vorstufe einer neuen Verwaltung, deren personelle Zusammensetzung sie mitbestimmten.

In Stralsund¹⁴⁶ wurde z. B. nach der widerstandslosen Übergabe der Stadt am 1. Mai noch am selben Tag Verbindung zur sowjetischen Kommandantur aufgenommen. Nach Besprechung der ersten lebensnotwendigen Maßnahmen setzte der sowjetische Militärkommandant, Oberst Fomenko, den ehemaligen sozialdemokratischen Ratsherrn Otto Kortüm als Oberbürgermeister ein¹⁴⁷. Sein Stellvertreter wurde der Kommunist Emil Frost, der

139 Heinz Voßke, Über die Initiativgruppe des ZK der KPD in Mecklenburg-Vorpommern, in: BzG, Jg. 6, 1964, H. 3, S. 424 – 437; vgl. auch Gottfried Grünberg, Als Mitglied der Gruppe Sobottka im Einsatz, in: Vereint sind wir alles, S. 586 – 602; vgl. auch Ernst-Joachim Krüger, Zur Arbeit der Initiativgruppe Sobottka in Mecklenburg unter besonderer Berücksichtigung ihrer Hilfe für die Kommunisten und andere Antifaschisten in Greifswald in den ersten Wochen nach der Befreiung vom faschistischen Joch (Mai 1945), in: WZ Greifswald, Jg. 13, 1964, H. 1/2, S. 104 – 114.

140 Voßke, BzG, a. a. O., S. 426.

141 Vgl. Gronwald, S. 13 f.; vgl. auch [Hans Warnke], Von der Geburt der neuen Staatsmacht, a. a. O., S. 695; vgl. auch Mai, S. 83.

142 Gronwald, S. 17 f.; vgl. auch Voßke, BzG, a. a. O., S. 429.

143 Vgl. dazu Ulrich Seemann, Bemerkungen zur Entwicklung der Einheit der Arbeiterklasse im ersten Nachkriegsjahr in Rostock, in: WZ Rostock, Jg. 8, 1958/59, H. 2, S. 180; vgl. auch Heinz-Gerd Rackow, Die Grundlagen der Kommunalpolitik der Stadt Rostock in der Periode von 1945 bis zur Gründung der DDR, in: WZ Rostock, Jg. 8, 1958/59, H. 2, S. 150.

144 Vgl. Mai, S. 60.

145 Dazu ebda., S. 7 ff.

146 Zur Entwicklung in Stralsund ausführlich Karl-Heinz Jahnke, Die Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung in Stralsund von ihren Anfängen bis zur Gründung der SED (1891 bis 1946), Phil. Diss. Greifswald 1960 (MS), S. 326 ff.; Mai, S. 60 f., 74 f.

als Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) mit der Roten Armee nach Stralsund gekommen war. Bereits am 3. Mai konnte die Stadtverwaltung von Stralsund, bis auf die Spitze personell relativ unverändert, ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Allerdings wurden am 5. Juli 172 Beamte und Angestellte aus der Stadtverwaltung entlassen¹⁴⁸. Bis dahin waren die damals wichtigsten Arbeiten der Selbstverwaltung zumindest begonnen worden: Trümmerbeseitigung, Unterbringung der Flüchtlinge, Versorgung der Bevölkerung und Wiederingangsetzung von Betrieben.

Auch in Rostock¹⁴⁹ hatten sich nach dem Einmarsch der Sowjets am 1. Mai 1945 Kommunisten und Sozialdemokraten getroffen und gemeinsam Verbindung zur Roten Armee aufgenommen. Das Rostocker Ordnungskomitee erließ am 3. Mai gemeinsam mit dem Kommandanten, Major Grommow, eine Bekanntmachung an die Bevölkerung zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung der Ernährung usw. Nachdem am 9. Mai Ch. Seitz als Oberbürgermeister eingesetzt worden war, übernahm das Ordnungskomitee die Funktion einer Beratungsstelle für die Bevölkerung. Seitz, Mitglied des NKFD und in der Sowjetunion auf seine Aufgaben vorbereitet, ging später in die Landeshauptstadt Schwerin¹⁵⁰. Sein Nachfolger im Amt des Oberbürgermeisters von Rostock wurde nach dem Tod von M. Kuphal im Januar 1946 der SPD-Kreisvorsitzende Albert Schulz, der großen Einfluß auf die Entwicklung der SPD in Rostock nach 1945 hatte¹⁵¹. Er war ein entschiedener Gegner der Vereinigung von SPD und KPD, konnte sich aber wohl durch seine Flexibilität auch nach der Vereinigung noch drei Jahre in diesem Amt halten.

In Güstrow wurde ebenfalls noch vor dem 8. Mai ein Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland als Oberbürgermeister eingesetzt und mit dem Aufbau einer Verwaltung beauftragt¹⁵². Dieser Oberbürgermeister, Klaus Sorgenicht, versuchte sofort alle demokratischen Kräfte für den Wiederaufbau heranzuziehen, wie sich ein Sozialdemokrat zu erinnern vermag¹⁵³; man bemühte sich, vor allem den jüngeren Leuten ihre Chancen für eine Karriere in einem neuen politischen System vor Augen zu führen.

Parallel zu diesem sehr systematischen und gezielten (und vorbereiteten) Aufbau der örtlichen Verwaltungen entstand die Landesverwaltung, deren Sitz sofort nach dem Besatzungswechsel am 1. Juli 1945 nach Schwerin gelegt wurde¹⁵⁴. Bereits im Juni war es in Ostmecklenburg, d. h. im sowjetisch besetzten Teil des Landes, zu Vorgesprächen über den zukünftigen Verwaltungsaufbau und die Bildung einer Landesverwaltung gekommen. Von kommunistischer Seite wurden diese Verhandlungen von G. Sobottka geleitet, von sozialdemokratischer Seite nahmen W. Höcker, A. Schulz und A. Starosson daran teil. Am 27. 6. 1945 kam es zu einer Übereinkunft, der SMA W. Höcker (SPD) als Präsidenten und J. Warnke (KPD), O. Möller (früher DDP) und G. Grünberg (KPD) als Vizepräsidenten vorzuschlagen. Es kam zu folgender Aufgabenteilung: Höcker ohne besonderen Aufgaben-

147 Kortüm wurde bereits im August wieder abgesetzt und durch einen Kommunisten ersetzt. Anlaß war, daß er 1938 mit Wissen seiner alten Parteifreunde der NSDAP beigetreten war. Vgl. *Gronwald*, S. 15.

148 Angaben bei *Jahnke*, S. 335 f.

149 Vgl. dazu *Seemann*, a. a. O., *Rackow*, a. a. O.

150 Zur Rolle von C. Seitz vgl. auch *Albert Schulz*, *Erinnerungen* (MS), AsD, S. 88 f.

151 Zum Einfluß von A. Schulz neben seinen eigenen Erinnerungen vgl. auch *Ulrich Seemann*, *Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien 1945/46 in Rostock*, in: *WZ Rostock*, Jg. 15, 1966, S. 287.

152 Vgl. *[Hans Warnke]*, *Von der Geburt der neuen Staatsmacht*, a. a. O., S. 696.

153 Vgl. Interviewprotokoll *Steyer*, AsD.

154 Vgl. *Vofße*, BzG, a. a. O., S. 434.

bereich an der Spitze, Warnke innere Verwaltung, Möller Wirtschaft und Landwirtschaft und Grünberg Volksbildung, Kultur, Justiz, Gesundheit¹⁵⁵.

Verbunden mit dem Wiederaufbau der Verwaltung und dem Wiederbeginn des politischen Lebens war auch in Mecklenburg der Aufbau der Parteien, in Westmecklenburg allerdings erst nach der Übernahme des Gebietes durch die Sowjets am 1. 7. 1945 und der sofort danach erfolgenden Übertragung des Befehls Nr. 2 auf dieses Gebiet. Entsprechend der allgemeinen Verwaltungsstruktur und dem Aufbau der SMA mußten die Parteien ihre Organisationen auf der Führungsebene strukturieren, d. h. für die SPD die Schaffung eines Landesvorstandes¹⁵⁶. Allein schon aufgrund der Tätigkeit der Initiativgruppe Sobottka mußten die Kommunisten für den frühen Beginn einer Parteiarbeit besser gerüstet sein als die Sozialdemokraten. Fast einen Monat konnten sie in Mecklenburg und Vorpommern allein das Feld behaupten. Ein provisorischer Landesvorstand der SPD wurde erst in der zweiten Julihälfte in Schwerin gebildet¹⁵⁷; er bestand aus folgenden zehn Mitgliedern: Carl Moltmann, 1. Vorsitzender, Xaver Karl, 2. Vorsitzender, Hermann Lüdemann, Landesgeschäftsführer, sowie Albert Schulz, K. Moritz, H. Severin, O. Heinemann, Alfred Starosson, H. Krüger, Paul Wöhl. In diesem Kreis war Lüdemann der einzige Nicht-Mecklenburger, alle anderen waren bereits vor 1933 in der mecklenburgischen Sozialdemokratie hervorgetreten. Die anfänglichen Schwierigkeiten der Sozialdemokraten dürften in der Hauptsache auf die fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten zu den in verschiedenen Städten und Orten vorhandenen Gruppen zurückzuführen sein¹⁵⁸. Die Sozialdemokraten in den Kreisen wiederum waren, zunächst ohne Orientierungsmöglichkeit und ohne Verbindung untereinander, meist nur auf sich selbst gestellt¹⁵⁹. Mit derselben Verspätung begannen sie dann Ende Juni/Anfang Juli eigene Ortsvereine zu gründen¹⁶⁰, d. h. die SPD entwickelte sich gleichzeitig nebeneinander auf Landes- und Kreis- bzw. Ortsebene. Dennoch wuchs die Partei erstaunlich schnell, zahlenmäßig konzentriert auf wenige Kreise. Die Kreise Rostock, Schwerin, Wismar z. B. bildeten fast die Hälfte des Mitgliederbestandes¹⁶¹.

Max Fank z. B. berichtet, daß in Stralsund der sowjetische Kommandant im August 1945 ein mehrwöchiges Aufnahmeverbot über die Stralsunder SPD verhängte, als sich bei der regelmäßigen Vorlage der Mitgliederzahlen herausstellte, daß die KPD nicht schnell genug wuchs¹⁶². Auch Albert Schulz aus Rostock erinnert sich, daß es der SPD dort gelungen sei,

155 Vgl. *Gronwald*, S. 48 f.; *Vofke*, BzG, a. a. O., S. 434; die Einsetzung der Landesverwaltung von Mecklenburg veröffentlicht in: *Das Volk* vom 9. Juli 1945.

156 *Gronwald*, S. 41.

157 Zur Konstituierung des Landesvorstandes vgl. hauptsächlich *Gronwald*, S. 44 ff.; aber auch *A. Schulz*, *Erinnerungen*, S. 81.

158 *Gronwald*, S. 29 f., 44 f.

159 Vgl. z. B. Interviewprotokolle *Witteborn*, *Swoboda*, AsD.

160 Für die Zulassung z. B. des Ortsvereins Schwerin vgl. *Xaver Karl*, *Auf dem Wege zur Einheit im ehemaligen Land der Junker und Gutsbesitzer*, in: *Vereint sind wir alles*, S. 603 bis 617; für Rostock vgl. *A. Schulz*, *Erinnerungen*, S. 77 f.

161 Entsprechende Zahlenangaben bei *Gronwald*, S. 43, 47, 59, 116; nach diesen Angaben verfügte die SPD am 30. 10. 1945 über 25 409 Mitglieder [1932 waren es ca. 32 000], die KPD zum gleichen Zeitpunkt über 16 549; Ende März 1946 die SPD 75 661, die KPD 59 969; aufgrund der zahlenmäßigen Überlegenheit in den Städten wurden die SPD-Funktionäre vornehmlich dort aktiv, als die intensive Diskussion um die Einheit begann. Vgl. dazu *Hans Warnke*, *In der größten Not erkennt man seinen wahren Freund*, in: *Vereint sind wir alles*, S. 627 f.

162 Zit. nach *Gronwald*, S. 47. Zur Situation in Stralsund vgl. auch *Jahnke*, S. 345: »Besonders war dies in Stralsund durch die starke sozialdemokratische Tradition bedingt. Hinzu kam,

in kurzer Zeit wieder eine mitgliederstarke Partei aufzubauen¹⁶³. Obwohl die KPD jegliche Unterstützung seitens der russischen Kommandantur erhielt und trotz des zeitlichen Vorsprungs dieser Partei, sei es der SPD möglich gewesen, in Rostock wieder die größte Partei zu werden. Schwieriger dagegen sei die Arbeit im Lande gewesen, denn es gab nur wenige und sehr unregelmäßige Bahnverbindungen. Aber auch mit diesen Schwierigkeiten sei man fertig geworden. »So hatten wir keine Verbindung zum früheren Land Mecklenburg-Strelitz. Schließlich bot sich der alte Genosse Paul Schwanke, vor 1933 Stadtrat in Wismar, an, irgendwie nach Mecklenburg-Strelitz zu kommen und dort alte Genossen zu suchen. Nach ca. 3 Wochen kehrte er nach Rostock zurück. Es war ihm gelungen, mit Hilfe alter Genossen, eine ganze Reihe von Ortsvereinen aufzubauen«¹⁶⁴.

Wenn schon die Herstellung der Verbindung der Sozialdemokraten innerhalb Mecklenburgs sehr kompliziert war, mußte sich die Kontaktaufnahme nach Berlin zum Zentralausschuß noch viel schwieriger gestalten. Vermutlich wurde die persönliche Verbindung zwischen dem Landesvorstand und dem ZA der SPD erst durch den Besuch E. Gniffkes in Schwerin und Rostock im September 1945 hergestellt, der die Genossen in Mecklenburg bei dieser Gelegenheit über die bisherige Entwicklung in Berlin unterrichtete¹⁶⁵.

So wie die fehlenden Kontakte der Sozialdemokraten untereinander den örtlich unabhängigen Parteaufbau kennzeichnen, so sind sie auch charakteristisch für das jeweilige Verhältnis der Sozialdemokraten zu den Kommunisten in der Anfangszeit. Allgemein kann wohl festgestellt werden, daß die Frage der sofortigen Gründung einer einheitlichen Arbeiterpartei insgesamt gesehen für Mecklenburg-Vorpommern nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, wenn auch nach den Richtlinien der kommunistischen Initiativgruppe die Zusammenarbeit unter dem Motto des Antifaschismus forciert wurde. Dennoch waren in der Anfangszeit die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten von entscheidendem Gewicht¹⁶⁶.

Außerhalb städtischer Gebiete scheint es manchmal so gewesen zu sein (nach einer Untersuchung für den Kreis Neubrandenburg), daß der Aufbau getrennter Parteiorganisationen unterblieb und daß, je nachdem, von welcher Seite gerade die Initiative ergriffen worden

daß nach 1945 hier auch die SPD sehr schnell angewachsen war. Ende 1945 gab es in Vorpommern 12 000 Mitglieder der SPD, von denen allein 1900 in Stralsund-Stadt registriert waren. Die KPD hatte im Gegensatz dazu in der Stadt und im ehemaligen Landkreis Franzburg-Barth nur ca. 1500 Mitglieder«.

163 A. Schulz, *Erinnerungen*, S. 83.

164 *Ebda.*

165 *Gronwald*, S. 46; vgl. auch den Bericht Gniffkes über seine Reise durch die Zone; *Gniffke*, S. 76 f.; zu vereinzelten persönlichen Kontakten vgl. auch *Moraw*, S. 106 f.

166 Kennzeichnend für die Situation ist z. B. die Gründung der SPD in Stralsund. Vgl. dazu ein Schreiben der SPD Stralsund [gez. M. Fank] an den Militärkommandanten vom 23. 6. 1945, in dem es heißt, daß aufgrund des SMAD-Befehls Nr. 2 die SPD automatisch wieder auflebe. Wörtlich heißt es darin: »[...] daß weder die Taktik, noch das Heidelberger Programm [...] übernommen wird, weil das geschichtliche Geschehen vor und nach 1933 deren Versagen in vielen Punkten bewiesen hat. Eine Möglichkeit der Fühlungnahme über den Rahmen der Stadtgemeinde Stralsund hinaus besteht nicht«. Weiterhin heißt es: »Vollinhaltliche Übernahme des Aufrufes der Kommunistischen Partei Deutschlands [...] darüber hinaus Anstreben eines organisatorischen Zusammenschlusses der marxistischen Arbeiter- und Bauernbewegung und diese örtlich vorbereitend, ist schon jetzt organisatorisch mit der örtlichen KPD zusammenzuwirken, [...]«. Akten Ostbüro 0301 I, AsD; vgl. auch *Gronwald*, S. 32 ff.; auf die Neugründung der Partei verzichteten wollten z. B. einige Funktionäre in Güstrow, darunter auch W. Höcker; zit. bei *Vofke*, Diss., S. 66 f. Ähnliche Erscheinungen soll es in einigen anderen Orten gegeben haben; nach *Gronwald*, S. 33 hat es z. B. in Kühlungsborn im Juni 1945 kurzfristig neben der KPD eine zweite Organisation gegeben, in der alle einheitswilligen

war, überwiegend nur die KPD oder allein die SPD vertreten war, so daß jeweils Kommunisten und Sozialdemokraten zusammen organisiert waren. Allerdings gab es auch diese Erscheinung nur sehr kurzfristig. Gemessen an den Ortsgruppen in den Städten, handelte es sich nur um Randerscheinungen¹⁶⁷.

Ein Mitglied des sozialdemokratischen Landesvorstandes erinnert sich an die Anfangszeit¹⁶⁸, die er als Funktionär in einem kleinen Ort im Kreis Franzburg/Barth verbracht hat. Auch dort erfolgte die Zusammensetzung des sozialdemokratischen Funktionärskörpers nach 1945 nur durch persönliche Kontakte und verwandtschaftliche Beziehungen. Eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten gab es zunächst überhaupt nicht, sie begann dann im Laufe des Jahres und wuchs allmählich, als sich der Einfluß der Neukommunisten (Flüchtlinge etc.) auf die Altkommunisten und der Druck der Kommandantur auf die Kommunisten wegen zu geringen Mitgliederzuwachses ihrer Partei bemerkbar machten. Die Kooperation beider Parteien bestand offensichtlich nur aufgrund der damaligen allgemeinen Not und des Wunsches nach Wiederaufbau des Landes, es handelte sich hier um Tolerierung, nicht jedoch um Solidarisierung. Vor allem nahm die Zurückhaltung der Sozialdemokraten mit wachsendem Selbstbewußtsein zu, das wiederum auf ihrem zahlenmäßigen Übergewicht basierte.

Ein Sozialdemokrat aus Güstrow erinnert sich¹⁶⁹, daß dort die Sozialdemokraten schon sehr früh auf der einen Seite verängstigt waren, andererseits aber auch an die Überlegenheit ihrer stärkeren Mitgliederzahl glaubten. Außerdem scheinen die in zahlreichen Versammlungen heraufbeschworene Gemeinsamkeit des KZ-Erlebnisses und die daraus gefolgerte Notwendigkeit der engen antifaschistischen Zusammenarbeit doch viele Sozialdemokraten angesprochen zu haben. In der Erinnerung dieses Sozialdemokraten fielen die kommunistischen Redner zusätzlich durch ihre außerordentlich gute Schulung auf, während die Sozialdemokraten nichts Entsprechendes entgegenzusetzen hatten. Nachdem allerdings dann von der Landesleitung in Schwerin die vielen offiziellen Beschlüsse zur Zusammenarbeit bzw. Aktionseinheit weitergeleitet wurden, wurde ihnen selbstverständlich Folge geleistet. Schwerin sei für diese eher ländliche Bevölkerung – auch parteimäßig – der »Nabel der Welt« gewesen, von dort aus sei alles gesteuert worden.

Eine Sozialdemokratin aus Ludwigslust¹⁷⁰, einer kleinen Residenzstadt unweit von Schwerin, gibt an, daß sich diese Probleme dort bis kurz vor der Vereinigung selbst gar nicht gestellt haben, einfach weil in dieser kleinen Beamtenstadt die Kommunisten viel zu unbedeutend waren. Bürgermeister war nach 1945 der sozialdemokratische Pastor geworden, der auch der Bevölkerung von vor 1933 gut bekannt war¹⁷¹.

Die organisatorische Untermauerung der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten von oben her hatte mit der Bildung des gemeinsamen »Arbeitsausschusses«

Kommunisten und Sozialdemokraten vertreten waren. Vgl. auch Voßke, BzG, a. a. O., S. 435. In Waren dagegen gab es eine starke sozialdemokratische Gruppe. »Sie glaubten fest an den alten Parteivorstand, hatten während der Nazizeit zusammengehalten und die Politik des »Abwartens« strikt durchgeführt und wollten sie auch weiter durchführen. Deshalb lehnten sie die Zusammenarbeit mit den Kommunisten ab. Ihr Argument war, sie hätten noch keine Anweisungen vom Parteivorstand«. Grünberg, Als Mitglied der Gruppe Sobottka im Einsatz, in: Vereint sind wir alles, S. 595.

167 Vgl. Gronwald, S. 33.

168 Vgl. dazu Interviewprotokoll Witteborn, AsD.

169 Vgl. dazu Interviewprotokoll Steyer, AsD.

170 Vgl. Interviewprotokoll Swoboda, AsD.

171 Dennoch war es in Ludwigslust Ende Mai 1945 zur Bildung eines Antifa-Ausschusses mit Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen. Vgl. Gronwald, S. 22.

am 19. 6. 1945 in Berlin begonnen. Die sich daran anschließenden einzelnen Stufen dieser Entwicklung bis hin zur Vereinigung sollen hier nicht nachgezeichnet werden, zumal die befragten Sozialdemokraten keine ins Detail gehenden Erinnerungen haben¹⁷². Insbesondere werden die für den sogenannten ideologischen Klärungsprozeß so bedeutenden gemeinsamen Feiern zur Oktober- und Novemberrevolution und zum 125. Geburtstag von Friedrich Engels nicht erwähnt und scheinen auch zumindest in einigen sozialdemokratischen Hochburgen nicht zustande gekommen zu sein¹⁷³. Auch ein sozialdemokratischer Landestag, der für die Klärung des sozialdemokratischen Standpunktes hätte wichtig werden können, hat in Mecklenburg nicht stattgefunden.

Albert Schulz erinnert sich jedoch, daß es in Rostock nach dem Berliner Modell zur Bildung eines Arbeitsausschusses gekommen ist. Gemäß der Vereinbarung vom 19. Juli 1945 sollte dieser zweimal monatlich unter wechselndem Vorsitz zusammentreten. Es wurde ein Sieben-Punkte-Programm verabschiedet, das u. a. folgendes vorsah: Entnazifizierung, gemeinsamer Aufbau der Stadtverwaltung auf demokratisch-parlamentarischer Basis, gemeinsame Veranstaltungen und gegenseitige Unterstützung, Aufnahme von Parteimitgliedern nur nach Prüfung ihrer Vergangenheit, Förderung des Aufbaus der Gewerkschaften. Betont wurde, daß der Ausschuß nicht die politische Arbeit der Parteien ersetzen solle und daß die organisatorische und politische Selbständigkeit beider Parteien aufrechterhalten bleibe¹⁷⁴.

Ebenso wie für Brandenburg war auch für Mecklenburg die Bodenreform von entscheidender Bedeutung. Ihre Durchführung hat zwar auch für dieses Land in der DDR-Historiographie ausführliche Beachtung in regionalen Detailuntersuchungen gefunden¹⁷⁵, doch spielt sie hier in den Erinnerungen von Sozialdemokraten kaum eine Rolle. Dies mag wiederum vielfach daran liegen, daß die SPD ihre Schwerpunkte in den Industriegebieten, d. h. in den Städten, hatte. Im wesentlichen geht die Erinnerung der befragten Sozialdemokraten dahin, daß die Sozialdemokratie einer Bodenreform gegenüber grundsätzlich positiv eingestellt war, vielfach aber die Methoden der Durchführung ablehnte. Außerdem wollte man eigentlich die großen Güter in Form von Genossenschaften erhalten, etwa nach dem Vorbild der alten Staatsdomänen. Das Land wurde zum großen Teil auch in Mecklenburg an Flüchtlinge verteilt, womit nach den Erinnerungen der Sozialdemokraten jedoch keine Politisierung der Neubauern verbunden war. Diese wurden kaum aktiv; in erster Linie waren sie froh, Land zu bekommen, weil Land in dieser Zeit Brot bedeutete.

Wie in den anderen Ländern der damaligen SBZ begann auch in Mecklenburg im Spätherbst der Trend zur Vereinigung spürbar zu werden, auch wenn man dort auf der lokalen Ebene von den einzelnen Ereignissen des Winters 1945/46 nur sehr wenig erfuhr. Spürbar

172 Zur Nachzeichnung der einzelnen Phasen dieser Entwicklung für Mecklenburg vgl. *Gronwald*, passim; ausführlich auch bei *Voske*, Diss.; speziell für Rostock vgl. beide Aufsätze von *Seemann*, a. a. O.; *Rackow*, a. a. O.; *A. Schulz*, Erinnerungen.

173 *Hans Warnke*, In der größten Not erkennt man seinen wahren Freund, in: *Vereint sind wir alles*, S. 628 erwähnt dies z. B. für Rostock, Schwerin und Wismar.

174 *A. Schulz*, *Erinnerungen*, S. 86 f.; vgl. auch *Seemann*, *Vereinigung*, a. a. O., S. 287.

175 Vgl. dazu z. B. *Rühle*; ausführlich *S. Stein*, Diss.; *S. Stein*, Die demokratische Bodenreform – der erste Schritt zur Zerschlagung des deutschen Imperialismus und Militarismus, dargestellt am Beispiel Mecklenburgs, in: *Der deutsche Imperialismus und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5, Berlin – DDR 1962, S. 121 – 143; *Horst Becker*, Die demokratische Bodenreform Deutschlands, dargestellt an Hand ihrer Durchführung im Kreise Grimmen, in: *WZ Rostock*, Jg. 8, 1958/59, H. 2, S. 231 – 247; *Eva-Maria Pohl*, Die demokratische Bodenreform Deutschlands, ihre Bedeutung und ihre Durchführung im Kreise Parchim, ebda., S. 211 – 229; vgl. auch die Veröffentlichung der Aufrufe zur Bodenreform in Mecklenburg, in: *Das Volk* vom 2. 9., 8. 9., 9. 9., 26. 10. 1945.

war jedoch nach allen Berichten der zunehmende Druck sowohl der Kommunisten als auch der örtlichen Kommandanturen. Bezeichnend dafür ist die Amtsenthebung des SPD-Landesgeschäftsführers Lüdemann, dessen Nachfolger Willi Jesse wurde¹⁷⁶.

Stellvertretend für die Erinnerungen von Sozialdemokraten an die Ereignisse bis hin zur Vereinigung und für ihre Auswirkungen auf die Sozialdemokraten sollen im folgenden die Erinnerungen des ehemaligen Landesjugendsekretärs der SPD von Mecklenburg angeführt werden¹⁷⁷: Der größte Teil der Mitglieder des Landesvorstandes bestand aus alten Sozialdemokraten, die sich untereinander seit Jahrzehnten kannten, und ihr freundschaftliches Verhältnis untereinander hielt so lange an, bis die Frage der Vereinigung akut wurde. Befürworter der Vereinigung war vor allem Karl Moltmann, und als er sich offen dafür aussprach – offen vor allem im internen Parteikreis –, trennten sich die Geister in der Partei. Es kam zu starken Konfrontationen mit dem Landesgeschäftsführer der Partei, Hermann Lüdemann, wobei aber auch berücksichtigt werden muß, daß Lüdemann nicht aus Mecklenburg stammte und er selbst diesen Posten nur als Durchgangsstation ansah. Den Mitgliedern des Landesvorstandes fiel auf, daß Moltmann immer von den Russen eingeladen wurde, obwohl er den anderen als biederer Sozialdemokrat galt, dessen theoretische Äußerungen in der Diskussion um die Vereinigung von SPD und KPD seine Kollegen im Landesvorstand nicht ernst nahmen. Obwohl man seine Meinung nicht teilte, waren doch die alten freundschaftlichen Beziehungen zu groß, als daß man ihm das Mißtrauen ausgesprochen hätte. Man vermutete, daß er sich von den Russen beeindrucken ließ. Die Partei bekam ein großes Gut geschenkt, wodurch die führenden Funktionäre materielle Vergünstigungen hatten, und Moltmann selbst als der Vorsitzende stand in der Schuld der Russen. Nach der Vereinigung gab es für die Mitglieder des Vorstandes noch weitere materielle Vorteile, sie wurden auf die Parteihochschule geschickt, wurden Mitglieder des Landtages usw. Es kann auch nicht bestritten werden, daß ein Teil der Sozialdemokraten sich ehrlich bemühte, in die neue Partei hineinzuwachsen.

THÜRINGEN

Wenn auch die materiellen Kriegsschäden in Thüringen nicht ganz so verheerend waren wie in anderen Gebieten¹⁷⁸ – alle Kriegsschäden zusammengekommen machten weniger als die Hälfte der Zerstörungen von Dresden aus¹⁷⁹ –, so mußten doch die nicht geringen politischen Belastungen aus der Zeit vor 1945 überwunden werden. In Thüringen wirkte bereits seit 1927 der Gauleiter Sauckel, wurden 1930 die ersten Nationalsozialisten Minister¹⁸⁰. 1932 wurde hier eine fast ausschließlich nationalsozialistische Regierung gebildet¹⁸¹,

176 Vgl. *Gronwald*, S. 86; zur Kritik der SMA an Lüdemann vgl. auch *Gniffke*, S. 76 f.

177 Interviewprotokoll *Witteborn*, AsD.

178 Den Eindruck des unzerstörten, friedlichen Thüringen vermittelt z. B. der Bericht einer Reise von Otto Grotewohl und Otto Meier in die mitteldeutschen Gebiete, in: *Das Volk* vom 6. Sept. 1945.

179 Zum Ausmaß der Zerstörungen im einzelnen *Ludwig Fuchs*, Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen von April bis Juli 1945, Phil. Diss. (MS) Leipzig 1966, S. 54.

180 Zur damaligen Reaktion z. B. der Sozialdemokraten auf die Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten, insbesondere die Einsetzung von Wilhelm Frick als Innen- und Volksbildungsminister, vgl. *Die Schmach von Thüringen*. Rede des Abgeordneten August Frölich zur Regierungsbildung am 23. Januar 1930. Hrsg.: Sozialdemokratischer Bezirksvorstand Großthüringen, Weimar o. J.

181 Die NSDAP erhielt bei den Landtagswahlen von 1932 42,5 % der gültigen Stimmen; im

der Staatsapparat war schon früh mit faschistischen Kräften durchsetzt¹⁸². Dies mußte selbstverständlich auch Einwirkungen auf die Arbeiterschaft haben, trotz ihrer Traditionen, für die hier stellvertretend nur die Namen Eisenach, Gotha, Erfurt genannt werden sollen¹⁸³.

Auch in Thüringen waren während des Zusammenbruchs die bereits erwähnten antifaschistischen Komitees und Ausschüsse entstanden, wenn sie auch mancherorts von der amerikanischen Besatzung als Faktor der politischen Willensbildung nicht akzeptiert und ihre Tätigkeit manchmal sogar unterbunden bzw. verboten wurde¹⁸⁴. Nach Darstellung der DDR-Historiographie entstanden sie »gegen die alte bürgerlich-faschistische Verwaltung und ihre Arbeitsweise, die in allen Städten und Orten Thüringens auch nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen weiterbestand«, und sie verfolgten das Ziel, »demokratische Selbstverwaltungsorgane zu schaffen, in denen die Vertreter der Arbeiterklasse und andere antifaschistische Kräfte die entscheidenden Positionen einnahmen«. Ihrem Wesen nach waren sie »Kampforgane zur Vernichtung des faschistischen Machtapparates in den Städten und Orten«¹⁸⁵.

Bald nach der Besetzung des Landes durch die amerikanischen Truppen wurden neue Verwaltungen eingesetzt, wenn auch oftmals nur die belasteten Spitzen ausgewechselt wurden. Bereits am 25. April 1945 war Hermann Brill zum Berater der amerikanischen Militärregierung ernannt, am 9. Juni als Regierungspräsident für Thüringen eingesetzt und mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Mit der Einsetzung Brills wurde den Forderungen der demokratischen Kräfte Rechnung getragen. Brill war vor 1933 Thüringischer Landtagsabgeordneter der SPD gewesen, hatte sich nach 1933 an der illegalen Arbeit in Berlin beteiligt, war 1936 verhaftet und 1945 als politischer Häftling aus dem KZ Buchenwald befreit worden. Als Mitverfasser des berühmten »Buchenwalder Manifests« war er über die Landesgrenzen hinaus bekannt und als Antifaschist legitimiert¹⁸⁶.

Im wesentlichen stützte Brill sich bei seiner Tätigkeit¹⁸⁷ auf die alten Verwaltungsfachleute.

Vergleich dazu die SPD 24,3 %, die KPD 16,1 %. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt die NSDAP in Thüringen 43,4 %, die SPD 22,1 %, die KPD 16,8 %; im Vergleich dazu die Ergebnisse der Reichstagswahl vom 5. März 1933 für Thüringen: NSDAP 47,2 %, SPD 19,2 %, KPD 15,2 %. Angaben nach *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1932, S. 542 – 544; 1933, S. 540 f.

182 Vgl. die Angaben bei Fuchs, S. 55; zur Lage der Beamten vgl. die SPD-Wahlkampfbroschüre *Thüringische Beamtenpolitik 1924 – 1926. Tatsachen und Ziele*, hrsg. von der SPD, Bezirksverband Großthüringen, 1926.

183 Zur Tradition der Sozialdemokratie in Thüringen vgl. z. B. Karl Semmler, Im Kampf für den Sozialismus. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen, Jena 1928; zur Sozial- und Wirtschaftsstruktur eines thüringischen Kreises, in dem vor 1933 der Kommunismus eine geringe, die Sozialdemokratie eine verhältnismäßig große Rolle spielte, vgl. Ernst Richert, Aus der Praxis totalitärer Lenkung. Die politische Entwicklung im Kreise Schmalkalden 1945 – 1949, in: *Faktoren der Machtbildung*, Berlin 1952, S. 162 – 187.

184 Vgl. Fuchs, passim; Heinrich Hoffmann, Über die Anfänge der deutsch-sowjetischen Freundschaft in Thüringen in den Jahren 1945 – 1948, in: BzG, Jg. 13, 1971, H. 3, S. 449 – 452.

185 Fuchs, S. 79; Fuchs stellt diese Antifa-Komitees denen in den sofort von den sowjetischen Truppen besetzten Gebieten gegenüber, die eigentlich überflüssig gewesen seien, weil sie die Antifaschisten bei der schnellen Übernahme »der beständigen Positionen der Macht« behindert hätten (S. 80).

186 Zur Bedeutung von Hermann Brill und seiner Konzeption im Anschluß an das »Buchenwalder Manifest« vgl. insbesondere Moraw, S. 65 ff., 112 ff.; vgl. auch Gniffke, S. 82 ff.; Thape, S. 181 ff.

187 Zur Tätigkeit Brills vgl. die anhand von archivalischen Unterlagen zusammengestellten Angaben bei Fuchs, S. 103 ff.

Die Besatzungsmacht setzte in den größeren Städten und Orten nur Leute als Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister ein, die schon einmal in diesen oder ähnlichen Funktionen gearbeitet hatten bzw. Fachkenntnisse mitbrachten. In der kurzen Amtszeit Brills wurden hauptsächlich verwaltungstechnische Verfahrensfragen diskutiert und Pläne für den Aufbau der Verwaltung Thüringens entworfen. Außerdem scheint die Frage eine Rolle gespielt zu haben, ob Weimar oder Erfurt¹⁸⁸ Landeshauptstadt werden sollte.

Brills Tätigkeit in diesem Amt fand jedoch bald ein Ende; denn nach Übernahme des Landes durch die Sowjets Anfang Juli 1945 wurde er abgelöst, und bereits am 16. Juli 1945 wurde der damals parteilose Rudolf Paul als Präsident der Landesverwaltung eingesetzt¹⁸⁹. Rudolf Paul¹⁹⁰ erinnert sich, daß er sich mit Absicht in diese Funktion – quasi als oberster Verwaltungsjurist – hat einsetzen lassen und nicht als Ministerpräsident, wie es den Russen eigentlich vorschwebte. Dies sei er erst nach den Landtagswahlen vom Herbst 1946 geworden. Er habe diese Konstruktion gewählt, um die politische Verantwortung abzuwälzen, denn als reiner Verwaltungsjurist meinte er, nur das ausführen zu müssen, was die Russen anordneten. So habe er auch keine Minister, sondern Landesdirektoren eingesetzt. Als oberstem Verwaltungsmann habe ihm nicht nur die gesamte Verwaltung unterstanden, sondern man habe ihm sogar ungewöhnlich weitgehende Rechte eingeräumt. Die Russen hätten ihm in der Verwaltungsarbeit ziemlich freie Hand gelassen und ihn nicht selten sogar unterstützt. Zudem habe er persönlich ein außerordentlich gutes Verhältnis zu Tschui-kow, Sokolowski und Kolesnitschenko gehabt¹⁹¹. Allerdings mußte er sich bei ganz wichtigen Angelegenheiten mit ihnen in Verbindung setzen, und auch in personalpolitischen Entscheidungen scheint er nicht ganz freie Hand gehabt zu haben, denn zumindest die Kommunisten Busse als Ressortleiter für Inneres und Wolf für Kultur waren ihm nach eigenen Angaben aufgezwungen worden. Busse wiederum war die Verantwortung für die Bodenreform (10. Sept. 1945) und zunächst auch für die Enteignung der privaten Wirtschaft (Befehl Nr. 124 und 126) übertragen worden. Seine eigene Aufgabe sah Paul vornehmlich in der Wiederherstellung der alten Verwaltung, so wie sie vor 1933 gewesen sei¹⁹², wobei er besonderen Wert auf den Aufbau der Industrie- und Handelskammern legte. Den durch ihn vereinfachten Landkreisen seien z. B. Oberlandräte an die Spitze gestellt worden, die die Aufgabe hatten, alle vierzehn Tage die ihnen unterstehenden Landkreise zu kontrollieren und darüber zu berichten, denn die Landräte selbst seien oftmals keine Fachleute gewesen. Für den politischen Aufbau des Landes oder gar für partei-

188 Der Regierungsbezirk Erfurt, der früher zur Provinz Sachsen gehörte, wurde durch die neuen Demarkationslinien Thüringen zugeschlagen.

189 Zur Einsetzung der Landesverwaltung vgl. *Das Volk* vom 17. Juli 1945. Vizepräsidenten der neuen Landesverwaltung wurden: Ernst Busse (KPD), Dr. Georg Appel (SPD), Dr. Kolter (vermutlich CDUD); vgl. auch *Gniffke*, S. 61.

190 Rudolf Paul, vor 1933 Mitglied der Demokratischen Partei, war als Staatsanwalt an Prozessen gegen Nationalsozialisten beteiligt und mußte 1933 seine Tätigkeit einstellen. Nach der NS-Machtergreifung zog er sich auf seinen Bauernhof zurück. Unmittelbar nach Kriegsende wurde er zunächst von den Amerikanern als Oberbürgermeister von Gera eingesetzt. Dazu und zum folgenden vgl. Interviewprotokoll *Paul*, AsD.

191 Vgl. auch *Gniffke*, S. 85. Nach Gniffke hatte hauptsächlich Kolesnitschenko Sympathien für die Bürgerlichen, »die er zu Verbündeten seiner kommunistischen Freunde machen wollte. Die Sozialdemokraten ignorierte er oder bereitete ihnen Schwierigkeiten, wo er nur konnte. Einige Male mußte er von Oberst Tulpanow deswegen wieder »zurechtgebogen« werden«.

192 Im Anschluß an die 1921 verabschiedete Verfassung des Landes Thüringen traten an die Stelle von etwa 80 Gebietseinheiten ab Oktober 1922 16 große Landkreise und neun (ab 1924 zehn) Stadtkreise; alle Kreise unterstanden unmittelbar dem Innenministerium.

politische Fragen und Probleme jener Zeit fühlte sich Paul weder zuständig noch verantwortlich, wenn er auch 1946 Mitglied der SED wurde.

Der parteipolitische Aufbau der SPD in Thüringen ist bestimmt sowohl durch die Rolle und Funktion als auch durch die Persönlichkeit Hermann Brills, der bis zum Dezember 1945 / Anfang Januar 1946 den Landesverband leitete¹⁹³.

Auf der Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesverbandes der SPD in Weimar vom 26. November 1945 berichtete Brill später¹⁹⁴, daß man in den ersten drei Monaten nach Kriegsende darauf verzichtet habe, die Partei neu zu organisieren, denn in Thüringen sei die Abneigung gegen die Wiedererrichtung der alten SPD weit verbreitet gewesen. Erst nach dem Besatzungswechsel wurden die thüringischen Funktionäre zu einer ersten Landeskongress am 8. Juli 1945 zusammengerufen, auf der Brill seine Konzeption einer »autoritären Demokratie« vortrug¹⁹⁵. Im Anschluß daran wurde nicht die SPD, sondern der »Bund demokratischer Sozialisten« (BdS) gegründet.

Zur Frage der sozialistischen Einheit vertrat Brill die Ansicht, die Vereinbarungen in Berlin über die gemeinsamen Arbeitsausschüsse und den antifaschistischen Block seien nicht ausreichend und viel zu allgemein; »es stecken mir darin viel zu viele Gefahren, die ein Sonderdasein der KPD ermöglichen«¹⁹⁶. Bereits am 10. Juli 1945 hatte Brill deswegen an Ernst Busse, den KPD-Bezirksleiter von Thüringen, geschrieben und vorgeschlagen, »daß alsbald konkret auf eine völlige Verschmelzung der sozialistischen Arbeiterbewegung hingearbeitet wird«¹⁹⁷. Die gemeinsame Basis dafür sollten die Grundgedanken des Buchenwalder Manifests bilden. Die KPD reagierte auf diese Vorschläge zunächst ausweichend und lehnte sie schließlich am 21. Juli 1945 mit der Begründung ab, die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei sei nicht die primäre Aufgabe¹⁹⁸.

Nachdem bereits in dieser Anfangsphase deutlich wurde, daß die KPD ihre Organisation nach der traditionellen Kaderstruktur wiederaufbaute, entwarf Brill ein neues Konzept für eine einheitliche Arbeiterpartei, die nunmehr die Autonomie der Sozialdemokratie erhalten und sich am Organisationsprinzip der englischen Labour Party orientieren sollte¹⁹⁹. In der neuen Partei sollte es weder Einzelmitgliedschaften noch Ortsvereine geben, sondern sie sollte auf der kollektiven Mitgliedschaft hauptsächlich von Gewerkschaften und Genossenschaftsverbänden basieren. So könnte neben der SPD auch die KPD als Organisation beitreten. Durch diese Struktur hoffte Brill erreichen zu können, daß die Sozialdemokraten diejenigen sein würden, »die durch die Gewerkschaften und durch die Genossenschaften die breite tragende Grundlage für das neue Gebäude werden«²⁰⁰. Zur gleichen Zeit, zu der Brill seine Konzeptionen entwickelte, forcierte die KPD den Aufbau ihrer Parteiorganisation und bemühte sich wie in den anderen Ländern, ihre Machtpositionen aufzubauen²⁰¹. In der bereits erwähnten Landesvorstandssitzung der SPD vom November 1945 schilderte Brills Stellvertreter und Rivale Heinrich Hoffmann detailliert die Strategie der KPD in dieser

193 Zur Rolle Hermann Brills und zur Entwicklung des SPD-Landesverbandes Thüringen ausführlich bei Moraw, S. 112 ff.; Krisch, S. 202 ff.

194 Zit. nach Moraw, S. 113.

195 Zur Konzeption der autoritären Demokratie vgl. Moraw, S. 68 f., 114.

196 Zitiert nach Moraw, S. 114.

197 Ebda.

198 Ebda.

199 Vgl. Moraw, S. 115.

200 Zitiert ebda.

201 Zum Aufbau der KPD in Thüringen und ihrer Festlegung auf die zentralen Richtlinien durch einen frühen Besuch Ulbrichts vgl. Krisch, S. 199 f., 216 f.

Anfangsphase²⁰². Die KPD habe zunächst versucht, die Großbetriebe durch Einsetzen von Vertrauensleuten zu erobern, die Gewerkschaften zu majorisieren und die großen Städte in Thüringen wie Gera, Erfurt und Nordhausen in die Hand zu bekommen.

Die von Brill entworfenen Konzeptionen führten sehr bald zu einem gespannten Verhältnis Brills zu den Besatzungsbehörden, die nicht zuletzt das Buchenwalder Manifest irritierte²⁰³. Die Spannungen hauptsächlich mit Kolesnitschenko²⁰⁴ konnten jedoch nicht abgebaut werden, und selbst ein Vermittlungsversuch des ZA konnte den offenen Konflikt nicht verhindern, der schließlich mit dem Ausscheiden Brills um die Jahreswende 1945/46 endete²⁰⁵. Sein Nachfolger als SPD-Landesvorsitzender wurde auf Drängen der SMA Heinrich Hoffmann. Da nicht nur die Entwicklung des Landesverbandes²⁰⁶ von Interesse ist, soll hier auch dargestellt werden, welche Resonanz die Vorgänge im Landesverband, um Hermann Brill, das Buchenwalder Manifest und den »Bund demokratischer Sozialisten« auf der lokalen Ebene gefunden haben. Exemplarisch hierfür seien die Erinnerungen von Sozialdemokraten an die Wiedergründung und anfängliche Entwicklung der Sozialdemokratie in Gera und in Saalfeld angeführt²⁰⁷.

Während der amerikanischen Besatzung entstand im Mai 1945 in Gera ein etwa acht Wochen bestehender sogenannter »Antifaschistischer Ausschuß«, dessen Initiatoren vor 1933 in der SPD und KPD gewesen waren, in Verbindung mit einigen Jüngeren, die früher zu den Falken oder der SAJ gehört hatten. Bei Kriegsende hatten sich ca. 50 Personen im Rathaus eingefunden, um diesen Ausschuß zu bilden. Ihr erstes Ziel war, den nationalsozialistischen Bürgermeister zu entfernen. Außerdem versuchte man mit Hilfe des Ausschusses, frühzeitig Informationen darüber zu erhalten, wer von den alten Gesinnungsgenossen noch lebte, wer schon wieder zurückgekommen bzw. noch in Gefangenschaft war. Dieser Ausschuß bedeutete faktisch die erste politische Kontaktaufnahme unter den Antifaschisten bzw. hier unter den Sozialdemokraten und Kommunisten. Wörtlich heißt es zu seiner Arbeit: »Eines unserer ersten Anliegen war, die Kommunalverwaltung zu besetzen und in die eigenen Hände zu bringen, weil dort noch alles alte Nazis saßen und die Amerikaner nichts dergleichen taten, um die zu entlassen. Es ging nach dem alten Schema weiter, und das gefiel uns gar nicht. Wir haben deshalb versucht, personelle Änderungen durchzusetzen, und haben auch einige von dem Antifa-Block in die Stadtverwaltung gebracht. Wir stellten den Personalchef und haben auch in verschiedenen Dezernaten unsere Leute untergebracht, damit wir erst einmal einen gewissen Einfluß hatten in der Stadtverwaltung. Es gelang uns nur teilweise, die alten Nazis auszubooten, so daß von einer direkten Machtübernahme nicht die Rede sein kann«²⁰⁸.

202 Moraw, S. 115.

203 Vgl. dazu ausführlich Moraw, S. 116 f.; die Haltung der SMAD zu Brill schildert auch Gniffke, S. 42 f., S. 82 f.

204 Eine Folge davon war z. B., daß noch nachträglich der »Bund demokratischer Sozialisten« formell verboten wurde, obwohl er längst in einen Landesverband der SPD umgewandelt worden war. Zudem hielt Kolesnitschenko fast ausschließlich die Verbindung zu Brills kooperativerem Stellvertreter Heinrich Hoffmann. Vgl. Moraw, S. 116 f.

205 Zu den Vorgängen im einzelnen vgl. Moraw, S. 117.

206 Ende Oktober / Anfang November hatte die SPD in Thüringen bereits 35 000 Mitglieder; vgl. dazu Moraw, S. 119; am 31. 12. 1945 verfügte der Landesverband über 22 Kreisverbände mit 611 Ortsvereinen und 57 447 Mitgliedern; Angaben nach Akten Ostbüro A 0301 I, AsD; etwa Mitte September 1945 erschien die erste Nummer der neu herausgegebenen sozialdemokratischen Zeitung »Tribüne«.

207 Zu Gera vgl. Interviewprotokoll Wegel, AsD; zu Saalfeld hauptsächlich Interviewprotokoll Kreutzer, AsD.

208 Interviewprotokoll Wegel, AsD.

Die Amerikaner hatten die Arbeit des Antifa-Ausschusses nicht direkt behindert, aber häufig auf dessen Vorschläge einfach nicht reagiert. Ihnen wird der Vorwurf gemacht, keine endgültige Entscheidung für eine geregelte Entnazifizierung getroffen zu haben. Im Ausschuß selbst soll es keinerlei Differenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gegeben haben, zumal es dort nicht zu politischen bzw. parteipolitischen Diskussionen im engeren Sinne gekommen war. Außerdem sei der überwiegende Teil der Mitglieder sozialdemokratisch orientiert gewesen. Der Ausschuß habe sich nicht als Vorläufer eines parteipolitischen Aufbaus, sondern nur als provisorischer Verwaltungskörper verstanden.

Nach dem Besatzungswechsel Anfang Juli²⁰⁹ wurden sofort die Parteien zugelassen und aufgebaut. Den von Brill gegründeten »Bund demokratischer Sozialisten« gab es allerdings in Gera nicht, und man hatte dort von ihm auch nichts gehört. Diese Unkenntnis wird mit fehlenden politischen Kontakten nach Weimar begründet.

Die Initiatoren der Wiedergründung der SPD in Gera waren durchweg alte Funktionäre, die schon vor 1933 in führenden Funktionen waren. Einen Gründungsauftrag (z. B. vom ZA) hat es nicht gegeben, und irgendwelche Diskussionen über eine politische Neuorientierung fanden nicht statt. Selbst das »Buchenwalder Manifest« war völlig unbekannt. Die Partei wurde in Anknüpfung an die Vergangenheit einfach ins Leben gerufen, und die alten Sozialdemokraten waren froh, sich wieder treffen zu können, und gingen an die praktische Arbeit. Man sah keine Möglichkeit und fand keine Zeit für »große Politik«, sondern beschränkte sich auf die örtlichen Gegebenheiten und das Lebensnotwendige, um wieder Fuß zu fassen.

Nach dem Besatzungswechsel wurde das Verhältnis zu den Kommunisten immer problematischer, hauptsächlich, weil diese von der sowjetischen Besatzungsmacht in jeder Beziehung eindeutig bevorzugt wurden. Zudem nahm die KPD zahlenmäßig stark zu. Vor allem die Jüngeren gingen in die KPD, weil sie dort größere Chancen für sich sahen. Dennoch spürten die Sozialdemokraten bis Spätherbst 1945 nicht sehr viel von den Vereinigungsbestrebungen, und vor der 60er Konferenz^{209a} bestand auch keine direkte organisatorische Zusammenarbeit; danach erst gingen Rundschreiben an die Vorstände mit der Maßgabe, paritätische Vorstandssitzungen mit den Kommunisten abzuhalten²¹⁰.

In Saalfeld²¹¹ kam es bald nach der Besetzung der Stadt am 13. April 1945 durch die amerikanischen Truppen zu Kontakten zwischen dem Stadtkommandanten und Antifaschisten und etwa Ende April zur Einsetzung einer kommunalen Verwaltung unter Beteiligung von Sozialdemokraten. Im Juni traf sich dann zum erstenmal eine größere Zahl von sozial-

209 Den Besatzungswechsel in Gera, hauptsächlich die Begrüßung der sowjetischen Truppen durch den damaligen Oberbürgermeister Rudolf Paul und durch den Antifa-Ausschuß, schildert z. B. Heinrich Hoffmann. Vgl. *Hoffmann*, a. a. O., S. 450.

209a Die Konferenz, an der je dreißig Vertreter von KPD und SPD teilnahmen (deswegen häufig als »Sechziger Konferenz« bezeichnet), tagte in Berlin am 20. und 21. Dezember 1945. Nach den Vorstellungen der KPD sollte sie die entscheidenden Weichen für die Vereinigung von KPD und SPD stellen. Zur Bedeutung der Konferenz vgl. *Moraw*, S. 138 f.; *Krisch*, S. 333 f.; zum Verlauf vgl. *Gniffke*, S. 119 f.

210 Entsprechend den in den anderen Ländern der SBZ getroffenen Vereinbarungen zur Bildung von gemeinsamen Arbeitsausschüssen von SPD und KPD (vgl. das Beispiel von Rostock) kam es auch in Gera bereits am 20. Juli 1945 auf einer gemeinsamen Sitzung von KPD und SPD zu einer solchen Vereinbarung. Gegenüber anderen Vereinbarungen enthielt sie die zusätzliche Verpflichtung, auf dem Gebiet der Volksbildung, der Jugendbewegung und der Schulpolitik zusammenzuarbeiten. Vgl. *Horst Lipski*, Die Gründung der SED 1945/46, Phil. Diss. Parteihochschule Karl Marx (MS) Berlin – DDR 1961, S. 79 f.

211 Zur Entwicklung in Saalfeld vgl. Interviewprotokoll *Kreutzer*, AsD.

demokratischen Freunden – die sich meist schon aus der Zeit von vor 1933 kannten –, und man nahm Kontakte zu den Kommunisten und anderen Antifaschisten auf. Nach dem Besatzungswechsel und der offiziellen Parteienzulassung wurde gegen Ende August offiziell die Sozialdemokratische Partei in Saalfeld gegründet. Es kam damals zu vielen Treffen mit den Kommunisten, die ihre Partei ebenfalls reorganisiert hatten, und man bildete gemeinsam den sogenannten Antifaschistisch-demokratischen Block, dem sich auch die etwas später gegründeten Parteien CDU und LDPD anschlossen.

Auch hier wurde der Besatzungswechsel als gravierender Bruch empfunden. Nach der Übernahme durch die Sowjets war ein radikales personalpolitisches Revirement in fast allen Verwaltungsfunktionen durchgeführt worden, in dessen Folge es zu personellen Mißgriffen gekommen war, die die ersten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bewirkten. Zunächst fand auch in Saalfeld der Gedanke einer einheitlichen Arbeiterpartei große Resonanz. Hermann Brill, das »Buchenwalder Manifest« und sein Vorschlag zur Gründung des »Bundes demokratischer Sozialisten« wurden dort sofort bekannt, und die Sozialdemokraten – aber auch die Kommunisten – identifizierten sich mit Brills Konzeption. Zur Zeit der amerikanischen Besatzung arbeiteten Sozialdemokraten und Kommunisten recht gut zusammen. Noch geeinigt durch das Erlebnis des Nationalsozialismus, wollten beide eine einheitliche Arbeiterpartei, d. h. den BdS, gründen. Mit dem Einzug der Sowjets änderte sich schlagartig das Verhältnis der Kommunisten zu den Sozialdemokraten, und bald wollten beide von einer einheitlichen Arbeiterpartei nichts mehr hören.

Wenn man auch in Saalfeld über die Vorgänge in Thüringen bzw. im Landesverband orientiert war – es gab gute parteipolitische Verbindungen nach Weimar, und Delegierte aus Saalfeld nahmen an Parteiveranstaltungen der Landesorganisation teil –, so dauerte es doch eine Weile, bis die direkten Einigungsbestrebungen und die intensive Diskussion um die Vereinigung auf der lokalen Ebene aufgegriffen wurden²¹².

In Saalfeld hatte im Dezember 1945 der Kreis- und Ortsvorstand der KPD die Sozialdemokraten zu einem Gespräch eingeladen, bei dem die Initiatoren erklärten, es sei notwendig, daß beide Parteien enger zusammenarbeiteten, und daß man schließlich auch eine Vereinigung der beiden Parteien ins Auge fassen solle. In diesem und in ähnlichen Gesprächen versuchten die Sozialdemokraten die Diskussion auf die Ebene der politischen und ideologischen Differenzen zu bringen. Diese Debatten wurden jedoch vielfach – hauptsächlich von den Sowjets – abgeblockt oder aber auf die Diskussion um Orts- und Betriebsgruppen reduziert. Meist wurden in diesen Vorstandsgesprächen organisatorische Fragen in den Vordergrund geschoben²¹³.

212 Als Beispiel für eine gemeinsame »antifaschistische Kundgebung« siehe die in Saalfeld (vgl. den Bericht in: *Das Volk* vom 27. Okt. 1945), auf der als Vertreter der KPD der Vizepräsident E. Busse und von der SPD der Vorsitzende Kreutzer sprachen. Auswirkungen auf die Reaktion in den Kreisen hatte z. B. auch der Versuch einer gemeinsamen Schulung. In einer Parteischule der KPD wurden je zwanzig Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengeführt. Als Referenten dieses Schulungskurses kamen z. B. August Frölich, Kurt Böhme, Werner Eggerath, Heilmann und Franz Lepinski. Zur Kontroverse kam es, als es um die Haltung der KPD in der Weimarer Republik ging. Die Sozialdemokraten machten der KPD den Vorwurf, zum Untergang der Republik beigetragen zu haben. Die Differenzen konnten nicht mehr beseitigt werden, der Lehrgang zerfiel in zwei feindliche Lager. Für manche Sozialdemokraten war dies schließlich der Anlaß, sich stärker mit den Tagesereignissen zu befassen. Vor allem verfolgte man nun genau die Vorgänge in Berlin, wobei vornehmlich der »Tagesspiegel« zur Orientierung diente. Vgl. Interviewprotokoll *Kreutzer*, AsD.

213 Vor der Vereinigung selbst fand dann noch eine Sitzung des Saalfelder SPD-Vorstandes statt,

Im kommunalen Bereich wurde im Herbst 1945 zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten eine Vereinbarung getroffen, wonach in Saalfeld die KPD den Landrat und die SPD den Bürgermeister stellte. Diese Regelung für die Stadt und den Landkreis änderte sich erst nach den Wahlen vom Herbst 1946, bis dahin funktionierte sie. Allerdings hatte die KPD von Anfang an die Polizeistellen besetzt, wogegen die schwierigen Aufgaben wie Handel und Versorgung bei den Sozialdemokraten lagen. Den Sozialdemokraten war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bewußt, daß die Kommunisten jeweils die politischen Schlüsselpositionen (Polizei, Personalwesen usw.) besetzten. Dies fiel ihnen erst etwa ab Mitte 1946 auf, wobei westliche Presseveröffentlichungen einen nicht unerheblichen Anteil daran hatten, ihnen die Augen zu öffnen. Meistens waren sie mit ihren Tagesproblemen so beschäftigt, daß sie sich um machtpolitische Fragen gar nicht kümmerten. Vielfach waren die Sozialdemokraten so »naiv«, daß sie diese Dinge ohnehin nicht sahen. Man war froh, daß man den Bürgermeister stellte, obwohl er quasi nichts zu sagen hatte, sondern nur repräsentierte. Die Sozialdemokraten erledigten die Kommunalgeschäfte, alles andere die Kommunisten.

SACHSEN

Ähnlich wie Mecklenburg war Sachsen zunächst in zwei Besatzungsgebiete geteilt. Die Amerikaner hatten am 18. April 1945 Leipzig eingenommen und rückten bis zur Mulde vor, die Russen erreichten am Tag der Kapitulation Dresden. Ein kleines Gebiet im West- erzgebirge um Schwarzenberg und Aue wurde weder von den sowjetischen noch den amerikanischen Truppen besetzt und blieb bis Ende Juni »Niemandland«²¹⁴. Wie in den übrigen Gebieten übernahmen auch in Sachsen die Russen am 1. Juli die zuerst von den Amerikanern besetzten westsächsischen Landesteile. Zu Sachsen kamen dann noch die westlich der Lausitzer Neiße gelegenen Teile Schlesiens um Görlitz und Hoyerswerda, während einige östlich der Neiße bei Zittau liegende Landgemeinden polnischer Verwaltung unterstellt wurden²¹⁵.

Am 9. Juli erhielt das Land eine SMA unter Leitung von Generaloberst Katukow²¹⁶, der

auf der intern über die Vereinigung abgestimmt wurde. Die zur Abstimmung stehende Frage bestand aus zwei Teilen; der erste Teil zielte auf totale Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der KPD, der zweite bedeutete, mit der KPD zusammenzugehen, aber als Sozialdemokraten eine eigene Fraktion in der neuen Partei zu bilden. Der erste Teil der Abstimmung ging 11:7 dagegen aus, der zweite fand eine überwältigende Mehrheit. Die allgemeine Vorstellung war, daß man als vier- bis fünffach stärkere Partei das Ruder in der Hand halten müsse und dies auch durchsetzen könne. Gemeinsam mit den Kommunisten wurde dann eine Sitzung abgehalten, auf der man einen Kreisparteitag beschloß, auf dem formal die Vereinigung für den Kreis Saalfeld beschlossen wurde. Für jede Funktion wurden zwei Funktionäre paritätisch eingesetzt; da Paul Kreutzer auf den Kreisvorsitz verzichtete, weil diese Funktion hauptamtlich war, wurde von sozialdemokratischer Seite der damalige Kreissekretär Karl Linke nominiert. Die Wahlen gingen dann bereits einstimmig über die Bühne. Vgl. Interviewprotokoll Kreutzer, AsD.

214 Ausführlich zur Situation in diesem Gebiet vgl. *Groß*, Die ersten Schritte; *ders.*, in: ZfG, a. a. O.; in beiden Arbeiten werden anhand von zahlreichen Unterlagen Funktion und Arbeitsweise des antifaschistischen Aktionsausschusses in der unbesetzten Zeit detailliert untersucht.

215 Zur Verwaltungseinteilung in Sachsen vgl. im einzelnen *Karl-Heinz Gräfe / Helfried Wehner*, Zur Politik der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen, in: ZfG, Jg. 23, 1975, H. 8, S. 897 – 907.

216 *Gräfe/Wehner*, a. a. O., S. 902.

ebenfalls am 9. Juli eine Landesverwaltung mit Sitz in Dresden²¹⁷ mit dem Präsidenten Rudolf Friedrichs (SPD) und fünf Vizepräsidenten (Kurt Fischer; Richard Woldt, später Fritz Selbmann; Wilhelm Lenhard, später Walter Gäbler; Reinhard Uhle und Gerhard Rohner) installierte. Die Entwicklung Sachsens war für die Gesamtentwicklung der SBZ von großer Bedeutung, denn dieses Land war politisch und wirtschaftlich ein Kerngebiet, es war stark industrialisiert und verfügte über eine traditionsreiche und gut organisierte Arbeiterbewegung. Von daher ist der Wiederbeginn des politischen Lebens gerade in Sachsen von großem Interesse²¹⁸, zumal hier die Gegensätze – gerade bei der Diskussion um die Vereinigungsfrage – hart aufeinanderprallten.

Bei der Debatte um die politische Entwicklung in Sachsen, die hauptsächlich durch die Aktivitäten der Initiativgruppe um Anton Ackermann und Hermann Matern bestimmt wurde, ging es nicht nur um Zusammenarbeit bzw. Konfrontation mit den Kommunisten, sondern auch um ideologische Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie selbst²¹⁹.

Die innerparteiliche Diskussion wurde bereits deutlich in der Rivalität um die Führungsrolle in Sachsen zwischen den beiden dominierenden Städten Leipzig und Dresden²²⁰. Gleichzeitig ist die Entwicklung beider Städte – und damit Westsachsens und Ostsachsens – gekennzeichnet durch die unterschiedliche Besatzung in der Anfangsphase 1945. In den

217 Veröffentlicht in: Das Volk vom 9. Juli 1945.

218 Zu Sachsen allgemein vgl. z. B. *Gräfel/Wehner*, a. a. O.; *Willy Peter*, Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Sachsen 1945/46, in: Beiträge zur Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, verfaßt von einem Autorenkollektiv unter Leitung von *Stefan Doernberg*, hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin – DDR 1961; neben zahlreichen Erinnerungen in Sammelwerken und Untersuchungen zu Einzelfragen beschäftigt sich eine Reihe von Arbeiten vornehmlich mit der Entwicklung in Dresden und Leipzig. Vgl. dazu z. B. *Wenn wir brüderlich uns einen...* Der Kampf um die Schaffung der SED in Dresden 1945 – 1946, Dresden 1961; *Beginn eines neuen Lebens...* Eine Auswahl von Erinnerungen an den Beginn des Neuaufbaus in Dresden im Mai 1945, Dresden 1960; *Günther Krüger / Karl Urban*, Die Herausbildung antifaschistisch-demokratischer Verwaltungsorgane in Leipzig (April – Oktober 1945), in: Staat und Recht, Jg. 13, 1964, S. 2068 – 2087; *dies.*, Die Rolle der antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorgane der Stadt Leipzig bei der Beschlagnahme der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher (Oktober 1945 bis März 1946), ebda., Jg. 15, 1966, S. 818 – 832; *Günther Krüger*, Zum Neuaufbau einer demokratischen Verwaltung in Leipzig (April bis September 1945), in: WZ Leipzig, Jg. 9, 1959/60, S. 709 – 711; *ders.*, Zweierlei Besatzungspolitik in Leipzig (April bis September 1945), in: Beiträge zur Zeitgeschichte 1960, H. 2, S. 104 – 112; *Eva Georgi*, Die Entwicklung der demokratischen Selbstverwaltung in Leipzig in den Jahren 1945 – 1948, in: WZ Leipzig, Jg. 9, 1959/60, S. 497 – 508; *Klaus Drobisch*, Der Kampf um die Einheitspartei der Arbeiterklasse in Leipzig 1945/46, in: BzG (Sonderheft), Jg. 2, 1960, S. 129 – 149.

219 Eine Reihe von befragten sozialdemokratischen Funktionären sieht diese Differenzen fast übereinstimmend zugespitzt um die Politik und Persönlichkeit des Landesvorsitzenden Otto Buchwitz, der von Anfang an die Zusammenarbeit mit den Kommunisten und dann auch in der späteren Phase der Vereinigungsdiskussion die schnelle Vereinigung mit der KPD befürwortete. Ausführlich und anhand von Unterlagen aus dem Privatarchiv von Otto Buchwitz werden diese Differenzen und später heftigen Auseinandersetzungen dargestellt bei *Peter*, in: Beiträge zur Geschichte der SED; »Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppierungen in der SPD zwischen dem linken Flügel mit Otto Buchwitz, Dr. Friedrichs u. a. [...] und den Einheitsgegnern wie Hennig, Wend, Haufe und anderen, [...] war eine Erscheinungsform des Grundwiderspruchs in Deutschland. Diese Auseinandersetzung mußte innerhalb der SPD ausgefochten werden« (ebda., S. 90).

220 Beide Städte waren vor 1933 sozialdemokratische Hochburgen, wobei Leipzig bei den Wahlen einen höheren sozialdemokratischen Wähleranteil hatte als der Wahlbezirk Dresden-Bautzen. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt die SPD in Leipzig 33,1 % der gültigen Stimmen (KPD 18,7 %, NSDAP 36,1 %); im Vergleich zu den Resultaten in den übrigen Wahlkreisen (z. B. Magdeburg 32,3 %, Hamburg 31,7 %, Dresden-Bautzen 31,1 %) war der sozialdemokratische Stimmenanteil in Leipzig am höchsten. Bei den Landtagswahlen

sofort von den sowjetischen Truppen besetzten Gebieten Ostsachsens waren bereits bis Mitte Juni 1945 – ähnlich wie in den anderen Gebieten – die kommunalen Verwaltungen neu entstanden, »in denen die Vertreter der Arbeiterklasse die wichtigsten Kommandohöhen innehatten«²²¹. Auch in Westsachsen waren in dieser Zeit antifaschistische Komitees und Ausschüsse entstanden, denen die amerikanische Besatzungsmacht allerdings nur einen geringen Spielraum zur Durchsetzung von politischen Zielen einräumte; vornehmlich wurden kommunistische Aktivitäten behindert bzw. verboten²²².

Da in Ostsachsen der parteipolitische Wiederaufbau verhältnismäßig früh ermöglicht wurde, fand bereits am 26. Juni 1945 die Gründungsversammlung der SPD für Sachsen statt, an der etwa 140 Funktionäre der SPD teilnahmen²²³. Neben der traditionellen sozialdemokratischen Bezirksgliederung mußte auf nachdrücklichen Wunsch der SMAD hin zusätzlich ein Landesverband gebildet werden²²⁴, dessen Vorsitzender Otto Buchwitz wurde. Sein Sitz wurde entsprechend dem der Landesverwaltung nach Dresden verlegt, wodurch die Differenzen zwischen Leipzig und Dresden noch verstärkt wurden.

Wenn auch der Befehl Nr. 2 erst nach dem Besatzungswechsel auf die westsächsischen Gebiete übertragen wurde²²⁵, konnte sich die SPD gerade in Leipzig – gestützt auf ihren alten, traditionsbewußten Funktionärsstamm – erstaunlich schnell reorganisieren²²⁶. Bereits am 26. August 1945 hielt die Leipziger Partei ihren ersten Bezirkstag ab, auf dem als Vertreter des ZA Grotewohl und Meier referierten²²⁷. Dieser Besuch wie auch die Reise Gniffkes im September²²⁸ dienten einmal der Kontaktaufnahme des ZA zu dem so wich-

von 1932 erhielt die SPD in Sachsen 33,4 % der Stimmen, die KPD 13,6 %, die NSDAP 14,4 %. Selbst bei den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erhielt die SPD in Leipzig noch 30,1 % (Dresden-Bautzen 28,4 %), die NSDAP 40 %, die KPD 17,4 %. Angaben aus *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1932, S. 542 – 544, und 1933, S. 540.

221 Gräfel/Wehner, a. a. O., S. 900.

222 Vgl. die zahlreichen Hinweise in den unter Anm. 218 angeführten Arbeiten. Vgl. auch [Fritz Selbmann], in: Von der Geburt der neuen Staatsmacht, a. a. O., S. 687 f.; vgl. auch zum NKFD und seiner Auflösung in Leipzig Walter L. Dorn, Inspektionsreisen in der US-Zone. Notizen, Denkschriften und Erinnerungen, aus dem Nachlaß übers. u. hrsg. von Lutz Niethammer, Stuttgart 1973, S. 43 ff.

223 Vgl. Hermann Matern, Im Mai 1945 begannen wir mit dem Aufbau eines neuen Deutschlands, in: Vereint sind wir alles, S. 298. Es ist unwahrscheinlich, daß O. Buchwitz an dieser Versammlung teilgenommen hat; nach eigenen Erinnerungen kam er am 3. Juli als schwerkranker Mann nach Dresden; vgl. Otto Buchwitz, 50 Jahre Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin – DDR 1950, S. 193; an der ebenfalls am 3. Juli in Dresden abgehaltenen ersten gemeinsamen Sitzung von KPD und SPD nahm Buchwitz jedoch bereits als Vertreter der SPD teil. Dort wurde die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses beschlossen; vgl. Matern, S. 298; es war dann die KPD, die Buchwitz – früher Funktionär in Schlesien – ermutigte, die Führungsrolle in der sächsischen SPD zu übernehmen; vgl. dazu Krusch, S. 199.

224 Vgl. Gniffke, S. 76; Moraw, S. 108.

225 So wurde z. B. für Grimma am 10. Juli der Befehl Nr. 2 bekanntgemacht, indem er in den »Nachrichten für Grimma. Amtliches Verkündungsblatt aller Behörden für den Landkreis und die Stadt« veröffentlicht wurde. Nur drei Tage später erfolgte die Veröffentlichung des KPD-Aufrufes, der des ZA wurde nicht bekanntgegeben.

226 Vgl. Moraw, S. 117; das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten war so groß, daß sie in Verhandlungen mit der KPD über die Zusammensetzung der Gemeindevertreterversammlung die Forderung aufstellten, sie nach dem letzten Wahlergebnis in Leipzig vor 1933 zusammenzusetzen, wonach es 17 sozialdemokratische, 12 bürgerliche und 7 kommunistische Vertreter gegeben hätte. Die KPD hingegen forderte eine paritätische Zusammensetzung. Vgl. Fritz Selbmann, in: Vereint sind wir alles, S. 334.

227 Vgl. den Bericht über den Bezirkstag in: Das Volk vom 7. Sept. 1945; ausführlich dazu auch Moraw, S. 107 f.; vgl. Protokoll des 1. Bezirkstages der SPD Bezirk Leipzig am 26. August 1945, Akten Ostbüro 0301 I, AsD.

228 Vgl. Moraw, S. 108 f.; Gniffke, S. 77 ff.

tigen sozialdemokratischen Zentrum in Sachsen und konnten andererseits als Prüfstein für die Resonanz der ZA-Politik gelten. Bei der Diskussion in einer erweiterten Bezirksvorstandssitzung wurde deutlich, daß ein Großteil der Funktionäre hauptsächlich der Ostorien-tierungskonzeption des ZA skeptisch gegenüberstand²²⁹.

Zur Charakterisierung der Umbruchsphase werden im folgenden einige Beispiele aus dem lokalen Bereich angeführt.

In dem kleinen Dorf Röcknitz, das in der Nähe Leipzigs zwischen Eilenburg und Wurzen liegt, wurde sofort nach dem Einmarsch der Russen der Sozialdemokrat Otto Stammer als Bürgermeister eingesetzt²³⁰. Vor dem Befehl Nr. 2 hatte er ein »Nationalkomitee Freies Deutschland« gegründet, in dem außer ihm selbst 2 Kommunisten und vermutlich als Parteiose 2 Bauern und der Schullehrer vertreten waren. Das Komitee wird als eine Sicherungsorganisation bezeichnet und war den Antifa-Ausschüssen in anderen Orten vergleichbar. Sofort nach der offiziellen Parteienzulassung wurde ohne Diskussion die SPD gegründet. Die ersten Versammlungen auf Kreisebene wurden in Wurzen abgehalten. Gleichzeitig nahm man die Verbindung nach Leipzig auf, obwohl dort zunächst noch die Amerikaner standen und die Muldebrücken gesprengt waren. Trotz der schwierigen Kommunikation war man bald über die wichtigsten Ereignisse sowohl in Leipzig als auch in Berlin informiert²³¹. Sehr schnell wurde die Entwicklung dieser Ortsgruppe in die des Kreises Wurzen und damit in den Bezirk Leipzig integriert, auch wenn Leipzig selbst zunächst von sich aus keinen Einfluß ausübte.

In den ersten Wochen und Monaten schien die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in dem Dorf Röcknitz noch unproblematisch. Es gab eine Reihe alter Kommunisten, die man kannte und mit denen man in den verschiedenen Gremien gut auskam. Das Verhältnis änderte sich erst, als sich der Einfluß der Initiativgruppe zunehmend bemerkbar machte. Zu einer Vereinigungsdiskussion im eigentlichen Sinn ist es nach den Erinnerungen nur in Einzelgesprächen gekommen. Man übernahm einfach die Richtlinien von Berlin und fragte sich, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Zielen man eine Vereinigung mitmachen könne. Man hoffte und glaubte, eine Art USP-Linie für die neue Partei anstreben zu können, die man aber auch für die eigenständige SPD verfolgt hatte. Die Initiative zur Vereinigung in Röcknitz kam von der SPD, und die ganze Ortsgruppe ging in der SED auf, zumal die KPD zahlenmäßig so schwach war, daß die SED in Röcknitz zunächst sozialdemokratisch dominiert wurde.

Auch in Schmiedeberg im Erzgebirge waren die Antifaschisten schon vor der Parteienzulassung aktiv geworden²³². Vor 1933 hatte es dort eine starke Kommunistische Partei gegeben, aber eine dominierende Sozialdemokratie. Nachdem nun Anfang Mai die Russen einmarschiert waren, hing ungefähr am 20. Mai ein Zettel am Gemeindeamt, auf dem stand, daß alle Genossen, die einer sozialistischen Partei beitreten wollten, sich eine Aufnahmegenehmigung holen bzw. die Aufnahme beantragen sollten. Es gab einen Abziehapparat, Aufnahmescheine waren schon hektographiert. Diese Vorbereitungen waren von

229 Vgl. Protokoll Erweiterter Bezirksvorstand Leipzig am 12. Sept. 1945, Akten Ostbüro 0320, AsD.

230 Vgl. zum folgenden Interviewprotokoll *Stammer*, AsD.

231 Diese informelle Kommunikation basierte meist auf guten politischen Verbindungen. Man erhielt Informationen aber auch durch den Rundfunk und durch Flüchtlinge, die Nachrichten mitbrachten und weitergaben.

232 Vgl. zum folgenden Interviewprotokoll *Ramm*, AsD.

Kommunisten und ehemaligen Sozialdemokraten unter der Leitung des Bürgermeisters getroffen worden. Dieser, früher Sozialdemokrat, mittlerweile aber Kommunist geworden, hatte sein Amt erhalten, weil er über die meisten – auch kommunalpolitischen – Erfahrungen verfügte. Der Gruppe gelang es, sofort nach dem Einmarsch der Truppen den Kontakt zu den Russen aufzunehmen und mit deren Billigung die Gründung der von ihnen beabsichtigten Einheitspartei anzubahnen.

Auch der sich daran erinnernde Sozialdemokrat befürwortete seinerzeit selbst den Gedanken an eine solche Einheitspartei, zumal er nicht glaubte, daß eine SPD überhaupt wieder zugelassen würde. Dominierend war aber der Gedanke, daß KPD und SPD sich nicht mehr wie vor 1933 zerfleischen dürften, da dies mit zur Machtergreifung des Faschismus beigetragen habe. Zudem schienen die damaligen Aufrufe – in ihrer Grundtendenz antifaschistisch-demokratisch – durchaus eine tragfähige Basis für eine neue Partei zu sein. Nachdem dieser Gewährsmann seine Anmeldung abgegeben hatte, hing zwei Tage nach dem SMA-Befehl Nr. 2, also am 12. Juni, wiederum ein Zettel am Rathaus, nach dem alle, die sich angemeldet hätten, sofort ihre Mitgliedsbücher abholen sollten. Gezeichnet war dieser Anschlag »Kommunistische Partei Schmiedeberg, Bezirk Dresden«. Auf Vorhaltungen, er wolle in eine Einheitspartei, nicht in die KPD eintreten, entgegnete man ihm, wenn alle in die KPD gingen, sei dies schließlich eine Einheitspartei.

Daraufhin entschloß man sich, entsprechende Initiativen zur Gründung der SPD zu ergreifen, um den alten Stand wieder herzustellen und von dieser Ebene aus Formen der Zusammenarbeit zu finden, die eine Wiederholung der Situation von vor 1933 unmöglich machen sollten. Als erstes galt es, die alten sozialdemokratischen Freunde im Ort zu sammeln. Nachdem sich 36 Sozialdemokraten, meist ältere und drei jüngere, die aus der SAJ kamen, gemeldet hatten, wurde etwa am 20. Juni 1945 eine Versammlung einberufen. Damit war die SPD konstituiert. Da man zu dieser Zeit noch total isoliert war, hatte man auch noch nichts von dem Gründungsaufwurf des ZA in Berlin gehört oder gelesen, man stützte sich bei den eigenen Initiativen zunächst ausschließlich auf den Befehl Nr. 2.

Anders verlief nach vorliegenden Erinnerungen die anfängliche Entwicklung in Oschatz²³³. Oschatz war eine Kreisstadt mit damals ungefähr 16 000 Einwohnern in einem Gebiet mit vorwiegend landwirtschaftlicher Struktur. Nachdem die Russen den Ort in den ersten Maitagen besetzt hatten, wurde zunächst das Rathaus besetzt, die alte Polizei aufgelöst und stattdessen eine sogenannte Volksmiliz, vorwiegend aus KP-Leuten, gebildet.

Sofort nach der Besetzung nahmen auch die Sozialdemokraten Kontakt untereinander auf, um zu überlegen, wie die Partei aufzubauen sei. Initiator war der ehemalige Vorsitzende der SPD, Max Ruff, der während des Krieges die alten Unterlagen der SPD versteckt hatte, so daß man beim Aufbau über die alten Protokolle, Mitgliederverzeichnisse und sogar noch über Geld verfügte. Damit hatte man ein Fundament und konnte und wollte nach den alten Richtlinien und Prinzipien die Partei wieder aufbauen, d. h. die alten Strukturen genau wieder rekonstruieren, auch in personeller Hinsicht, soweit das noch möglich war. Im Laufe des Monats Mai waren die Verbindungen soweit wiederhergestellt, daß man überall im Umkreis Vertrauensleute hatte, die sofort Ortsvereine gründen und den Vorsitz übernehmen konnten. Als die Parteien offiziell zugelassen wurden, bildete man im Kreis Oschatz erst einmal einen Kreisvorstand bzw. richtete ein Kreissekretariat ein. Von dort aus wurden nach und nach die Ortsvereine gegründet. Der Kreisverband Oschatz wiederum

²³³ Vgl. zum folgenden Interviewprotokoll *Seeliger, AsD*.

unterstand dem Unterbezirk Leipzig-Land, dessen Vorsitzender Stanislaw Trabalski²³⁴ war. Nachdem sich der Bezirk Leipzig konstituiert hatte, wurden auf dem ersten Bezirkstag am 26. August 1945 die Kreisvorstände legitimiert bzw. bestätigt.

Die Tendenz zu einer Vereinigung hat es nach den vorliegenden Erinnerungen in Oschatz von Anfang an gegeben²³⁵, dennoch wird das Verhältnis zur KPD als eine Art »Wettrennen« bezeichnet. Besonders befürwortet wurde eine enge Zusammenarbeit von denjenigen Sozialdemokraten, die früher zur USP tendiert hatten. Die Sozialdemokraten in Oschatz waren eifrige Befürworter einer einheitlichen Arbeiterpartei, da sie einerseits der KPD zahlenmäßig weit überlegen waren und zum anderen die offizielle Politik des ZA in diese Richtung wies. Man wollte lediglich vorher eine festgefügte Parteiorganisation besitzen und die »eigenen Bataillone sammeln«. Mit diesem für die Sozialdemokraten eindeutigen Übergewicht wollte man schließlich die einheitliche Arbeiterpartei führen und ihre politische Ausrichtung bestimmen.

Den lokalen Bereich für Sachsen abschließend, sollen noch einige Probleme einer typischen alten sächsischen Industriestadt aufgezeigt werden. Chemnitz – heute Karl-Marx-Stadt – war das Zentrum der sächsischen Textilindustrie und des Maschinenbaus und schon früh zu einer Hochburg der Arbeiterbewegung geworden. Sowohl die Sozialdemokratie als auch die Gewerkschaften verfügten über starke Organisationen, für die allerdings auch bedeutende KPD mag hier nur Fritz Heckert genannt werden²³⁶.

Die Besetzung von Chemnitz durch die sowjetischen Truppen erfolgte etwa zwischen dem 6. und 8. Mai 1945. Vorher hatte es noch eine Zeit von etwa drei Wochen gegeben, in der amerikanische Truppen die Stadt belagerten, sie jedoch nicht besetzten, sondern an der westlichen Stadtgrenze stehenblieben. Unter erschwerten Bedingungen – kriegsbedingte Zerstörungen großen Ausmaßes, Flüchtlinge und zeitweise Abtrennung von dem landwirtschaftlichen Hinterland – begann nach der Besetzung der politische Wiederaufbau²³⁷.

Noch am Tage des Einmarsches hatten die Kommunisten Kontakt zu den Russen hergestellt²³⁸. Bereits Mitte März waren einige umgeschulte Kriegsgefangene mit Fallschirmen in dem Gebiet abgesetzt worden, die in der Zwischenzeit die Kontakte unter den Kommunisten hergestellt hatten²³⁹. Am Tag der Besetzung gründeten sie die »Antifaschistische Front« und bildeten für Chemnitz ein Ortskomitee²⁴⁰. Am folgenden Tag, am 9. Mai 1945, wandte sich das Komitee mit einem Flugblatt an die Bevölkerung²⁴¹. Interessant an diesem Flugblatt ist, daß gegenüber ähnlichen Aufrufen die sowjetischen Truppen noch nicht als Befreier begrüßt werden, sondern es heißt: »Die Rote Armee hält unsere Stadt besetzt«.

234 Zu Trabalski vgl. ausführlich Moraw, S. 108, 236 f.; vgl. auch Interviewprotokoll Trabalski, AsD.

235 Auf diese Tendenz und den Willen zur Zusammenarbeit wird in der DDR-Literatur mit besonderem Nachdruck hingewiesen. Vgl. für Oschatz Lipski, S. 57.

236 Im Überblick dazu vgl. Schafft *die Einheit*. Die Gründung der SED in Chemnitz, hrsg. von der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt der SED, Abt. Propaganda und Agitation (1959); bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt z. B. die SPD im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau 22,4 % der gültigen Stimmen, die KPD 19,6 %. Vgl. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1932, S. 542.

237 Ausführlich dazu vgl. Schafft *die Einheit*; Rudolf Strauss, Die Gründung der SED in Chemnitz. Eine Dokumentation, Karl-Marx-Stadt 1966. Immer wieder erwähnt werden diese Bedingungen in den Erinnerungen von Sozialdemokraten aus Chemnitz.

238 Vgl. Schafft *die Einheit*, S. 15.

239 *Ebda.*, S. 9; zur Absetzung von ehemaligen Kriegsgefangenen im Auftrag des NKFD hinter den Frontlinien vgl. auch Interviewprotokoll Hermsdorf, AsD.

240 Schafft *die Einheit*, S. 15; Strauss, S. 10.

241 Abdruck des Flugblattes als Faksimile bei Strauss, S. 9.

Der Aufruf enthält vor allem die Aufforderung zur Bewahrung von Ruhe und Ordnung und zum Zusammenschluß aller Antifaschisten, gleich welcher Partei sie früher angehört hatten. Weiterhin heißt es dort, alle Unternehmer und Gewerbetreibenden hätten nichts zu befürchten, das Privateigentum werde nicht angetastet²⁴².

Kurz nach der Konstituierung des Komitees stieß eine Reihe von Sozialdemokraten und Kommunisten dazu, so daß es sich auf breiterer Basis am 27. Mai als Antifaschistisches Komitee der Stadt Chemnitz konstituierte²⁴³. Dem Präsidium gehörten 28 Personen an, und zwar 12 Kommunisten, 9 Sozialdemokraten und 7 aus dem bürgerlichen Lager. 1. Vorsitzender war Otto Heckert, der Bruder des berühmten Fritz Heckert, 2. Vorsitzender war der Sozialdemokrat Gerhard Börner (weitere sozialdemokratische Mitglieder waren: Fischer, Erich Rottluff, Fritz Buchwald, Willy Lesser, Fritz Weise, Albert Jentzsch, Otto Schulze, Josef Siegnot)²⁴⁴. Am 27. Mai erschien die erste Nummer der »Mitteilungen der Antifaschistischen Front«, die gleichzeitig das erste publizistische Organ der Stadt waren²⁴⁵. Dort wurden zunächst die Ziele und Aufgaben abgesteckt: in der Hauptsache die Überwindung der »faschistischen Ideologie« und »Liquidierung seiner ökonomischen Basis«, die politische Umerziehung des gesamten deutschen Volkes zum Antifaschismus und Wiederaufbau. Die Arbeit des Antifa-Komitees ging schließlich in die des »Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien« über.

Wenige Tage nach der offiziellen Parteienzulassung wurden am 13. Juni die KPD und am 18. Juni die SPD gegründet²⁴⁶. Vorsitzender der SPD wurde der ehemalige Bezirksvorsitzende August Friedel. Eine wichtige Rolle spielten – vor allem als spätere Befürworter einer Vereinigung – Erich Mückenberger und Horst Nendel. Nach ihrer offiziellen Konstituierung begann die Sozialdemokratie eine rege organisatorische Tätigkeit. Zunächst wurden provisorische Statuten ausgearbeitet, die der Besatzungsmacht vorgelegt werden mußten und von ihr bestätigt wurden²⁴⁷. In diesen Statuten wurde programmatisch die Vergesellschaftung der Produktivkräfte und Produktionsmittel gefordert. Allerdings wurde keineswegs eine wie auch immer geartete Diktatur des Proletariats gefordert, auch nicht eine zentralistische Leitung der Partei. Ebenfalls nicht erwähnt wurde die Einheit der Arbeiterklasse, wenn auch eine Zusammenarbeit mit anderen antifaschistischen Organisationen, insbesondere natürlich mit dem Antifaschistischen Komitee, gefordert wurde. Auch im Organisationsaufbau, d. h. in der Bildung von Wohnbezirksgruppen, entsprachen die Statuten den alten sozialdemokratischen Vorstellungen und Strukturen. Der Aufbau von Betriebsgruppen wurde erst später begonnen. Nach den Erinnerungen von E. Mückenberger begann die sozialdemokratische Betriebsgruppenarbeit sogar erst im September 1945 aufgrund von Initiativen des Organisationssekretärs Horst Nendel und gegen den Widerstand des Bezirksvorstandes²⁴⁸.

242 Besonders diese Passage erinnert an den KPD-Aufruf vom 11. Juni, in dem es auch ausdrücklich hieß: »Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums«. Vgl. *Dokumente und Materialien*, S. 18.

243 Vgl. *Strauss*, S. 10.

244 *Ebda.*, S. 13; vgl. *Schafft die Einheit*, S. 18; zur Beteiligung von Sozialdemokraten vgl. auch Interviewprotokolle *Börner* und *Rottluff*, AsD.

245 Faksimile-Abdruck bei *Strauss*, S. 11; vgl. auch *Schafft die Einheit*, S. 17.

246 Vgl. *Schafft die Einheit*, S. 28; *Strauss*, S. 19; nach *Lipski*, S. 75 f. hatte sich am 16. Mai 1945 ein Ausschuß konstituiert, der den Neuaufbau der SPD vorbereitete.

247 Zu den Statuten vgl. *Schafft die Einheit*, S. 32.

248 Vgl. *Erich Mückenberger*, Alle kannten nur ein Ziel: die Einheit der Arbeiterklasse, in: *Vereint sind wir alles*, S. 317; die Auseinandersetzung um Wohnbezirke und Betriebsgruppen

Mit der Neugründung der Parteien in Chemnitz entwickelte sich das offizielle Verhältnis der beiden Parteien auf der organisatorischen Ebene nach den jeweiligen Vereinbarungen und Entschlüssen der Parteiführungen in Berlin. Entsprechend dem Berliner Aktionsabkommen wurde auch in Chemnitz am 26. Juni eine ähnliche Arbeitsgemeinschaft zwischen SPD und KPD gebildet²⁴⁹. Im Rahmen der weiteren organisatorischen Schritte in Richtung auf die Vereinigung fand in Chemnitz am 5. November aus Anlaß der Oktoberrevolution eine große Veranstaltung statt, auf der Hermann Matern und Otto Buchwitz sprachen und letzterer ein ähnliches Bekenntnis zur Einheit ablegte wie auf dem Landesparteitag in Freital²⁵⁰.

Auf diesem Landesparteitag in Freital bei Dresden vom 7. bis 9. Oktober 1945²⁵¹ fand die Reorganisation der SPD im gesamten Land Sachsen einen ersten Abschluß. Neben zahlreichen Gästen nahmen 220 Delegierte aus Sachsen und den angegliederten Gebieten Schlesiens teil. Als Bilanz des Parteiaufbaus gab Buchwitz bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt insgesamt 66 790 Mitglieder in 766 Ortsvereinen organisiert waren. Die den Parteitag abschließenden Wahlen ergaben folgenden Vorstand: Otto Buchwitz, Arno Haufe, Arno Hennig, Gerhard Förster, Paul Gärtner, Walter Leipert, Clemens Dölitzsch, Felix Kaden und Albert Meier.

Im politischen Hauptreferat des Parteitages setzte sich Otto Buchwitz in erster Linie mit der Vergangenheit auseinander, wobei er besonders auf die Fehler von 1918 hinwies. Demokratie müsse eine Fiktion bleiben, wenn z. B. der Verwaltungsapparat unverändert bestehen bleibe. Neben dieser Hauptschwäche der Weimarer Republik kritisierte er die unzureichende frühere Außenpolitik, deren Charakteristikum die fehlende Ostorientierung gewesen sei. In der Auseinandersetzung mit dem Faschismus konzedierte er die Mitschuld des deutschen Volkes, betonte aber gleichzeitig die Existenz eines »anderen Deutschland«. Dieses »andere Deutschland« sei 1945 ein wesentlicher Faktor bei der Neugestaltung des politischen Lebens im Rahmen der Potsdamer Beschlüsse, und diese Politik sei so zu gestalten, »daß sie führend für das ganze Deutschland wird«. Die Bedeutung dieser Aufgaben zwingt die »Arbeiterklasse beider Richtungen« zur Einheit. Notwendig sei die baldige organisatorische Vereinigung. Die SPD stehe dafür bereit, »die alte SPD ist tot, sie hat ihre geschichtliche Aufgabe erfüllt«.

In einer vielbeachteten Gastrede betonte auch Hermann Brill als Vertreter Thüringens die Notwendigkeit der Einigung der sozialistischen Arbeiterbewegung. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der praktischen Arbeit sei jedoch wichtiger als die vorschnelle Verschmelzung von zwei Apparaten. Für ihn kam es darauf an, einen neuen Geist in die Arbeiterbewegung hineinzubringen, und das hieß für ihn »Verlebendigung unseres alten sozialdemokratischen Gedankengutes«. Unter Hinweis auf seine Erfahrungen in Thüringen

spielte besonders bei der Diskussion um die SED-Statuten eine große Rolle. Aus den Erinnerungen von Mückenberger geht nicht hervor, ob diese Frage auch auf der Bezirkskonferenz der SPD Chemnitz vom 9. September diskutiert worden ist. Nach vorliegenden Presseberichten scheint diese Konferenz jedoch mehr den Charakter einer Kundgebung gehabt zu haben, in deren Mittelpunkt eine Rede von Otto Buchwitz stand.

249 Vgl. Strauss, S. 19.

250 *Ebda.*, S. 24 f.

251 Vgl. Bericht über den Parteitag in: Das Volk vom 14. Oktober 1945; zu den Reden und den Diskussionen wie zum folgenden vgl. *Sozialdemokratische Partei des Landes Sachsen. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Landes-Parteitages, abgehalten am 7., 8. und 9. Oktober 1945 in Dresden (Freital)*, Dresden o. J.

führte Brill aus, die Sozialdemokraten müßten ebenso wie die Kommunisten umlernen, aber »wir brauchen dabei nichts von unserer Vergangenheit und nichts von unseren Ideen aufzugeben. Wir brauchen sie nur zu reinigen, in der alten Reinheit wiederherzustellen«.

SACHSEN-ANHALT

Die erst nach Kriegsende gebildete Provinz Sachsen (später Sachsen-Anhalt) war 1945 zunächst sowohl von britischen und amerikanischen als auch sowjetischen Truppen besetzt worden. Sie wurde aus den ehemaligen Provinzen Halle-Merseburg, Magdeburg und dem Land Anhalt gebildet und umfaßte neben landwirtschaftlichen Gebieten bedeutende Industriezentren²⁵². Im Gegensatz etwa zum Land Sachsen und zu Thüringen konnte die neu geschaffene Provinz Sachsen-Anhalt nicht an ehemalige Landesregierungen anknüpfen, sondern mußte unter ständigem Zeitdruck ihre Verwaltung völlig neu aufbauen. Die Einsetzung der Provinzialverwaltung erfolgte nach dem Abzug der anglo-amerikanischen Truppen in den ersten Julitagen und nach der Übernahme des gesamten Gebietes durch die sowjetischen Truppen. Nach der Installierung einer SMA für die Provinz Sachsen-Anhalt unter Leitung von Generaloberst Kusnezow und Generalmajor Kotikow am 9. Juli 1945 wurde unverzüglich mit der Bildung einer Provinzialverwaltung begonnen. Zum Präsidenten wurde schließlich Erhard Hübner (LDP) ernannt, die vier ihm beigegebenen Vizepräsidenten waren Robert Siewert (KPD), Walter Hülse (parteilos), Ernst Thape (SPD) und Willi Lohmann (LDP). Nachdem Lohmann im November 1945 bei einem Autounfall ums Leben gekommen war, wurde er durch Werner Bruschke (SPD) aus Magdeburg ersetzt. Als Sitz der Provinzialverwaltung wurde Halle bestimmt²⁵³.

Exemplarisch für den Wiederbeginn des politischen Lebens in der neuen Provinz wird im folgenden aus jedem der drei Bezirke ein Beispiel angeführt.

In Dessau²⁵⁴ hatten die Amerikaner kurz nach der Besetzung der Stadt nach Anhörung eines Ausschusses von politisch unbelasteten Persönlichkeiten den Leiter des früheren Versorgungsamtes, Dr. Walther, der politisch vor 1933 den Rechtsparteien nahestanden hatte, zum Oberbürgermeister ernannt. Obwohl während der amerikanischen Besatzung eine parteipolitische Betätigung nicht gestattet war, begannen zu dieser Zeit die Vorberei-

252 Neben Magdeburg als vielfältigem Wirtschaftszentrum ersten Ranges seien hier nur das mitteldeutsche Kohlenrevier als Grundlage einer bedeutenden chemischen (Leuna) und elektrotechnischen Industrie erwähnt, dann der Mansfelder Kupferschieferbergbau und für Dessau die Junkers-Werke und die Dessauer Waggonfabrik. Zur Struktur des Landes vgl. auch *Stöckigt*, S. 14 f.

253 Vgl. *Das Volk* vom 11. und 17. Juli 1945; vgl. auch *Thape*, S. 220 ff. Thape, zunächst alleiniger Vertreter der Sozialdemokraten in der Provinzverwaltung, schildert anschaulich und anhand eines Gedächtnisprotokolls die Bildung dieser Verwaltungsspitze, vor allem die Diskussion um die personelle Zusammensetzung, die Bestätigung durch die SMAD in Karlshorst und die Frage, ob nun Halle oder Magdeburg Sitz der Provinzialverwaltung werden sollte. Über die Entscheidung, den Sitz nach Halle zu verlegen, mit der Begründung, Magdeburg sei zu zerstört, waren vor allem die Magdeburger Sozialdemokraten sehr enttäuscht, wobei allerdings eine traditionelle parteipolitische Konkurrenz mitspielte, denn Halle-Merseburg galt immer als linker Bezirk, in dem zuerst die USPD, dann die KPD eine bedeutende Rolle spielte. Noch bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 erhielt die KPD 24,3 % der Stimmen (SPD 19,8 %) im Wahlkreis Merseburg, in Magdeburg hingegen erhielt sie nur 11,1 %, die SPD jedoch 32,3 %. Vgl. *Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich*, 1932, S. 542.

254 Vgl. zum folgenden hauptsächlich *Hesse*, S. 93 ff., vgl. auch *Maria Rentmeister*, Eine langgehegte Hoffnung ging in Erfüllung, in: *Vereint sind wir alles*, S. 223 f.

tungen für den organisatorischen Neuaufbau der Parteien. Für die Sozialdemokratie unternahmen dies in Dessau hauptsächlich der ehemalige Bernburger Parteisekretär Fritz Jungmann und der frühere Leiter des anhaltischen Siedlerverbandes, Rudolf Eberhard, der später Oberbürgermeister in Magdeburg wurde. Die Kommunisten, die vor 1933 keine nennenswerten Erfolge in Dessau hatten erzielen können, wurden während der amerikanischen Besatzung besonders aktiv und waren den Sozialdemokraten bei den Vorbereitungen für den Neuaufbau ihrer Partei weit voraus²⁵⁵. Vor allem setzten sich dafür zwei »ausländische Intellektuelle« ein, der französische Emigrant Dr. Gerhard Back und der jugoslawische Arzt Dr. Georg Petrowitz. Back war bei der amerikanischen Militärregierung als Dolmetscher angestellt und verfügte über einigen Einfluß, da er ihr Vertrauen besaß²⁵⁶. Von den Kommunisten ging schließlich auch der Vorschlag zur Bildung einer »Antifaschistischen Front« aus. Die entsprechenden Vorgespräche fanden bei dem Sozialdemokraten Jungmann statt, wo man beschloß, beim amerikanischen Stadtkommandanten um Genehmigung des Ausschusses nachzusuchen²⁵⁷. In seiner Eigenschaft als ehemaliger Oberbürgermeister unterzeichnete Fritz Hesse, vor 1933 Mitglied der Demokratischen Partei, die Eingabe. Für die Sozialdemokraten zeichneten Jungmann und Eberhard, für die Kommunisten Maria Bettinger und Langwagen, für die Demokraten Lohmann. Nach der Eingabe sollte das Komitee »den Sammelpunkt aller demokratischen Kräfte bilden und in Zusammenarbeit mit der Militärregierung alle Maßnahmen für den Aufbau eines freiheitlichen Staatswesens unterstützen«²⁵⁸.

Da inzwischen Gerüchte aufgetaucht waren, daß die Russen das Gebiet übernehmen würden und der von den Amerikanern eingesetzte Oberbürgermeister Walther nicht unter den Russen arbeiten wollte, hatte man sich im Antifa-Komitee geeinigt, Fritz Hesse als neuen Oberbürgermeister vorzuschlagen²⁵⁹. Von den Amerikanern noch in der Nacht ihres Abzuges aus der Stadt als Oberbürgermeister eingesetzt, begrüßte er offiziell den neuen sowjetischen Kommandanten, der ihn sofort in seinem Amt bestätigte und dessen Freundlichkeit, Kooperationsbereitschaft und Abneigung gegen die NKWD schon bald ein fast freundschaftliches Verhältnis entstehen ließen.

Bereits am 7. Juli wurde in dem schon seit Ende Mai erscheinenden »Amtlichen Nachrichtenblatt« ein Aufruf der Antifa veröffentlicht, der vor allem zur Zusammenarbeit mit der sowjetischen Besatzungsarmee aufforderte. Wesen und Aufgabe der »Antifa« wurden wie folgt erläutert: »Die Antifa ist kein Verein, sondern ein Arbeitsausschuß, der seine Entstehung einer Anregung der politischen Parteien verdankt [...]. Die Antifa ist praktisch sonach die Vertretung von Politik, Wirtschaft und Kultur; [...]. Vorsitzender der Antifa ist Oberbürgermeister Hesse, der den Arbeitsausschuß einberuft und die Verhandlungen leitet. Der Verhandlungsstoff ergibt sich aus den vielseitigen Aufgaben der Stadtverwaltung, die eine Beratung erfordern, wie aus den Anträgen der Parteien sowie den Wünschen und Anregungen, die von den Vertretern der wirtschaftlichen und kulturellen Kreise kom-

255 Vgl. Hesse, S. 95.

256 *Ebda.*

257 Vgl. Rentmeister, in: Vereint sind wir alles, S. 226 f.

258 M. Rentmeister, identisch mit Maria Bettinger, bestätigt, daß es sich lediglich um die Sammlung der Kräfte gehandelt habe, die für den Aufbau einer bezirklichen Verwaltung nötig waren. Gleichzeitig war es während der Ausarbeitung von Richtlinien für ein Antifa-Komitee zu Besprechungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über eine gemeinsame Partei gekommen. Vgl. Rentmeister, a. a. O., S. 224 f.

259 Hesse, S. 98; Rentmeister, a. a. O., S. 233.

men. Abstimmungen sind als Ausdruck der Willensmeinung und als Mittel politischer Kraftentfaltung nicht erforderlich; [...]. So vielgestaltig die Antifa in ihrer Zusammensetzung sein mag, so klar und eindeutig ist ihr politisches Ziel. Zum sichtbaren Ausdruck kommt es in dem gewählten Namen«²⁶⁰.

In der gleichen Nummer des Nachrichtenblattes wurde auch der SMAD-Befehl Nr. 2 abgedruckt, der die Bildung von politischen Parteien erlaubte. Sofort nach Veröffentlichung des Befehls wurden in Dessau die KPD, SPD und LDP registriert. Nach ihrer Konstituierung hielten die politischen Parteien öffentliche Versammlungen ab, bei denen die Sozialdemokraten die meisten Besucher zu verzeichnen hatten, wohingegen z. B. der Appell des LDP-Redners und späteren Vizepräsidenten Lohmann an das Bürgertum, seine Lethargie zu überwinden, nur ein geringes Echo fand²⁶¹. In der Erinnerung des Demokraten Hesse war später bei den von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen der Beifall für die sozialdemokratischen Redner stets erheblich stärker als der für die Kommunisten. »Grotewohl und andere prominente Führer der Sozialdemokratie, die in Dessau sprachen, ließen ihre Zuhörerschaft nicht im Zweifel, daß sie die Selbständigkeit ihrer Partei aufrechterhalten wollten und einen Zusammenschluß mit den Kommunisten ablehnten«²⁶². Im Gegensatz dazu hätten die Kommunisten kaum großen Anklang gefunden. Man räumte ihnen deshalb auch für die Zukunft keine Erfolgsaussichten ein.

In Weißenfels²⁶³, Bezirk Halle-Merseburg, berieten bei Kriegsende einige Sozialdemokraten die nächsten Schritte. Zu diesem Kreis, der z. T. auch vorher in Verbindung geblieben war, gehörten u. a. Fritz Drescher, Kurt Müller, Willi Thorwardt, Karl Schulze und der letzte Parteisekretär des Kreises Weißenfels, Paul Saupe. Zunächst war noch keine Rede von einer Wiedererstehung politischer Parteien bzw. von einer politischen Neuorientierung, denn man rechnete mit einer amerikanischen Besatzung, die für eine politische Betätigung keinen allzu großen Spielraum bieten würde. Nach dem Einmarsch der Amerikaner nahm man sofort Kontakt zu den verbliebenen Kommunisten auf und gründete Ende Mai einen Antifa-Ausschuß, dessen Vorsitzender Fritz Drescher wurde²⁶⁴. Wenn der Ausschuß auch eine breite Basis schaffen sollte, um den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen, so waren doch Sozialdemokraten und Kommunisten die Hauptbeteiligten, die weitgehend darin übereinstimmten, sich nach den Erfahrungen der Hitlerzeit und der letzten Jahre der Weimarer Republik »den Luxus eines mörderischen Bruderkampfes«, der im Bezirk Halle-Merseburg besonders heftig gewesen war, nicht mehr leisten zu können. Man war sogar nicht selten zu der Auffassung gelangt, daß eine geeinigte sozialistische Arbeiterbewegung vor 1933 wahrscheinlich noch in der Lage gewesen wäre, das Hitlerregime zu verhindern.

Der Antifa-Ausschuß, dessen Mitglieder sich aufgrund von illegaler Tätigkeit und als Antifaschisten für ausreichend legitimiert hielten, nahm Kontakt zur amerikanischen Besatzungsmacht auf, um die eigene Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu erklären. Das Ergebnis dieser Besprechungen war wohl so ergebnislos und deprimierend, daß man weitere Ver-

260 Zitiert nach Hesse, S. 103 f.

261 Vgl. *ebda.*, S. 106.

262 *Ebda.*, S. 133.

263 Vgl. zum folgenden Interviewprotokoll Drescher, AsD.

264 Nach den vorliegenden Erinnerungen wurde der Antifa-Ausschuß in keiner Weise von außen her initiiert, sondern galt als rein örtliche Lösung, wobei im nachhinein nicht mehr festzustellen ist, wer auf dieser Ebene der eigentliche Initiator war.

suche unterließ. Auch die Bitte um ein Gespräch mit dem von den Amerikanern eingesetzten Oberbürgermeister war vergeblich. Öttler, ein Rittergutsbesitzer mit entsprechender politischer Einstellung, lehnte es ab, den Vorsitzenden des Antifa-Ausschusses zu empfangen, weil dieser für ihn keine legitimierte Persönlichkeit war. Insgesamt wurden während der amerikanischen Besatzung in der kommunalen Verwaltung bis auf den Oberbürgermeister keinerlei personelle Umbesetzungen vorgenommen, der übrige Verwaltungsapparat blieb. Somit war das kommunale Verwaltungsleben in keiner Weise unterbrochen, sondern nahtlos in die Nachkriegszeit übergegangen²⁶⁵.

Nach dieser politischen und psychologischen Abfuhr bei den Amerikanern wurden die Russen vom Antifa-Ausschuß zunächst mit einigen Hoffnungen erwartet, weil man glaubte, mit ihnen eher reden zu können. Nach dem Besatzungswechsel empfing der sowjetische Kommandant sofort je zwei Vertreter der Kommunisten (Eichfeld und Schwager) und Sozialdemokraten (Drescher und Schulz). Der Tenor der ersten Aussprache war, daß zunächst die Verwaltung umgestaltet werden müsse, das hieß, es sollten überall vertrauenswürdige Kommunisten eingesetzt werden; daß von Sozialdemokraten dabei nicht die Rede war, war für diese die erste negative Erfahrung und bedeutete den ersten Schock. Bei der danach erfolgenden Umbesetzung wurden jedoch nicht nur Kommunisten berücksichtigt, sondern auch andere, die der Antifa-Ausschuß benannt hatte. In seiner politischen Funktion wurde der Antifa-Ausschuß als die einzige Möglichkeit einer vorläufigen organisatorischen Zusammenfassung der Kräfte akzeptiert, die glaubten, für den demokratischen Neuaufbau in Frage zu kommen. Gleichzeitig strebte man eine über den Rahmen des Antifa-Ausschusses hinausgehende straffere organisatorische Zusammenfassung dieser Kräfte an. Nach Kontaktgesprächen mit alten Gewerkschaftsfreunden, Sozialdemokraten und Kommunisten in Halle beschloß man in Weißenfels, dies im Rahmen von Gewerkschaften zu beginnen, zumal man nicht wußte, wie die überregionale politische Entwicklung weitergehen würde. Inzwischen hatten einzelne Mitglieder des Antifa-Ausschusses Verbindung über Weißenfels hinaus zu einigen Kommunisten aufgenommen, mit denen man glaubte, zusammenarbeiten zu können. Die wichtigste Persönlichkeit in dieser Hinsicht war der spätere Innenminister Robert Siewert²⁶⁶, mit dem in vertraulichen Gesprächen die Frage einer politischen Neuorientierung in Hinblick auf eine einheitliche sozialistische Arbeiterbewegung diskutiert wurde²⁶⁷. Als dann nach der Parteizulassung der Aufbau von getrennten Organisationen erfolgte, war es klar, daß zwar jedes Antifa-Mitglied in seine frühere Partei eintreten würde, zunächst aber mit der Zielrichtung, eine einheitliche Arbeiterbewegung zu schaffen²⁶⁸.

Nach der Parteizulassung bestand auf der örtlichen Ebene kein Zweifel daran, daß es notwendig sei, die SPD sofort wieder zu gründen. Man strebte im Rahmen der Sozialdemokratie zwar irgendeine Form von demokratischem Sozialismus an. Aber da die weitere allgemeine politische Entwicklung unbekannt war, wurden weitergehende Erörterungen in dieser Hinsicht völlig ausgeklammert. Es ging vielmehr darum, »den Menschen wieder

265 Vgl. ähnliche Beispiele bei *Stöckigt*, S. 29 f.

266 R. Siewert gehörte in der Weimarer Republik zur Brandler-Thalheimer-Gruppe und spielte während des Dritten Reiches eine bedeutende Rolle im KZ Buchenwald.

267 Dabei spielten theoretische Erörterungen keine so große Rolle wie etwa die Frage, daß persönlich integre Vertreter an die Spitze zu stellen seien.

268 Diese Auffassungen vertraten die Sozialdemokraten keineswegs einheitlich; viele waren entschieden gegen jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten, und auch sie beriefen sich dabei auf ihre Erfahrungen aus der Zeit vor 1933.

eine politische Heimat zu geben, und die war für die früheren Sozialdemokraten auch zu diesem Zeitpunkt in der SPD«. Als nächster Schritt wurde in Weißenfels ein Sekretariat eingerichtet, in dem Kurt Müller Ortssekretär und Willi Thorwardt Kreissekretär wurden. In bezug auf die Mitgliederbewegung konnte die SPD sehr schnell Erfolge erzielen, und hinsichtlich einer Aufnahme von ehemaligen – formellen – NSDAP-Mitgliedern verfuhr man hauptsächlich bei den Jugendlichen relativ großzügig, weil man ihnen die Möglichkeit zu einer politischen Neuorientierung bieten wollte. Auch die Kommunisten hatten anfänglich einigen Zulauf, der jedoch zunehmend in dem Maße gebremst wurde, in dem sie mit der Besatzungsmacht – vor allem natürlich mit deren negativen Erscheinungsformen – identifiziert wurden.

Bei der Wiedergründung der SPD in Weißenfels hatte man noch nichts von dem sozialdemokratischen Aufruf des ZA in Berlin gehört, und nach den vorliegenden Aussagen hätte man sich eine nennenswerte politische Wirkung auch gar nicht vorstellen können. Für den örtlichen Bereich war lediglich maßgebend, daß die Partei mit den verfügbaren Kräften wiedergegründet werden sollte. Von den führenden Funktionären der Sozialdemokratischen Partei vor 1933 aus dem dortigen Bereich war nach 1945 kaum einer mehr zur Stelle, und diejenigen, die 1945 die Führung im Bezirk übernahmen, hatten vor 1933 noch keine maßgebliche Rolle gespielt. Die Ausnahme war Bruno Böttge, der schon vor 1933 im Bezirk Halle-Merseburg bekannt war und 1945 als Mitglied des Bezirksvorstandes neben Reinhold Drescher der einzige Ältere auf dieser Ebene war.

Der amtierende SPD-Vorstand des Bezirkes Halle-Merseburg wurde offiziell auf dem Bezirksparteitag im traditionellen »Volkspark« von Halle gewählt bzw. im Amt bestätigt²⁶⁹. Die den Parteitag abschließenden Wahlen ergaben folgende Zusammensetzung des engeren Bezirksvorstandes: Ölschläger, Böttge, Peters, Paul Schmidt, Otto Kunze (alle aus Halle). Der Bericht zur Parteiarbeit gab bekannt, daß zu diesem Zeitpunkt im Bezirksverband insgesamt 22 000 Mitglieder in 282 Ortsvereinen organisiert waren.

Neben zahlreichen Referaten, Gastreden, einer Gedenkrede für die prominenten sozialdemokratischen Opfer des Faschismus, »Einzeltagungen« zu Fragen der Parteiarbeit, Kultur, Agrarreform, Kommunalpolitik und Wirtschaft fand während des Parteitages eine Großkundgebung statt, auf der Otto Meier als Vertreter des ZA ein Referat hielt, in dem er einmal die enorme historische und aktuelle Aufbauleistung der SPD würdigte und zum anderen die notwendige Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien betonte. Der Vorsitzende des Provinzialverbandes²⁷⁰ und Mitglied des Bezirksvorstandes, Bruno Böttge, verzichtete auf seine Parteitagsrede über den Neuaufbau der Partei und brachte stattdessen eine vom Parteitag einstimmig angenommene EntschlieÙung ein, die folgende Hauptpunkte betraf: Forderung nach einer sozialistischen Kulturpolitik, Säuberung der Verwaltung, Wiederherstellung der kommunalen Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage, stärkere Beteiligung an den Bodenreformkommissionen in den einzelnen Orten, Neuaufbau der Wirtschaft unter weitgehender Mitbestimmung der Betriebsräte und Gewerk-

269 Zum Verlauf des Parteitages vgl. den Bericht in: *Das Volk* vom 14. Okt. 1945; zu den einzelnen Reden vgl. die Berichterstattung in: *Volksblatt* vom 8. Okt. 1945.

270 Der Provinzialvorstand der SPD bestand zunächst aus Bruno Böttge, Werner Bruschke, Fritz Jungmann, Walter Ölschläger, Ernst Thape. Am 10. Aug. 1945 wurde Bruschke als Provinzsekretär eingesetzt, den Vorsitz führte Thape. Ab 6. September erschien das »Volksblatt« als Organ des sozialdemokratischen Provinzverbandes. Vgl. *Stöckigt*, S. 26; nach *Thape*, S. 255 blieb Bruschke nur so lange auf diesem Posten, bis er im Spätherbst in die Provinzialverwaltung berufen wurde.

schaften, Entmachtung der Konzerne und Monopole und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien.

Auch in Magdeburg²⁷¹, der traditionellen sozialdemokratischen Hochburg, begannen eigentliche parteipolitische Aktivitäten erst nach der sowjetischen Besetzung. Wie in anderen Orten war auch in Magdeburg der Antifa-Ausschuß Ausdruck der ersten politischen Regungen bzw. das beherrschende politische Moment der Anfangszeit. Führend in der Antifa waren die Kommunisten, während sich die Sozialdemokraten aktiv nicht daran beteiligten, auch wenn sie gelegentlich an Sitzungen teilnahmen. Zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten kam es seinerzeit in Magdeburg vor allem im Rahmen der Gewerkschaft, die noch vor der Parteienzulassung gegründet worden war, und im Rahmen des notwendigerweise gemeinsamen Aufbaues der Stadt- und Bezirksverwaltung. In Magdeburg selbst wurde der Sozialdemokrat Otto Baer Oberbürgermeister und später auch Bezirkspräsident. Bis auf Schule, Bildung und Inneres – diese Amtsbereiche wurden von den Kommunisten beansprucht – waren auch die anderen Referate mit bewährten Sozialdemokraten besetzt.

Die Initiative zum Gewerkschaftsaufbau – noch zur Zeit der britischen Besetzung – war vom früheren Gewerkschaftsvorsitzenden Alfred Schrader (SPD) ausgegangen. Von dieser Ebene aus nahmen vor allem die Sozialdemokraten die Kontakte untereinander wieder auf, so daß neben dem Gewerkschaftsaufbau im Stillen auch die Vorbereitungen für den Parteaufbau begonnen wurden. Als führend am Parteaufbau in Magdeburg beteiligt bzw. als führende Sozialdemokraten können bezeichnet werden: Albert Deutel, Gustav Schmidt-Küster, Hermann Prübenau, Werner Bruschke, Ernst Thape. Der starke Zusammenhalt der Sozialdemokraten bewirkte, daß man »sofort nach 1945 auf die alten Leute zurückgreifen konnte, die fanden sich auch zusammen und bildeten sozusagen das Gerüst für den Wiederaufbau der Partei. In den Betrieben war es dasselbe, da bildeten sich aus den alten Gewerkschaftern und früheren Betriebsräten von vor 1933 wieder die neuen Betriebsräte«²⁷². Der Aufbau des Parteiapparates vollzog sich in Magdeburg fast gleichzeitig und parallel auf lokaler und Bezirksebene²⁷³, wobei die Besetzung der Parteifunktionen auf der lokalen Ebene vielfach zunächst reiner Zufall war; wer sich gerade beim Bezirksverband meldete und anfragte, was zu tun sei, wurde beauftragt, entsprechende Schritte zu unternehmen, oder es fuhrten auch häufig Mitglieder des Bezirksverbandes in die Orte, hielten Versammlungen ab und gründeten gleichzeitig Ortsvereine. Auf diese Weise gelang es dort sehr schnell, trotz der überall bestehenden Kommunikationsschwierigkeiten eine funktionierende Parteiorganisation im Bezirksrahmen aufzubauen²⁷⁴, eine Parteiorganisation, bei der auch schon sehr früh die Verbindung von der Ortsvereins- über die Kreis- und Unterbezirksebene zum Bezirk hergestellt war, wobei sich allerdings vor allem die Ortsvereine sehr nach ihren jeweiligen lokalen Bedingungen, d. h. nach Wünschen und Befehlen der

271 Vgl. Thape, S. 210 f.; zum folgenden insbesondere Interviewprotokolle Dux und Schmidt-Küster, AsD.

272 Interviewprotokoll Dux, AsD.

273 In der provisorisch gebildeten Bezirksleitung waren zunächst Gustav Schmidt-Küster, Albert Deutel und Hermann Prübenau führend, in Magdeburg selbst war Walter Weigel Vorsitzender, Sekretär war Ernst Paul.

274 Als Beispiel für das Funktionieren der Organisation sei nur die frühzeitige Durchführung von Schulungskursen für Funktionäre des Bezirks Magdeburg angeführt. Der erste Kurs wurde vom 16. bis 23. September 1945 in Friedrichsbrunn/Harz durchgeführt. Vgl. Kursusplan, Referentenliste und Bericht in den Materialien Dux, AsD.

örtlichen sowjetischen Kommandanten, richten mußten²⁷⁵. Über den genauen Stand der Organisation berichtete z. B. Rudolf Dux an Hermann Lüdemann, den Landessekretär von Mecklenburg: »Die Provinz Sachsen, die einem Provinzialvorstand untersteht, teilt sich in 3 Bezirke, die je 1 bis 2 Vertreter in den Provinzialvorstand entsenden. Der Bezirksvorstand besteht aus 5 Personen, die nur in ihrer Minderheit Parteiangestellte sein dürfen. Der Bezirk teilt sich in 15 Unterbezirke, deren Sekretäre Angestellte des Bezirks sind. Die Auswahl der Unterbezirkssekretäre unterliegt dem Bezirk, doch werden die Wünsche des Unterbezirksvorstandes weitgehendst berücksichtigt. Dem Unterbezirk unterstehen die Ortsvereine. In den einzelnen Vorständen, von der Ortsgruppe bis in die Provinzialverwaltung, sind wir von dem früheren Schema abgegangen und haben auf Anraten des Zentralausschusses Berlin²⁷⁶ eine Teilung der Funktionen nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen. Es gibt dort den Vorsitzenden, Kassierer, Organisationsleiter, Vertreter für die Kommunal-, Jugend- und Frauenfragen, Funktionärschulung, Propaganda, Presse, Sport usw. Es ist das Bestreben, für jedes der einzelnen Ämter eine besondere Persönlichkeit einzusetzen«²⁷⁷.

Bestätigt wurde der Bezirksvorstand auf dem Bezirksparteitag am 20. und 21. Oktober 1945 in Magdeburg. Auf diesem Parteitag, der nach den Erinnerungen vom G. Schmidt-Küster hauptsächlich ein »Treffen für das Herz, praktisch das erste Treffen nach der Zeit [des Nationalsozialismus]« war, sprachen u. a. der Oberbürgermeister von Magdeburg sowie Fritz Drescher, der, wie schon kurz vorher in Halle, eine Gedenkrede auf die Opfer des NS-Terrors hielt. Das Hauptreferat wurde von Otto Meier als Mitglied des Zentralausschusses gehalten. Auch er gedachte nochmals der Opfer des Faschismus, berichtete dann über den Aufbau des ZA und würdigte dessen Arbeit als Dienst an der Sozialdemokratie. »Wir betrachten uns als die Treuhänder der Partei und werden unser Mandat mit Rechenschaftslegung in die Hände der Genossen zurücklegen, sobald die Einberufung eines Parteitages für das gesamte Gebiet, also mit dem Einschluß des westlichen Sektors jenseits der Demarkationslinie möglich ist«²⁷⁸.

Dies Zitat ist Ausdruck einer Hoffnung vieler Sozialdemokraten bis kurz vor der Vereinigung, Hoffnung nämlich auf einen Reichsparteitag, auf dem die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien erörtert werden könnte.

Als sich herausstellte, daß ein Reichsparteitag zu diesem Zeitpunkt bereits unmöglich war, blieb manchen Sozialdemokraten als letzte Hoffnung die Auflösung der SPD in der damaligen SBZ, von der sie annahmen, sie könne eine Vereinigung verhindern.



275 Zu den Problemen des örtlichen Parteaufbaus vgl. z. B. Interviewprotokoll *Scharnowski*, AsD. Ernst Scharnowski baute im Auftrag des Bezirksverbandes ab August die SPD im Kreis Genthin auf, den er aus seiner Zeit als Landarbeitersekretär vor 1933 kannte. Bei der für diesen Kreis wichtigen Frage der Bodenreform geriet er sehr schnell in Konflikt mit der sowjetischen Kommandantur und der KPD. Vgl. dazu auch *Robert Siewert*, Ein neuer Weg wird beschritten, in: *Wir sind die Kraft*, S. 383 f.

276 Wann der Kontakt zum ZA hergestellt wurde, bleibt unklar. R. Dux ist der Meinung, zumindest A. Deutel habe von Anfang an Verbindung nach Berlin gehabt, während G. Schmidt-Küster der Ansicht ist, bis August sei man ohne jede Verbindung gewesen. Der Bezirksverband verbreitete zwar den Aufruf des ZA, das genaue Datum ist jedoch nicht mehr festzustellen. Sicher ist, daß Grotewohl und Meier bei ihrer Reise durch die Provinz auch Magdeburg besuchten. Vgl. *Das Volk* vom 6. Sept. 1945.

277 Schreiben R. Dux' an SPD Mecklenburg-Vorpommern vom 6. Nov. 1945, in: *Materialien Dux*, AsD.

278 Hektogr. MS des Referats Otto Meier, in: *Materialien Dux*, AsD.

Wenn man von den regionalen, zeitlichen und personellen Unterschieden des Wiederbeginns in der SBZ absieht, so läßt sich verallgemeinernd feststellen, daß für eine kurze Zeit die Antifa-Ausschüsse das beherrschende Moment waren. Sie waren zeitlich begrenzt und situationsbedingte Modelle, die schnell von traditionellen Organisationsformen abgelöst bzw. in die von der Besatzungsmacht und der KPD gewünschte Bündnispolitik kanalisiert wurden. Nach Niethammer waren die »Bedingungen für eine räteförmige Selbstorganisation die Desintegration der vormaligen Herrschaft in überschaubare lokale Einheiten und eine relativ solidarische Arbeitertradition«²⁷⁹. Auch für die Ausschüsse in der SBZ waren weitere Charakteristika ihre Doppelfunktion – Aufbau der Verwaltung und Verwaltungskontrolle – sowie ihre personelle Zusammensetzung, die man auf kein festes politisches Schema festlegen kann, deren beherrschendes Element jedoch die Funktionäre der Arbeiterbewegung waren²⁸⁰.

Für das hier speziell interessierende Verhalten der Sozialdemokraten kann festgehalten werden, daß sie fast überall an der Entstehung und anfänglichen Arbeit der Ausschüsse beteiligt waren, deren Legitimation sie vornehmlich in der administrativen Sicherung des Lebens sahen. Gleichzeitig waren sie für die in der Kommunalpolitik zumeist erfahrenen Sozialdemokraten ein Instrument zur Umgestaltung der lokalen Bürokratie, das ihnen gleichzeitig die Möglichkeit bot, den eigenen Einfluß geltend zu machen. Unter politischem Aspekt betrachtet, waren die Antifa-Ausschüsse eine erste Form der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten, die zum einen von der gemeinsamen Basis des Antifaschismus aus der Vergangenheitsbewältigung dienen sollten und zum anderen Ausdruck des emotionalen Bedürfnisses nicht weniger Sozialdemokraten nach einer einheitlichen Arbeiterbewegung waren.

Der diese Phase ablösende Integrationsprozeß begann für die SBZ bereits mit dem Befehl Nr. 2²⁸¹. Sofort nach der damit verbundenen Parteienzulassung begann auf den verschiedenen Organisationsebenen unabhängig voneinander der getrennte Parteaufbau. Wenn es auch aufgrund der sozialen und politischen Mobilität der ersten Nachkriegszeit kaum möglich ist, den personellen Organisationsaufbau der Sozialdemokratie im Detail nachzuzeichnen, so lassen sich doch typische Züge für ihre Entwicklung und die Verhaltensweise ihrer Funktionäre aufzeigen.

Die Führungskader der örtlichen Organisationen rekrutierten sich zumeist aus den verbliebenen Funktionären der Weimarer Zeit, die 1945 häufig in Doppelfunktion sowohl den Verwaltungs- als auch den Parteiapparat rekonstruierten. Auf dieser Ebene, deren Funktionäre kaum über politische Erfahrungen außerhalb des lokalen Bereiches verfügten, knüpfte man, mit Ausnahme der Versuche H. Brills in Thüringen, ohne Diskussion über einen parteiorganisatorischen oder -theoretischen Neubeginn nicht nur personell an Weimarer Traditionen an²⁸².

In Hinblick auf eine überregionale Basisverbreiterung und den gleichzeitigen Prozeß einer innerparteilichen Willensbildung fehlten besonders den Sozialdemokraten in der ersten Phase des Parteaufbaues die notwendigen Kommunikationsmittel. Auf der unteren und mittleren Ebene funktionierte die Kommunikation meist nur aufgrund persönlicher Bindungen. Weitergehende Kontakte kamen häufig nur zufällig zustande. Lediglich auf der

279 Niethammer, a. a. O., S. 305.

280 *Ebda.*, S. 307 f.

281 Zu den Phasen der Integration im Westen vgl. Niethammer, S. 323 f.

282 Vgl. auch Moraw, S. 117.

Landes- bzw. Provinzialvorstandsebene wurden sie zur KPD und SMA sehr schnell institutionalisiert, zumal diese Ebene auf Wunsch der SMA eingerichtet wurde, während die Verbindung zum ZA erst nach einigen Wochen hergestellt werden konnte.

Während die KPD ihren vorbereiteten Aufruf überall verbreiten und sehr schnell zur verbindlichen Richtschnur des Handelns für ihre Funktionäre machen konnte, fehlte den Sozialdemokraten zunächst jegliche überregional verbindliche bzw. anerkannte Diskussionsgrundlage, wie sie z. B. der ZA-Aufruf hätte sein können. Auch die eine Neugestaltung intendierende Konzeption H. Brills wurde in Thüringen selbst auf der lokalen Ebene nur mit unterschiedlicher Intensität rezipiert. Auch die für die Kommunikation unter den Sozialdemokraten so wichtigen und ihre Tradition bestätigenden Parteizeitungen fehlten in der frühen Rekonstruktionsphase als verbindendes Element. Regionale Parteizeitungen konnten meist erst ab September erscheinen. Zwar erschien »Das Volk« ab Anfang Juli als zentrales Parteiorgan in Berlin, aber bei den zu dieser Zeit noch fehlenden Verbindungen in die Provinz hinein bleibt fraglich, ob dieses Organ ein innerparteiliches Diskussionsforum darstellen oder Willensbildungsprozesse widerspiegeln konnte. Anhand der Berichterstattung in den ersten Wochen läßt sich eher vermuten, daß seine Reichweite auf den Raum Berlin und Brandenburg beschränkt blieb.

Aufgrund der anfänglichen Isolierung der Sozialdemokraten der mittleren und unteren Ebene von übergreifenden politischen Informationen und Kommunikationssträngen waren es häufig die Kommunisten, die mit Initiativen zu politischen Diskussionen an sie herantraten und diese gleich in die gewünschten Bahnen lenken konnten. Da solche Diskussionen zudem von der gemeinsamen Basis des Antifaschismus ausgingen, mußte es den Sozialdemokraten schwerfallen, eigenständige Strategien zu entwickeln²⁸³.

Das Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht war für die Sozialdemokraten meistens problematischer als für die Kommunisten, die ihre Tätigkeit »praktisch als Hilfsorgan der Besatzungsmacht« begannen²⁸⁴. Wenn einige Sozialdemokraten, von der westlichen Besatzungsmacht enttäuscht oder von ihr politisch nichts erwartend, den Russen mit einigen Hoffnungen entgegengesehen hatten, so waren sie doch bald desillusioniert²⁸⁵. Diese Enttäuschung kann nicht nur durch die häufig angeführten Übergriffe der einmarschierenden Truppen motiviert sein, sondern wohl auch dadurch, daß die Kommunisten sehr bald jegliche Bevorzugung genossen, während die Sozialdemokraten kaum die ihrer traditionellen Bedeutung und Stärke entsprechende und ihnen aufgrund ihrer antifaschistischen Legitimation vermeintlich zustehende Beachtung und Verwendung fanden. Trotz fachlicher Anerkennung und sachlicher Zusammenarbeit mit einzelnen Fachoffizieren gelang es ihnen nicht immer, den politischen Handlungsspielraum richtig einzuschätzen und die auch ihnen zugedachte »Integrations- und Erziehungsfunktion«²⁸⁶ in der gewünschten Weise zu erfüllen, so daß Konflikte mit der Besatzungsmacht nicht ausbleiben konnten²⁸⁷. Dazu kam, daß die Sympathie der zumeist unpolitischen Bevölkerung ohne Zweifel den Sozialdemokraten galt, während die Kommunisten sehr bald mit der Besatzungsmacht identifiziert wurden. So bewegten sich Bestrebungen von Sozialdemokraten zu eigenständigem politischen Handeln manchmal auf einem schmalen Grat zwischen Anbindung an die Besatzungsmacht z. B.

283 Vgl. Gniffkes Bericht zum Organisationsaufbau, zit. bei Moraw, S. 119.

284 Sywottek, Die »fünfte Zone«, a. a. O., S. 71.

285 Vgl. z. B. Interviewprotokolle Drescher, Ramm, AsD.

286 Sywottek, Die »fünfte Zone«, a. a. O., S. 71.

287 Vgl. die Beispiele von Leipzig und H. Brill bei Moraw, S. 108 ff.

durch materielle (Sonderrationen und andere persönliche Zuwendungen) und politische (größere Karrierechancen) Vorteile auf der einen und Konfliktsituation mit ihr auf der anderen Seite²⁸⁸.

Trotz des zentralen Vorgehens der KPD und der Anlaufschwierigkeiten der SPD hatte letztere in bezug auf Mitgliedszahlen beträchtlichen Erfolg, denn Ende Oktober/Anfang November 1945 wurden in der Sowjetzone mit Berlin schon ca. 300 000 Mitglieder registriert²⁸⁹. Gerade dieser Erfolg und das damit verbundene wachsende Selbstbewußtsein konnten einen anderen Aspekt verdrängen, daß es nämlich unter den gegebenen Bedingungen nicht unbedingt auf Mitgliedszahlen und Sympathie der Bevölkerung ankam. Diese verbreitete Fehleinschätzung des tatsächlichen Kräfteverhältnisses übersah – häufig aufgrund von lokalen Perspektivverschiebungen – das Organisationsmißverhältnis zwischen SPD und KPD, auf das Gniffke nach seiner Reise durch die Parteibezirke hinwies und das er darauf zurückführte, daß bei der SPD hauptsächlich ehrenamtliche Funktionäre tätig waren, während die KPD auch in kleinen Orten ihren hauptamtlichen Funktionsapparat großzügig aufgebaut hatte²⁹⁰.

Die Sozialdemokraten hatten entscheidenden Anteil bei der Besetzung von Verwaltungsstellen, deren Funktionieren sie nicht selten durch ihre Sachkompetenz garantierten. Wenn sie damit auch einen erheblichen Teil der wichtigen »mittleren Ebene« stellten, so waren es doch die Kommunisten, die durch Besetzung der strategisch wichtigen Positionen die politische Linie bestimmten. Dennoch darf für die Anfangszeit der Einfluß der Sozialdemokraten auf dieser Ebene nicht gering eingeschätzt werden, und es war besonders diese Gruppe sowohl in Partei- als auch Verwaltungsfunktionen, deren Mitglieder beim späteren Kurs auf eine »Partei neuen Typus« am häufigsten ausgeschaltet wurden. Die so erzielte Isolierung der Basis konnte tendenziell einmal Resignation, zum anderen aber auch ein gewisses Maß an Anpassungsbereitschaft fördern.

Die Landes- und Bezirksparteitage der SPD vom Herbst 1945 waren mit der offiziellen Legitimierung der bereits amtierenden Führung der Abschluß der Reorganisation der Partei auf der regionalen Ebene. Neben ihrer emotionalen Bedeutung für die Sozialdemokraten als erste offizielle Treffen nach Jahren der Illegalität und Isolierung zeigten sie, daß die Bewältigung der Vergangenheit das Hauptthema dieser Zeit war. Gleichzeitig deuteten sie durch vielfältige Hinweise auf Traditionen und frühere Verdienste der SPD sowie den schnellen und erfolgreichen Parteaufbau nach dem Krieg das neue Selbstbewußtsein an. Sogar Buchwitz meinte auf dem Freitaler Parteitag: »[...] aufgrund unserer Stärke wollen wir nicht fünftes Rad am Wagen sein, wir wollen gleichberechtigt anerkannt werden. [...] Doch da wir gern unseren Teil der Verantwortung auf uns nehmen wollen, muß Gleichberechtigung die Vorbedingung sein«²⁹¹.

Gerade die Rückgriffe auf historische Traditionen und das Vertrauen auf die zahlenmäßige Stärke und Überlegenheit deuten an, daß die Mehrheit der Sozialdemokraten in der SBZ auf mittlerer und unterer Ebene den offiziellen Forderungen des ZA nach sozialistischer Umgestaltung nicht folgte, sondern an der Überzeugung festhielt, für den Aufbau einer sozialen Demokratie genüge das traditionelle Instrumentarium von Parlamentarismus und Formaldemokratie, wie es vor allem im Weimarer Verfassungsmuster ausgeprägt worden war.

288 Vgl. auch Moraw, S. 69.

289 *Ebda.*, S. 119.

290 *Ebda.*

291 *Protokoll des Parteitags in Freital*, S. 34.